

20 Jahre Lokaler Agenda 21 – Prozess in Lahr (Schwarzwald)

Eine Bilanz über Anspruch und Wirklichkeit, verbunden mit kleinen Erfolgen und großen Rückschlägen zwischen den Jahren 2000 und 2020

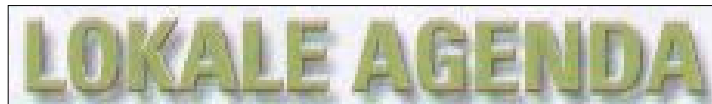
Verfasser: Falk Auer, Sprecher der Agenda-Gruppe Energie

Zusammenfassung

Der zwanzigjährige Lokale Agenda 21 – Prozess in Lahr ist geprägt von anfänglichem Enthusiasmus, sich ehrenamtlich vor Ort für soziale und nachhaltige Projekte zum Wohl der Gemeinschaft einzusetzen, gefolgt von anschließender Ernüchterung aller Beteiligten bis hin zu deren Ausstieg. Die Gründe sind vielseitig. Die Agenda-Gruppe Energie, die letzte von ursprünglich sieben Gruppen, beschreibt die Höhen und Tiefen über zwei Jahrzehnte. Sie gibt tiefe Einblicke insbesondere in die Lahrer Energieszene und behandelt zum Teil noch nicht bekannte Vorgänge. Die Gruppe kritisiert aber auch die blumigen Reden zum Umwelt- und Klimaschutz und den nur mäßigen Willen zur Umsetzung von Projekten, die über den „Stand der Technik“ hinaus gehen.



Die Agenda-Gruppe Energie führt Projekte auf den Gebieten der Energieeinsparung,



rationellen Energieverwendung und erneuerbaren Energien durch und erhielt dafür anfangs auch die Unterstützung der politisch Verantwortlichen in Lahr. Die Gruppe arbeitet recht erfolgreich. Beispiele dazu sind die Leistungserfassungen von Solarstromanlagen und Wärmepumpen unter realistischen Betriebsbedingungen. Auch der eigene Internetauftritt und die zahlreichen Fachvorträge und Veröffentlichungen finden nach wie vor bundesweites Interesse.

Die faktenbasierte Aufklärungsarbeit und das Einmischen der ehrenamtlich arbeitenden Energieexperten auch in die lokale Energiepolitik –übrigens ein ausdrücklicher Wunsch des Oberbürgermeisters und Schirmherrn des Lokalen Agenda 21 – Prozesses Lahr– war freilich nicht jedem recht. Das Aufzeigen von Versäumnissen, Geheimniskrämerei, Abschottung, Fehlinformationen, klimaschädlicher Werbung und sogar Gesetzesverstößen, die den Bemühungen um den Schutz der Umwelt und des Klimas entgegenstehen, verursacht naturgemäß Probleme. Denn mit diesen Aktivitäten sind oft finanzielle Interessen seitens der städtischen Verwaltung, des Gemeinderates, der Wohnbau Stadt Lahr und des E-Werks Mittelbaden verbunden. Besonders peinlich war in diesem Zusammenhang das Ausrasten eines Vorstands des E-Werks Mittelbaden und die Ignoranz und Demütigung eines Baubürgermeisters und einer Hochbauamtsleiterin.

Die Folgen des Einmischens in die Lahrer Energiepolitik: Trotz konstruktiver Kritik, verbunden mit Handlungsempfehlungen, erfolgten seitens des Baudezernats und des E-Werks Mittelbaden fachliche und persönliche Diskreditierungen und Ausgrenzungen. Einer Diskussion, die sich an Fakten und Zahlen orientiert, gehen die lokal Verantwortlichen aus dem Wege. Das betrifft auch die fehlenden Kenntnisse eines Schwanauer Tunnelbauers über die Windkraftnutzung im Schwarzwald.

Es fehlt den genannten Institutionen an einer Dialogkultur auf Augenhöhe. Auch der vom Sozialbürgermeister im Jahre 2013 initiierte „Dialog Verwaltung – Gemeinderat – Bürger“ zeigte im Baudezernat nur geringe bis gar keine Wirkung. Trotzdem wird die Agenda-Gruppe Energie weiter machen, auch wenn der zwanzigjährige Lokale Agenda 21 – Prozess mit seinen kleinen

Höhen aber auch großen Tiefen eine ziemlich bewegte Zeit war. Ermutigt wird die Gruppe immerhin durch ein paar bescheidene Erfolge, beispielsweise nach den Reinfällen beim städtischen Gebäudemanagement, der Wohnbau Stadt Lahr und beim E-Werk Mittelbaden.

Nach wie vor bestehen bei der Stadt Lahr aber immer noch eine Reihe von Mängeln, z.B. bei dem sogenannten „Politischem Willen“, den Investoren Tür und Tor zu öffnen, ohne sie zu rechtlich möglichen Auflagen im Hinblick auf eine zukunftsfähige Stadtentwicklung anzuhalten. Oder bei der Hängepartie im Hinblick auf die Kontrolle des bisher Erreichten. Seit 2014 ist nicht mehr bekannt, wo die Stadt Lahr bei den Bemühungen um mehr Klimaschutz steht und ob gegebenenfalls nachgesteuert werden muss.

Und beim E-Werk Mittelbaden fehlt beim Öko- und Innovationsfonds noch immer eine volle Transparenz und eine nennenswerte Berichterstattung, so wie das bei der Badenova schon seit zwanzig Jahren üblich ist. Darüber hinaus ist auch das Eintreten für energie-ineffiziente Luft-Wärmepumpen und elektrische Fußbodenheizungen in Verbindung mit Photovoltaikanlagen kritisch zu bewerten.

Auch wenn das Baudezernat und das E-Werk Mittelbaden einen beachtlichen Raum in der vorliegenden Bilanz zum 20. Jahrestag des Lokalen Agenda 21 – Prozesses einnehmen, versteht sich diese keinesfalls als eine Abrechnung mit Personen, allenfalls eine mit deren Umfeld in dem sich diese Personen bewegen oder bewegen müssen. Es gab nämlich schon lange vor den gegenwärtigen, weltweit verbreiteten Falschnachrichten Phasen des Leugnens von wissenschaftlichen Erkenntnissen, Bewusstseinspaltungen, Lügen, Diffamierungen und Ausgrenzungen. Auch in Lahr hielten Politiker vollmundige Reden zum Bürgerschaftlichen Engagement und dem Umwelt- und Klimaschutz, hatten aber keinen ausreichenden Willen, den Worten auch nennenswerte Taten folgen zu lassen.

Es fehlt bisher der große Wurf. Quantitatives Wachstum war und ist eben wichtiger als qualitatives. Wer auf eine Umsetzung der wohlfeilen Sonntagsreden pochte, der hatte beim Oberbürgermeister, bei der Mehrheit des Gemeinderats und im Baudezernat ausgespielt.

Mit ein Grund für das erwähnte Verhalten sind auch die hierarchischen Strukturen in denen es neue Ideen und zukunftsorientiertes Handeln schwer haben. Man schaut erst einmal „nach oben“, ob das der nebulöse „Politische Wille“ zulassen könnte und verfällt gelegentlich sogar in einen Aktionismus. Das Motto: „Es muss etwas geschehen, aber es darf nur wenig passieren.“ Damit lassen sich aber die Pariser Klimaschutzziele nicht erreichen. Das ist in Lahr nicht anders als auch in Berlin.

Für die Lokale Agenda 21 – Gruppe Energie Lahr wird deshalb die Aufklärungsarbeit auch auf absehbare Zeit nicht ausgehen. Sie wird weiterhin nach dem Motto handeln

„Energie ist unser Antrieb – Effizienz und Erneuerbare sind unsere Ziele“

und sachlich-konstruktiv darauf dringen, die Inhalte der zahlreichen Beitritte, Bekenntnisse und Absichtserklärungen zu Klimaschutzabkommen auch umzusetzen. Das betrifft hauptsächlich das Baudezernat. Im Sozialdezernat läuft das Bürgerschaftliche Engagement naturgemäß besser. Der Grund: Dort ist man auf die vielen Ehrenamtlichen in Förderkreisen und Beiräten angewiesen, ohne die eine ganze Reihe von Projekten gar nicht durchführbar wären.

Der Lokalen Agenda 21 – Gruppe Energie Lahr verbleibt abschließend noch die Hoffnung auf einen Erkenntnisgewinn, dass Investoren und Klimaschutz keine Gegner sein müssen, die Mehrheit der Gemeinderäte mit jüngeren Leuten sich auch für energieeffiziente Techniken und erneuerbare Energien einsetzen und dass die Verwaltung die Bürger angemessen über ihre Pläne und Entscheidungsabläufe informiert und gegebenenfalls schon im Vorfeld einbindet.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Kapitel 1: LokalerAgenda 21 – Prozess und dessen Ziele	05
1.1 Handlungsprogramm und lokale Gründung	05
1.2 Aktivitäten der Agenda-Gruppe Energie	05
– Anfängliche Unterstützung	06
Kapitel 2: Probleme aller Agenda-Gruppen mit der Stadtverwaltung Lahr	07
2.1 Öffentlichkeitsarbeit	07
2.2 Desinteresse seitens der Verwaltung und des Gemeinderats	07
– Unzufriedene Gruppen und Ausstiege	08
– Einmischen nur ein Störfaktor?	09
– Fehlende Diskussionskultur	10
Kapitel 3: Probleme der Agenda-Gruppe Energie: Von verpassten Chancen, lästigem Bürgerengagement und Fehlinformationen	10
3.1 Desinteresse an Kraft-Wärme-Kopplung im Konversionsgebiet „Kasernenareal-Ost“	11
3.2 Feldtest Wärmepumpen und Wärmepumpen in städtischen Einrichtungen	11
– Reaktion des Energieversorgers Badenova: Lob	12
– Reaktion des E-Werks Mittelbaden: Diskreditierung	12
– Reaktion des Hochbauamtes: Ignoranz und Demütigung	13
– Eine neue Wärmepumpe, die nie in Betrieb ging	13
– Energie-ineffiziente Luft-Wärmepumpen im Neubaugebiet „Wohnen am Park“	15
– Einspruch gegen Wunschenken	15
3.3 Windängste in Lahr, obwohl Windenergienutzung die „Brocken“ bringt	16
– Windwechsel in Stuttgart – Windstille in Lahr	17
– Wenn einem Gutes widerfährt, das ist schon eine Ablehnung wert	17
– Und täglich grüßt der Herrenknecht	18
Kapitel 4: Die Baubürgermeister	20
4.1 Ära Baubürgermeister Karl Langensteiner 2005 – 2014	20
– Investor zuerst	20
– Es muss etwas geschehen, aber es darf nur wenig passieren	20
– Personelle Probleme	21
– Chancen nicht genutzt	21
4.2 Ära Tilman Petters 2014 bis heute	22
– Erste Kontaktaufnahme	22
– Wäre das Klima ein Handel oder eine Sozialwohnung, man würde es schützen	22
– Lästiges Bürgerschaftsengagement	23
– Hoffnung auf ein umweltfreundliches Umweltmanagement zerschlug sich	23
– Unhaltbare Argumente	24
– Fehlende Kontinuität bei Klimaschutzmanagern	25

	– Hoffnung auf klimaneutrale Landesgartenschau zerschlug sich	26
	– Wärmekonzept „1zu10“	27
	– Ideen – Werkstatt	27
Kapitel 5:	Probleme mit dem Elektrizitätswerk Mittelbaden in Lahr	28
5.1	Ära Vorstand Jürgen Englert bis 2004	29
	– Gesetzeswidrige Spendenpraxis	29
5.2	Ära Helmut Nitschke 2004 – 2014	30
	– Alter Wein in neuem Fass	30
	– Feldtest Wärmepumpen	30
	– E-Werks-Vorstand Nitschke rastet aus	31
	– Dreijährige Diskreditierungskampagne des E-Werks Mittelbaden	32
	– Erste Aktivitäten bei den Erneuerbaren Energien	33
	– Einstieg in die Kleinwasserkraft	33
	– Tue Gutes und schweige dazu	34
	– Hoher Atomstromanteil: Balken in GRÜNEM Auge	35
	– Weitere Fehlberatungen	35
	– Bürgerenergiegenossenschaft E-Werk Mittelbaden	36
5.3	Ära Ulrich Kleine ab 2014	36
	– Innovationsfonds: Nach wie vor nur mäßige Transparenz	37
	– Weiterhin problematische Energieberatung in Lahr	38
	– Standfestigkeit bei der Nutzung der Kleinwasserkraft	39
	– Windenergie	39
	– Windrotor auf der LGS 2018: Blickfang statt Stromerzeuger	40
Kapitel 6:	Neuer Anlauf beim Bürgerschaftsengagement	41
6.1	Quo vadis Lokale Agenda 21? – Wohin gehst du?	41
6.2	Wunschdenken zu Streitkultur, Profilierung und Kante zeigen	41
	– Trialog „Gemeinderat“ – Verwaltung – Bürger“	42
Kapitel 7:	Kein „Weiter-so“	43
	– Umwelt-Ausschuss: Mitteilungen statt Mitwirkung	44
	– Ein einfach „Weiter-so“ geht nicht mehr	44
Nachwort:	Weiter hoffen	45

Anhang A1:	Projekte der Lokalen Agenda 21 – Gruppe Energie Lahr	47
Anhang A2:	Einmischen der Agenda-Gruppe Energie – Vom OB gewünscht	48
Anhang A3:	Öffentlichkeitsarbeit	49
Anhang A4:	Chronologie eines Versagens im Lahrer Hochbauamt unter der Leitung von Karl Langensteiner in acht Kapiteln: Vorwort, Fehlende Kommunikation und Ausgrenzung, Gesprächsverweigerung, Energie-ineffiziente Wärmepumpen in Lahr, Weiterhin Einsatz von kritisch zu bewertenden Luft-Wärmepumpen, Vorwurf der Falschdarstellung ohne Begründung, Behandlung der Chronologie 2012 im Technischen Ausschuss und Temporäre Gebäudemanagerin: Mobbing und Stellenverlust.	50

Kapitel 1: Lokale Agenda 21 – Prozess und dessen Ziele

1.1 Handlungsprogramm und lokale Gründung

Der Lokale Agenda 21 – Prozess ist ein weltweites Handlungsprogramm für das 21. Jahrhundert. Das Ziel ist die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen durch eine nachhaltige Entwicklung. Nachhaltig bedeutet, heute so zu leben und zu handeln,



dass auch unsere Kinder und Enkelkinder eine lebenswerte Welt vorfinden können. Das beinhaltet sowohl soziale, wirtschaftliche als auch ökologische Komponenten.

Weltweit haben sich deshalb 1992 178 Staaten verpflichtet, eine nachhaltige Entwicklung zur Rettung der Erde zu fördern. Vor allem wurden alle Städte und Gemeinden der Welt aufgefordert, gemeinsam mit ihren Bürgern ein lokal angepasstes Aktionsprogramm aufzustellen. Gerade in den Städten und Gemeinden kann durch die direkte Beteiligung der Bürger in vielen kleinen Schritten ein wichtiger Beitrag für die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen geleistet werden.

Auch in Lahr startete ein Lokaler Agenda 21 – Prozess. Der Gemeinderat beauftragte die Verwaltung aktiv zu werden. Der Oberbürgermeister lud daraufhin am 11. Oktober 2000 zu einer Auftaktveranstaltung ein. Es versammelten sich 85 Laien und Fachleute mit unterschiedlichen Berufen, Erfahrungen und Interessen, aber mit den Zielen, auch vor Ort die Probleme zu mildern und für ein nachhaltiges Handeln einzutreten. Oberbürgermeister Wolfgang G. Müller, gleichzeitig auch Schirmherr des Lokalen Agenda 21 – Prozesses, warb in der Aula des Max-Planck-Gymnasiums für eine Beteiligung der Bürger, weil „eine Mitarbeit die Chance bietet, Vorschläge und Ideen einzubringen und dabei mitzuhelfen, unsere Stadt zukunftsfähig zu machen.“

Es bildeten sich daraufhin noch vor Ort die folgenden sieben Arbeitsgruppen:

- Umweltfreundliches Lahr: Stadtökologie
- Umweltfreundliches Lahr: Energie (Berichtsschwerpunkt)
- Zusammenleben in Lahr
- Wohnen in Lahr
- Zukunftsfähige Welt / Eine Welt
- Lärm
- Gesundheit, Arbeiten und Landwirtschaft.



1.2 Aktivitäten der Agenda-Gruppe Energie

Die Lokale Agenda 21 – Gruppe Energie Lahr versteht sich wie auch alle anderen Gruppen als eine parteiübergreifende, lockere und ehrenamtlich arbeitende Bürgervereinigung. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, im Energiebereich nicht nur global zu denken, sondern auch lokal zu handeln.

Die Agenda-Gruppe engagiert sich für die Energieeinsparung, den Einsatz energie-effizienter Techniken und für die Nutzung erneuerbarer Energien (durchgeführte Projekte im Anhang A1/ Seite 47), begleitet die lokale Energiepolitik kritisch-konstruktiv und mischt sich energisch ein, wenn Wunschenken und Realitäten zu weit auseinander liegen (Anhang A2/Seite 48). Letzteres

entspricht einer Forderung des Oberbürgermeisters und Schirmherrn des Lokalen Agenda 21 – Prozesses.

Darüber hinaus informiert die Gruppe auch die Öffentlichkeit über die Ergebnisse ihrer Projekte in Form von Pressemitteilungen, einer eigenen Internetseite www.agenda-energie-lahr.de (Anhang A3/Seite 49) und durch viele Fachvorträge und Fachbeiträgen, insbesondere zum „Feldtest Wärmepumpen“, in Druckmedien, Rundfunk und Fernsehen. Diese Arbeiten haben den unabhängig arbeitenden Energieexperten eine deutschlandweite Anerkennung gebracht – anfangs auch auf der lokalen Ebene. Letzteres änderte sich freilich, weil die Agenda-Gruppe Energie den Entscheidungsträgern vor Ort zunehmend vorhielt, im Hinblick auf den Klimaschutz zu viel von Absichten zu reden und weniger davon, Projekte auch umzusetzen.

Anfängliche Unterstützung

Aber immerhin: Anfangs nahm der Schirmherr des Lokalen Agenda 21 – Prozesses, gleichzeitig nicht nur Oberbürgermeister, sondern auch noch Aufsichtsrat des E-Werks Mittelbaden (EWM) in Lahr, noch Partei für die Agenda-Gruppe Energie, als der E-Werks-Vorstand Hansjörg Englert, ein bekennender Atomenergiefreund, in seiner Hauszeitschrift „Unsere Region“, Heft 4/2003, gegen die Nutzung der Windenergie polemisierte. Die Agenda-Gruppe Energie kritisierte darauf hin in einem offenen Brief den Bericht als einseitig und falsch. Der Schirmherr schloss sich dieser Bewertung an und ermahnte den EWM-Vorstand, von derartig „*tendenziösen Veröffentlichungen zukünftig abzusehen und die erneuerbaren Energien in fairer und konstruktiver Weise zu behandeln*“.

Und im Jahr 2006 verfasste er ein Schreiben an den Lahrer Energieversorger – nun unter Leitung des neuen Vorstands Helmut Nitschke – und an den Energieversorger Badenova in Freiburg mit der Bitte um eine positive Bewertung des Antrages der Lokalen Agenda 21 – Gruppe Energie Lahr auf Förderung des „Feldtests Wärmepumpen“ (Kapitel 3.2/Seite 11).



Darüber hinaus beglückwünschte der Oberbürgermeister und Schirmherr des Lokalen Agenda 21 – Prozesses Lahr den Sprecher der Gruppe Energie Falk Auer persönlich zum Gewinn einer Silbermedaille. Er erhielt sie vom Bundesumweltminister in Berlin im Jahre 2004 für den zweithöchsten Solarstromertrag Deutschlands seiner Photovoltaikanlage (Foto).

Der Gemeinderat richtete schließlich ein Agenda-Büro für alle Gruppen ein und gewährte einem Teil von ihnen ab 2005 auch einen Sitz in den Ausschüssen. Die organisatorische und inhaltliche Unterstützung des Büros war bis 2015 gut. Die normalen, projektbezogenen finanziellen Zuwendungen reichten aus. Für Sonderaktivitäten gab es städtische Zuschüsse. Die brauchte die Agenda-Gruppe Energie allerdings nicht. Sie akquirierte zur Durchführung des „Feldtests Wärme-

pumpen“ Fördergelder aus dem Innovationsfonds der Badenova und nahm auf Initiative des Schirmherrn des Lokalen Agenda 21-Prozesses auch eine finanzielle Unterstützung des E-Werks Mittelbaden an – letzteres aus heutiger Sicht eine Fehlentscheidung! Der Grund: Die gleichen Aussagen hätte die Gruppe nämlich auch ohne diese EWM-Unterstützung machen können. Sie hätte sich damit eine dreijährige Diskreditierungskampagne erspart; weitere Informationen zu diesem unwürdigen Vorgang in den Kapiteln 3.2/Seite 11 und 5.2/Seiten 30-32.

Kapitel 2: Probleme aller Agenda-Gruppen mit der Stadtverwaltung Lahr

2.1 Öffentlichkeitsarbeit

Parallel zu den Erfolgen der Agenda Gruppe Energie zeigten sich aber schon die ersten Probleme, die auch alle anderen Gruppen betrafen. So war dem damaligen Hauptamtsleiter die selbstständige Öffentlichkeitsarbeit einiger Gruppen ein Dorn im Auge. Er wünschte, die Pressenotizen vorher mit dem Amt abzustimmen. Nach einer gruppen-internen Diskussion kam aber niemand diesem Wunsch nach.

Zensur eines Windplakates

Weiterhin ließ der Schirmherr des Lokalen Agenda-Prozesses den Text einer Agenda-Gruppe, die das Verhältnis der Verwaltung zu den Gruppen behandelte, nicht zu, weil er aus seiner Sicht zu negativ war. Einen Höhepunkt der Bevormundung bildete

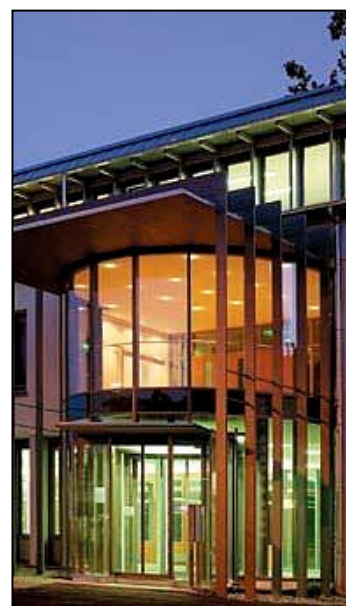
jedoch die Zensur eines Windplakates der Agenda-Gruppe Energie. Dieses Plakat war eines von insgesamt elf Plakaten der Informationsreihe „Wer weiter denkt, muss nicht kürzer treten.“ (Anhang A1/Seite 47 und www.agenda-energie-lahr.de). Vor der Drucklegung änderte die damals zuständige Leiterin des Agenda-Büros einen an und für sich harmlosen Satz in vorausweisendem Gehorsam in eine dem Hauptamt genehmere Fassung um – ohne Rücksprache mit der Agenda-Gruppe Energie. Das führte zu einer dreimonatigen Verstimmung.

Auch später gab es noch Probleme, z. B. bei einem Interview der Agenda-Gruppe Energie anlässlich der Halbzeitbilanz mit dem Klimaschutzmanager M. D. im Jahr 2018 (Kapitel 4.2/ Seiten 25-26). Hier ging es um ein Taktieren und Verschleppen bis nach drei Monaten das Thema veraltet war und sich keiner mehr dafür interessierte. Bedingt besser lief es zwei Jahre später bei der nächsten Klimaschutzmanagerin; beide Interviews stehen im Original unter www.agenda-energie-lahr.de/pressemitteilungen.html, Schaltflächen 2018 bzw. 2020.

2.2 Desinteresse seitens der Verwaltung und des Gemeinderats

Anderen Agenda-Gruppen erging es bei dem von den Politikern gewünschten Bürgerschaftlichem Engagement nicht besser, z.B. bei den Bereichen Lärmschutz oder dem Aufbau eines Radwegenetzes. Aus den Gruppen hieß es dazu wörtlich:

- *“Die Verwaltung beachtet die Vorschläge nicht, sie tut so, als ob alles in Ordnung ist.“*
- *„Ich hatte das Gefühl, dass man an dieser Stelle sehr wenig bewegen kann, und dass auch die Stadt schon mit wenig Erreichtem zufrieden ist.“*
- *„Es ist keine Breitenwirkung zu erzielen. Wir erreichen ohnehin nur Leute, die bereits auf unserer Linie sind.“*
- *„Die machen sowieso, was sie wollen.“ Oder aber: „Wir können nichts ausrichten.“*



So fragte z. B. die Agenda-Gruppe Lärm im Baudezernat nach, wann der längst überfällige EU-Lärmminderungsplan durchgeführt wird. Die Antwort dazu aus dem Hochbauamt: *"Was wollen Sie denn, wir haben in Lahr doch nur die Bundesstraße 415!"* Bald darauf holte die Verantwortlichen jedoch der bevorstehende Lärm an der geplanten Erweiterungsstrecke der Rheintalbahn und anderswo ein.

Auch eine Initiative der Agenda-Gruppe Wohnen in Lahr, die sich unter anderem für ein Radwegenetz einsetzte, wurde schon früh ausgebremst. Zu Beginn der Nullerjahre sollte die Burgheimer Straße den Anfang machen (Antwort: *„Unmöglich“*). Die Gruppe gab dann später wegen dieses und anderer Vorkommnisse auf.



Erst nach einem erneuten Anlauf des BUND-Lahr und einem Regierungswechsel in Stuttgart kam zu Beginn der Zehnerjahre Bewegung in die Entwicklung eines Lahrer Radwegenetzes. Es wuchs nach und nach. Auch die Burgheimer Straße erhielt jetzt endlich eine Spur: Die Straße wurde einfach mit einer Markierung eingeengt (Foto). Es bleibt freilich die Frage unbeantwortet, warum die Gruppe Wohnen in Lahr mit ihren Vorschlägen zehn Jahre früher noch auf Widerstand stieß?

Weißer Farbe gab es auch schon damals kostengünstig.

Trotz dieser Bemühungen bewertete der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club die Stadt Lahr (Gruppe 20000 - 50000 Einwohner) bei seinem deutschlandweiten Städtevergleich im Jahr 2018 nur mit der Note 3,7. Das entspricht einem „ausreichend“. Dieser Wert hat sich seit 2016 nicht verändert. Mal sehen, ob es bei der 2020er-Umfrage besser wird. Beim sog. European Energy Award verhält es sich übrigens ähnlich: Zwischen den Jahren 2011 und 2014 verharrte Lahr nur auf einem Niveau von 61%-Punkten; neuere Daten liegen noch nicht vor (Kapitel 4.1/S. 20-21). Schließlich konnte auch die Agenda-Gruppe Energie noch ihr Leid klagen. Näheres dazu steht im nächsten Kapitel 3/Seite 10 „Von verpassten Chancen und lästigem Bürgerengagement“.

Unzufriedene Gruppen und Ausstiege

Diese und andere Vorgänge ließen den anfänglichen Enthusiasmus der ehrenamtlich Arbeitenden bald verfliegen. Die Zahl der Gruppen schrumpfte innerhalb weniger Jahre von sieben auf drei. Es verblieben nur noch die Agenda-Gruppen „Zusammenleben in Lahr“, „Eine Welt“ und „Energie“. Die Anzahl der Teilnehmer verringerte sich von 85 auf 10. Seit 2013 gibt es nur noch die Agenda-Gruppe Energie; die vorletzte ist in einer Gruppe des Sozialdezernats aufgegangen.

Die Unzufriedenheit aller Mitglieder des Lokalen Agenda 21 – Prozesses Lahr hängt aber nicht nur mit dem Desinteresse der Verwaltung zusammen, sondern auch noch mit den äußeren und inneren Strukturen des Prozesses. Bei den Enttäuschten lauteten die Argumente:

- Ungeklärte Organisations- und Rechtsform der Agenda – Gruppen und des Grades der selbstständigen Arbeit. Die Abwicklung extern eingeworbener Gelder wurde nie geklärt. Auf Nachfrage lehnte der Schirmherr des Agenda-Prozesses eine Abrechnung über die städtische Kasse rundweg ab. Die Agenda Gruppe Energie handelte sich damit Probleme ein, die sonst nicht entstanden wären (Kapitel 5.2/Seiten 30-32).
- Geringes Interesse und Engagement der Lahrer Bürger an den Gruppen-Projekten und deren Angebote

- Zu unterschiedliche Ansichten in den Gruppen über gemeinsame Projekte und dem Auftreten gegenüber der Verwaltung.

Wie hieß es einmal in der Gründungsversammlung des Lokalen Agenda 21 – Prozesses Lahr seitens des Schirmherrn und Oberbürgermeisters Wolfgang G. Müller?

„Eine Mitarbeit bietet die Chance, Vorschläge und Ideen einzubringen und dabei mitzuhelfen, unsere Stadt zukunftsfähig zu machen.“ Und der damalige Amtsgerichtsdirektor Sven Hövel forderte sogar dazu auf, für eine „vernünftige Streitkultur zu kämpfen“.



Das sind alles schöne Worte. Die Wirklichkeit sieht jedoch anders aus. Wer diese Sprüche ernst nimmt, der hat schlechte Karten! Das betrifft nicht nur das Baudezernat mit dem früheren Baubürgermeister Karl Langensteiner, sondern auch Teile des Gemeinderats. So lehnte das CDU-Gemeinderatsmitglied R. D. in einem Brief

an die Agenda-Gruppe Energie deren Einmischung in die lokale Energiepolitik rundweg ab mit dem Hinweis, man möge sich doch erst einmal wählen lassen, dann könne man auch mitreden. Deutlicher kann ein Ratsmitglied die Ablehnung des Bürgerschaftlichen Engagements nicht ausdrücken! Im Hinblick auf die nach wie vor beachtliche Kluft zwischen Bekenntnissen und Umsetzung hätte der auch heute noch im Gemeinderat sitzende Herr R. D. einmal mit den beiden folgenden CDU-Politiker-Kollegen sprechen sollen:

- Ex-Ministerpräsident Erwin Teufel stellte schon im Jahr 2006 klar: „*Entscheidungsträger können das Vertrauen der Bürger nur erwerben, wenn Worte und Taten nicht allzu weit auseinander liegen.*“
- Und der Ettenheimer Bürgermeister Bruno Metz ergänzte im Jahr 2010: „*Ich wünsche mir in der Energiepolitik mehr Realitätssinn und eine stärkere Angleichung von Sonntagsbekenntnissen in gesellschaftliche Akzeptanz und politisches Handeln. Ein aktives Bürgertum täte uns allen gut – auch im Sinne von Gestaltung und weniger von Verhinderung.*“

Bedauerlicherweise haben diese Klarstellungen bei der Mehrheit der Gemeinderatsmitglieder zu keinem veränderten Handeln geführt. Ein Einmischen in die Lahrer Energiepolitik ist deshalb nach wie vor notwendig (Anhang A2/Seite 48).

Einmischen nur ein Störfaktor?

„Es gibt im Gemeinderat inoffizielle Widerstände gegen ein Bürgerschaftliches Engagement.“

Im Lahrer Baudezernat ist aber eine externe, fachliche Kompetenz zeitweise bis dauerhaft unerwünscht. Ein Einmischen empfindet das Amt oft als Störfaktor. Eine solche Haltung ist auch im Gemeinderat verbreitet. Ein Ratsmitglied stellte gegenüber der Lokalen Agenda 21 – Gruppe Energie einmal fest: „*Es gibt im Gemeinderat inoffizielle Widerstände gegen ein Bürgerschaftliches Engagement*“.

Und verärgert setzte ein anderer oben drauf: „Wenn das Bürgerschaftliche Engagement nicht gewünscht ist, dann soll man das doch offen sagen und nicht weiter dafür werben. Aber das ist eben Politik; näheres dazu im nächsten Kapitel 3/Seiten 10-18.

Fehlende Diskussionskultur

Mit der Diskussionskultur und der Transparenz liegt es in Lahr nach wie vor im Argen. Nach den zuvor gemachten Erfahrungen ist bei einem großen Teil der ehrenamtlich Arbeitenden die Motivation dahin. Es gibt zu wenig Erfolgserlebnisse. Die anfängliche Erwartungshaltung der Bürger war einfach zu hoch, auch in Lahr etwas bewegen zu können, und das Interesse von Teilen der Politik und der Verwaltung war und ist zu gering, die Ehrenamtlichen über städtische Planungen und Projekte zu informieren und deren fachliche Kompetenz bei wichtigen Vorhaben zu nutzen.

Trotzdem verkündete der Schirmherr des Lokalen Agenda 21 – Prozesses, Oberbürgermeister Wolfgang G. Müller, zur Eröffnung des Lahrer Bürgerpanels im Jahr 2013 erneut vollmundig:

„Die Meinungen, Kompetenzen und Erfahrungen der Lehrerinnen

und Lehrer sind uns sehr wichtig. Wir wollen diese bei kommunalpolitischen Entscheidungen noch stärker berücksichtigen.“ Und die erste, nur kurz geduldete Gebäudemanagerin S. Sch.

(Kapitel 4.1/ Seite 21 und Anhang A4/Seite 55) richtete im Jahre 2015 das Wort auch an die Umwelt- und Klimaschützer: *„In Anbetracht der zunehmenden Auswirkungen des Klimawandels ist der Klimaschutz eine unserer wichtigsten Zukunftsaufgaben. Klimaschutz lebt vom Mitmachen.“*

Beides wohlfeil formuliert. Diese Behauptungen und Aufrufe sollten aber nicht nur für die Bürger gelten, sondern auch für die Verwaltung und den Gemeinderat. Letzterer tut sich aber immer noch schwer damit: Viele Räte sitzen schon seit Jahrzehnten in dem Gremium. Die Wähler haben es allmählich satt. Das ist mit ein Grund, warum die kommunale Wahlbeteiligung im Jahre 2014 nur noch 37% betrug. Es müssen jetzt junge Frauen und Männer antreten, um die Blockbildung im Gemeinderat zu durchbrechen und damit eine parteiübergreifende zukunftsfähige Politik zu ermöglichen. Die „Fridays-For-Future – Bewegungen“ lassen grüßen, zumindest die aus Offenburg und Freiburg.

Oberbürgermeister Wolfgang G. Müller:

„Die Meinungen, Kompetenzen und Erfahrungen der Lahrer sind uns sehr wichtig.

Wir wollen diese bei kommunalpolitischen Entscheidungen noch stärker berücksichtigen.“

Kapitel 3: Probleme der Agenda-Gruppe Energie: Von verpassten Chancen, lästigem Bürgerengagement und Fehlinformationen

Im Vergleich zu den anderen Gruppen des Lokalen Agenda 21 – Prozesses Lahr kommt der Gruppe Energie eine Sonderstellung zu. Nicht nur weil sie sehr aktiv ist –für manche zu aktiv– und die einzige noch verbliebene Gruppe ist, sondern auch weil bei ihrem Engagement finanzielle Interessen der Stadt (vermeintliche Angst um Investoren) und des E-Werks Mittelbaden (vermeintliche Angst um Rendite; Anteil Lahr: 29%) im Spiel sind. Da ist ein bürgerschaftliches Engagement unerwünscht und lästig wie die weiteren Kapitel noch zeigen werden. Anders dagegen im Sozialbereich. Dort funktioniert das Bürgerschaftliche Engagement gut. Die Gründe: Die Stadt muss nicht wie bei der Gruppe Energie um vermeintlich geringere Einnahmen fürchten, sondern gewinnt sogar noch finanziellen Spielraum. Kostenlos arbeitende Ehrenamtliche sind deshalb immer willkommen.

3.1 Desinteresse an Kraft-Wärme-Kopplung im Konversionsgebiet „Kasernenareal-Ost“

Die Agenda-Gruppe Energie erinnerte anlässlich der Umwandlung von Kasernen im Osten der Stadt in ein Wohngebiet (Foto) an die Nutzung der Sonnenenergie und an die im Jahre 1999 von der Stadt Lahr in Auftrag gegebene Studie „Kommunales Klimaschutzkonzept“. Eins von 14 Projekten, das die EnergieConsulting Heidelberg mit „hoher Priorität“, weil „wirtschaftlich sinnvoll“, vorschlug, betraf den Einsatz eines Blockheizkraftwerkes in Verbindung mit einem Nahwärmenetz, also die kombinierte und damit energieeffiziente Nutzung von Wärme und Strom.



Doch auf die Vorschläge reagierte Baubürgermeister Karl Langensteiner nicht. Er hörte die Agenda-Gruppe Energie anfangs zwar noch artig an, komplementierte sie aber nach Jahren mit einer sarkastischen und herablassenden Bemerkung aus seinem Büro – Schluss. Hier zeigte sich wieder einmal, dass Investoren wichtiger sind als zukunftsorientierte Gebäudestandards und energieeffiziente Heiztechniken! Das gleiche gilt auch für einen Gemeinderatsbeschluss im Jahr 2018 (Kapitel 4.2/Seiten 23-25).

Und der Oberbürgermeister trug dazu die Verantwortung. Er verhinderte nämlich den von der Mehrheit des Gemeinderats und der Bevölkerung befürworteten Kauf des Kasernenareals von der Bundesvermögensverwaltung. Formal ging es ihm um einen zu hohen Preis und um eventuelle Altlasten. Der spätere Bauträger hatte damit jedoch keine Probleme. Ihm gelang es zwei Jahre später für nur einen Euro das Areal zu erwerben! Trotzdem beharrte der Oberbürgermeister darauf, dass seine damalige Entscheidung, das Areal nicht zu kaufen, richtig war und rühmt sich seiner „intensiven Überzeugungsarbeit“ gegenüber den Gemeinderäten. Dazu und auch zu anderen Vorgängen sagte einmal ein Gemeinderat: „*Fehler einzugestehen ist nicht die Stärke von Oberbürgermeister Wolfgang G. Müller.*“ Dieser erinnerte sich wohl nicht mehr an den weisen chinesischen Philosophen Konfuzius: „*Wer einen Fehler begangen hat und ihn nicht korrigiert, begeht einen weiteren Fehler.*“

Auf jeden Fall beraubte die Stadt mit diesem Verhalten sich selbst um Einflussmöglichkeiten auf das Baugebiet. „Investor Zuerst“ also schon damals. Die Folgen: Nur ein schwacher Mindest-Gebäudestandard und zum Teil energie-ineffiziente Heizungen; mehr dazu im folgenden Wärmepumpen-Kapitel.

3.2 Feldtest Wärmepumpen und Wärmepumpen in städtischen Einrichtungen

Auch beim Thema Wärmepumpen gab es Probleme. Die Experten der Agenda-Gruppe Energie waren im Jahr 2006 bundesweit die ersten, die unabhängig von wirtschaftlichen Interessen einen „Feldtest Wärmepumpen“ durchführten. Der Grund: Es gab erhebliche Unterschiede zwischen den Ergebnissen auf den Testständen und der Werbung von Herstellern und Energieversorgern auf der einen Seite und den Ergebnissen unter realistischen Betriebsbedingungen auf der anderen Seite; dazu lässt auch die Automobilbranche grüßen. Es war deshalb das Ziel der achtjährigen

Langzeituntersuchung, den Stand heutiger Wärmepumpentechnik aufzuzeigen sowie deren Energieeffizienz und Wirtschaftlichkeit zu ermitteln.



Wärmepumpen brauchen nämlich als Antriebsenergie oft Strom. Da ist es nach wie vor fraglich, ob und in welchem Maße sie in der Lage sind, Primärenergie und damit das schädliche Treibhausgas Kohlenstoffdioxid einzusparen. Zur Klärung dieser Frage führte die Agenda-Gruppe Energie deshalb einen Praxistest mit insgesamt 66 Wärmepumpen am Oberrhein durch. Die Arbeiten erfolgten in Kooperation mit der Ortenauer Energieagentur in Offenburg, einem Wärmepumpen-Beirat und mit finanzieller Unterstützung der beiden Energieversorger Badenova und E-Werk Mittelbaden.

Die Ergebnisse lauten in Kürze:

- Erdgekoppelte Wärmepumpen (Abkühlen des Grundwassers oder des Erdreichs) arbeiten deutlich energieeffizient, wenn die Rahmenbedingungen stimmen und alles fachgerecht geplant, eingebaut und betrieben wird; siehe Foto anlässlich einer Wartung.
- Luft-Wärmepumpen für die Heizung sind dagegen kritisch zu bewerten. Das Mittel der 25 untersuchten Luft-Wärmepumpen erreichte nicht das schwache Energieeffizienzziel mit einer Jahresarbeitszahl von 3,0. Auch nicht die sog. Abluft-Wärmepumpen in der Küche oder im Bad. Noch schlechter schnitten die 13 untersuchten Warmwasser-Wärmepumpen ab. Eine solarthermische Anlage für die Trinkwassererwärmung wäre eine ökologisch bessere Alternative gewesen.

Die ausführlichen Berichte zum achtjährigen „Feldtest Wärmepumpen“ sind zu finden unter der Internetadresse www.agenda-energie-lahr.de/leistungwaermepumpen.html. Die Reaktionen der der zwei Förderer der Praxisuntersuchung, die Badenova und das E-Werk Mittelbaden, sowie des Hochbauamtes der Stadt Lahr auf diese Ergebnisse konnten unterschiedlicher nicht sein.

Reaktion des Energieversorgers Badenova: Lob

Der Förderer Badenova aus Freiburg hielt die unabhängig ermittelten Ergebnisse ausdrücklich für wichtig und gut. Er lobte die Lokale Agenda 21 – Gruppe Energie Lahr für die differenzierende Betrachtungsweise, das Durchhaltevermögen und die notwendige Standfestigkeit gegenüber Kritikern. Der Energieversorger Badenova nahm die Hinweise zu Qualitätsverbesserungen in ihre tägliche Beratungsarbeit auf.

Lob und Diskreditierung



Reaktion des Energieversorgers E-Werk Mittelbaden auf den Feldtest: Diskreditierung

Anders dagegen der Förderer E-Werk-Mittelbaden aus Lahr. Er stieß sich daran, dass die von ihm beworbenen Luft-Wärmepumpen sich als energieineffizient erwiesen. Der Lahrer Energieberater B. H. stellte deshalb die fachliche Qualifikation von Falk Auer, dem Sprecher der Agenda-Gruppe Ener-

gie und Leiter des „Feldtests Wärmepumpen“, in Frage. Abfällig hieß es sogar: „*Der will etwas von Wärmepumpen verstehen, ohne selbst eine zu besitzen.*“ So als ob man Eier legen müsste, um etwas von Hühnerzucht zu verstehen! Der Energieberater verrannte sich nicht nur fachlich, sondern er polemisierte auch noch weiter persönlich gegen den Leiter des Wärmepumpentests. Die Details zu einer dann folgenden beschämenden Diskreditierungskampagne über drei Jahre gehen aus Kapitel 5.2/Seiten 30-32 hervor.

Reaktion des städtischen Hochbauamts: Ignoranz und Demütigung

Und wie reagierte das Hochbauamt, heute städtisches Gebäudemanagement, auf den „Feldtest Wärmepumpen“? Es ignorierte die Ergebnisse einfach. Die Folgen: In städtische Liegenschaften wurden die energie-ineffizienten Luft-Wärmepumpen weiter eingebaut, so auch im Bürgerhaus Lahr-Mietersheim. Trotz Alternativen kam erneut eine Luft-Wärmepumpe zum Einsatz – und das auch noch ganz oben unter der Decke (Foto rechts) Da ist eine Wartung nur mit einer Leiter möglich. Immerhin: Ein Alleinstellungsmerkmal Lahrs!

Ignoranz und Demütigung

Details zu dieser Ignoranz, Beratungsresistenz und den demütigenden Behandlungen der Agenda 21 – Gruppe Energie seitens des Baubürgermeisters und der Leiterin des Hochbauamtes gehen aus der „Chronologie eines Versagens im Lahrer Hochbauamt“ im Anhang 4/Seiten 50-55 hervor.

Eine neue Wärmepumpe, die nie in Betrieb ging.

Auch beim Alten- und Pflegeheim Spital (Foto unten) versagte das Hochbauamt. Das Heim erhielt eine potentiell energieeffizient arbeitende Grundwasser-Wärmepumpe. Doch sie ging nach einem ersten Probelauf nie in Betrieb! Eine Begründung dazu gab es nicht. Zumindest offiziell waren es nicht das Grundwasser oder die Risse im benachbarten Storchenturm. Letztere hatten Ursachen, die schon lange zurück lagen wie Baubürgermeister Tilman Petters anlässlich der Einweihung des sanierten Lahrer Wahrzeichens mitteilte.



Auch das nachgeschobene Argument mit Problemen bei der Technik und dem Ingenieurbüro erklären nicht die fehlende Inbetriebnahme. Eine neue Wärmepumpe ohne Funktion! Als Ausgleich für das verlorene Geld strich das Amt dann die vorgesehene Anlage zur solaren Trinkwassererwärmung. Dabei hätte die Grundwasser-Wärmepumpe im Spital die erste energieeffizient arbeitende Wärmepumpe in einer städtischen Liegenschaft sein können.

Die buchstäblich in den Sand gesetzten mehrere hunderttausend Euro für eine nie in Betrieb gegangene Wärmepumpe waren freilich nur die berühmten „Peanuts“ im Vergleich zu den Kosten bei der Erweiterung des Spitals. Die stiegen nämlich von ursprünglich 4,5 Mio. Euro auf rund 10 Mio. Euro an! Aber wer kennt in Lahr ein öffentliches Bauvorhaben, das im Kostenrahmen blieb? Wo bleibt da die Energieeffizienz- und Kostendisziplin? Doch die Gemeinderäte bewilligen immer wieder zusätzliche Gelder – wenn auch „mit geballter Faust in der Tasche“ (O-Ton eines Gemeinderats). Und ein Journalist meinte sogar: „Bei Architekturpreisen und Visionen (Anm.: des Baubürgermeisters Karl Langensteiner) muss man die eine oder andere Kröte schlucken.“ Kostenüberschreitungen und Energie-Ineffizienz als Kollateralschäden?!

Nachdem schon im Jahr 2009 der Stadtrat K. V. ein Schönrechnen bei den Energieberichten über die Verbräuche in städtischen Liegenschaften moniert hatte, kam es aber erst im Jahre 2014 zu einem kleinen Aufstand. Die „Faust“ blieb nicht mehr in der Tasche. Der Grund: Das im Jahr zuvor eingeführte Controlling schwächelte. Der Anlass: Der Umbau der Tonofenfabrik zu einem Stadtmuseum (Foto).



Die Gemeinderäte war es inzwischen leid, Jahr für Jahr Millionen an Mehrausgaben abzunicken. Einer drohte sogar dem Baubürgermeister Karl Langensteiner: „Wir gehen davon aus, dass der Kostenansatz auch tragfähig ist. Wenn sich andere Dinge abzeichnen, gibt es hundertprozentig Ärger!“ Und die CDU ergänzte: „Wir dürfen kein Eldorado für Mehrkosten werden.“ Die SPD verließ sich in der Aussprache „auf das Prinzip Hoffnung“, und ein FDP-ler sprach von „grauer Theorie und mangelnder Transparenz“. Letzteres ist übrigens ein Grundübel in Lahr. Den GRÜNEN fehlte es dagegen weniger an Transparenz. Sie forderten nur, es müsse billiger werden. Schließlich schwante einem weiteren Ratsmitglied noch: „Ich möchte es nicht erleben, dass wir am Ende wieder eine Million Euro drauflegen müssen.“

Oh, wäre es doch nur bei dieser einen Million Euro geblieben ... Das schon erwähnte Controlling änderte nämlich an der Sachlage bis heute nur wenig, wie z.B. jüngst der Stegmattensee auf dem Gelände der Landesgartenschau 2018 zeigte. Wegen mehrerer Fehleinschätzungen stiegen dessen Kosten von 1,5 Mio. Euro um mehr als das Dreifache an – von dem immer noch ungelösten Problem eines Lecks im See ganz zu schweigen. Ein Gemeinderat monierte, dass die Öffentlichkeit erst zwei Jahre später über die Kostenexplosion informiert wurde.

Doch zurück zum Spital: Da die Agenda-Gruppe Energie die Leistung der Grundwasser-Wärmepumpe ursprünglich einmal messtechnisch erfassen sollte, diese aber nie in Betrieb ging, fragte sie nach deren weiteren Verwendung an. Der Baubürgermeister beschied die Agenda-Gruppe jedoch, das sei Angelegenheit des Gebäudemanagements. Anlässlich einer späteren Nachfrage hieß es dann immerhin: „Die Grundwasser-Wärmepumpe ist inzwischen ausgebaut und zwischengelagert. Eine Prüfung hat ergeben, dass derzeit keine Einsatzmöglichkeit vorhanden ist. Wir suchen aber nach einer weiteren Verwendungsmöglichkeit.“ Von einem Suchergebnis ist bis heute jedoch nichts bekannt.

Der ehemalige Leiter des Spitals, sonst sehr sozial, freundlich und kommunikativ, hatte wohl Kontaktverbot: Er wehrte nämlich einen Gesprächswunsch der Agenda-Gruppe Energie ab. Offensichtlich ist allen Beteiligten die Angelegenheit ziemlich peinlich – sachlich wie auch

finanziell. Die Öffentlichkeit hat darüber gar nichts erfahren und nur wenige Gemeinderäte wissen davon.



Energie-ineffiziente Luft-Wärmepumpen im Neubaugebiet „Wohnen am Park“

Im Hinblick auf die zunehmenden Anforderungen an den Klimaschutz hatte sich die Städtische Wohnbau Lahr –heute Wohnbau Stadt Lahr (WSL)– im Jahr 2008 entschlossen, in ihre Bauobjekte auch Wärmepumpen einzubauen. Es handelte sich um drei Mehrfamilienhäuser im Neubaugebiet „Wohnen am Park“(Foto).

Das E-Werk Mittelbaden, an dem die Stadt Lahr mit einem Anteil von 29% beteiligt ist, riet erwartungsgemäß zu Luft-Wärmepumpen. Das war nicht nur bedauerlich, sondern auch schlimm. Schließlich war den Beteiligten schon zum Zeitpunkt der Entscheidung bekannt, dass Luft-Wärmepumpen energie-ineffizient arbeiten (Kapitel 3.2/Seiten 11-12). Trotzdem oder gerade deshalb ließ die WSL die Leistung der drei Anlagen mit finanzieller Unterstützung des Energieversorgers Badenova messtechnisch erfassen; Kooperationspartner war die Agenda-Gruppe Energie. Aus Sicht des E-Werks und der Wohnbau eine eigentlich überflüssige Maßnahme, denn für beide stand das Ergebnis schon zu Beginn der Messungen fest. Vollmundig erklärten der Technische Leiter der WSL und der Lahrer Energieberater B. H. des E-Werks Mittelbaden öffentlich:

„Die Luft-Wärmepumpen im Neubaugebiet „Wohnen im Park“ arbeiten auch im tiefen Winter umweltfreundlich, zuverlässig und energieeffizient. Sie sind eine sehr sinnvolle und umweltbewusste Lösung.“

Einspruch gegen Wunschdenken

Die Agenda-Gruppe Energie als Kooperationspartner erhob gegen diese ergebnis-orientierte Feststellung der beiden Herren Einspruch. Und sie sollte recht behalten, denn die anschließende Praxisuntersuchung bestätigte dieses Wunschdenken bei weitem nicht: Keine der drei großen Luft-Wärmepumpen arbeitete trotz zahlreicher Ertüchtigungsversuche „*umweltfreundlich und energieeffizient*“. Hersteller, Handwerker und Ablesefirma waren sich über die Ursachen nicht im Klaren und über die Verantwortlichkeiten uneins. Sie bewegten sich nur schwerfällig, spielten auf Zeit und ließen die Wohnbau buchstäblich „hängen“. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Marktteilnehmer selbst nicht mehr weiter wussten.

Nach zwei Jahren erfolgloser Bemühungen war es der WSL-Geschäftsführer leid: Er entschied, den Wärmepumpen noch je drei Erdgas-Brennwertkessel beizustellen. Im Schlussbericht eines Freiburger Ingenieurbüros steht dazu: „*Die gemessenen Jahresarbeitszahlen liegen deutlich unter den Erwartungen.*“ Und weiter zur Nachrüstung des Gaskessels: „*In Bezug auf die Installationskosten und die Anlagenkomplexität sind andere Systeme oftmals vorteilhafter*“; nachzulesen unter www.agenda-energie-lahr.de/Phase2-Berichte.html (Schaltflächen unten: Wärmepumpen-Nummern 2107 und 2108).

Trotz dieses Reinfalls stellte der Lahrer Energieberater B. H. des E-Werks Mittelbaden weiterhin in seinen Vorträgen die Luft-Wärmepumpen als ein Vorbild dar. Insbesondere bezeichnete er

noch im Jahre 2017 die drei Anlagen im Baugebiet „Wohnen am Park“ als „vorteilhaft“, obwohl er selbst in das Projekt eingebunden war und somit unmittelbar die Fehlschläge miterlebt hatte! Offensichtlich war die Energieberatung des E-Werks unfähig, aus den Ergebnissen der jahrelangen messtechnischen Überwachung seitens unabhängiger Energieexperten die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Auch hier begegnet die Agenda-Gruppe Energie wieder einer beachtlichen Erkenntnisresistenz. Das zeigen auch weitere Vorträge des E-Werks, wie z.B. auf der Offenburger Messe im März 2018 mit dem Titel: „Die elektrisch betriebene Luft-Wärmepumpe als attraktive Heizvariante“. Die laufenden Fehlberatungen gehen also weiter.

3.3 Windängste in Lahr, obwohl Windenergienutzung die „Brocken“ bringt.



Während in Lahr bei Neubaugebieten und Heizsystemen weniger der Umwelt- und Klimaschutz, sondern mehr der Investor an erster Stelle steht, spielt ein solcher bei Windkraftanlagen keine Rolle, ja er ist gar nicht erwünscht. Hier reagieren die politischen Entscheidungsträger besonders empfindlich. Eine Alibi-Anlage hart an der Grenze zu Seelbach war zwar zwischen den Jahren 2004 und 2013 möglich (abgebrannt, siehe Foto; leistungsertüchtigte Ersatzanlage ab 2016), doch dann war Schluss. Es handelt sich bis heute tatsächlich nur um eine Windkraftanlage, auch wenn die Stabsstelle Umwelt/Klima die beiden anderen auf dem Gebiet Seelbachs (Gewanne Kempfenbühl/Schloßbühl) im Rahmen einer Pressemitteilung großzügig „eingemeindet“.

Selbst die alte Windkraftanlage lieferte jährlich 70mal mehr Ökostrom als die große Solarstromanlage auf dem Dach des Max-Planck-Gymnasiums. Und bei der neuen größeren Anlage sind es sogar über 200mal mehr. Die Windenergie bringt also so richtig die „Brocken“ wie auch das Gutachten „Integriertes Klimaschutzkonzept Lahr2012“ feststellte, erstellt von der Ortenauer Energieagentur in Offenburg und der endura, einer Freiburger Beratungsgesellschaft für Kommunen.

Die Planungshoheit einer Kommune, sonst ein hart umkämpftes Gut, hatte sich Lahr bei der Windenergie gerne aus der Hand nehmen lassen. Anlass war der Windkraftgegner Erwin Teufel gewesen, ehemaliger Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg, der die Ausweisung neuer Windgebiete von den Kommunen auf den Regionalverband Südlicher Oberrhein übertrug. Mit dieser Maßnahme konnte er besser von oben nach unten „durchregieren“.

Die Lokale Agenda 21 – Gruppe Energie wies mehrfach auf diesen Missstand hin und forderte Lahr zum Handeln auf - jedoch ohne Erfolg.

Windwechsel in Stuttgart – Windstille in Lahr



Die Lage änderte sich erst ab 2011. In diesem Jahr wechselte nämlich die Landesregierung in Stuttgart. Sie gab vor, das Schlusslicht Baden-Württemberg bei der Windenergienutzung, von einem Stromanteil in Höhe von 0,8% bis zum Jahre 2020 auf 10% voran zu bringen. Während in den Lahrer Nachbargemeinden inzwischen drei neue Windparks entstanden

sind, tut sich in Lahr weiterhin nichts. Im Jahr 2016 ging zwar auf dem Langenhard eine große Windkraftanlage in Betrieb (Foto oben), sie war aber nur ein Ersatz für die im Jahr 2013 abgebrannte kleinere Anlage.

Der Grund für die Einzelanlage: Der Widerstand Lahrs gegen die Nutzung der Windkraft hatte sich in der Region herum gesprochen. Die Projektentwickler machten daraufhin einen großen Bogen um die Gemeinde. Es fehlte ihnen das Vertrauen in den politischen Willen von Gemeinderat und Verwaltung, auch in Lahr geeignete Bedingungen für eine Investition in die Windkraft zu schaffen.

Das Bundeswirtschaftsministerium in Berlin spielte dabei den lokalen Entscheidungsträgern mit ihrer Obstruktionspolitik durchaus in die Hände. Nachdem nämlich das Ministerium ab dem Jahre 2012 die Photovoltaik und die Biomasse schon stufenweise und erfolgreich abgewürgt hatte, war ab 2017 auch die Windenergie dran. Somit hat sich die Hinhaltenaktik Lahrs gelohnt, und die Angelegenheit hat sich vorerst von selbst erledigt. Dabei schreibt das Landesgesetz nach wie vor einen „substanziellen“ Windenergie-Beitrag für jede Gemeinde vor! Und auch das „Integrierte Klimaschutzkonzept Lahr 2012“ benennt als größten Einzelposten die Nutzung der Windenergie mit einem Anteil von 30% bei der geplanten Kohlenstoffdioxideinsparung. Lahr müsste jetzt eigentlich liefern! Doch in einem Interview mit der Klimaschutzmanagerin M. M. (heute: M. K.) heißt es dazu im Jahr 2020 nur: „Wir sind für Anfragen möglicher Interessenten offen.“ Es aber nicht erkennbar, was sich in der Verwaltung und im Gemeinderat geändert haben soll, damit Projektentwickler wieder Vertrauen fassen können.

Wenn einem Gutes widerfährt, das ist schon eine Ablehnung wert.

Neben den erfolglosen Bemühungen um eine nennenswerte Windkraftnutzung auch in Lahr blieb ein Angebot der Agenda-Gruppe Energie zur Finanzierung einer Mikro-Windkraftanlage ebenfalls ohne Erfolg. Die Anlage sollte der Ökologiestation auf dem Langenhard (Foto rechts) zu pädagogischen Zwecken dienen. Die Station liegt auf einer Anhöhe oberhalb Lahrs und führt Freizeit- und Bildungsangebote für Jugend-



liche durch. Der geplante Rotordurchmesser: Nur zwei bis drei Meter (Beispiel-Foto rechts).

Anlass für das Förderangebot der Agenda-Gruppe Energie war eine Präsentation von zwei Mitarbeitern der Ökologiestation über ihre Arbeiten vor dem Umweltausschuss im November 2011. Der Sprecher der Gruppe war von diesem Beitrag derart beeindruckt, dass er noch in diesem Gremium der Station eine Spende zur Anschaffung eines kleinen, kommerziell und in Serie hergestellten Windrades für Lern- und Erfahrungszwecke anbot.

So sollten die Schüler die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen der Windenergienutzung kennen lernen. Die Gruppenmitglieder wollten die fachtechnische Begleitung von der Planung bis zur Inbetriebnahme übernehmen. Einer der beiden Leiter, Herr J. St., dazu: *„Sie rennen bei uns offene Türen ein.“*



Doch der zehnköpfige Vorstand der Ökologiestation Langenhard, von denen etwa die Hälfte aus Mitarbeitern der Lahrer Stadtverwaltung besteht, hielt ein Gespräch mit der Agenda-Gruppe Energie erst gar nicht für notwendig und lehnte die Spende in Höhe eines mittleren, vierstelligen Euro-Betrages schon im Vorfeld rundweg ab. Wie ätzen die Schuttertäler im Hinblick auf die Lahrer schon länger? „Es gibt Männli, es gibt Wiebli, und es gibt Lohrer“ ...

Und täglich grüßte der Herrenknecht ...

In mehreren halbseitigen Anzeigen polemisierte der Inhaber des Tunnelbohrmaschinenherstellers Martin Herrenknecht aus Schwanau-Allmannsweier in den Jahren 2017, 2018 und 2020 gegen die Nutzung der Windenergie im Schwarzwald (Anzeige auf der nächsten Seite). Beispielhaft sei hier zu drei seiner Behauptungen Stellung genommen:

Behauptung 1: *„Planlose Aufstellung von 39 Windrädern zwischen Offenburg und Kenzingen, die nichts mit nachhaltiger Energiepolitik und Naturschutz zu tun haben“:*

Stellungnahme Agenda-Gruppe Energie:

In dem genannten Bereich gibt es deutlich weniger als die behauptete Anzahl von Windkraftanlagen. Sie konzentrieren sich gruppenweise in sogenannten Vorranggebieten, die die Gemeinden ausweisen. Von Planlosigkeit kann keine Rede sein. Die Windenergienutzung ist im Gegensatz zur Kohle, dem Erdgas und dem Uran immer nachhaltig, weil keine laufenden Treibstoffe erforderlich sind. Die Anlagen tragen sehr wohl auch zum Naturschutz bei, weil Umwelt- und Klimaschutz auch Naturschutz ist. Das hat inzwischen auch der Schwarzwaldverein begriffen.

Behauptung 2: *„Die meiste Zeit drehen sich die Windräder nicht, wohl aber klingelt es im Geldbeutel profitgetriebener Investoren.“*

Stellungnahme der Agenda-Gruppe Energie:

Diese Aussagen zeugen ebenfalls von fehlender Sachkenntnis. Selbst der Laie kann das schon feststellen: Die vermeintlich „Profitgetriebenen Investoren“ würden sicherlich kein Geld für „energie-ineffiziente Windräder“ ausgeben. Natürlich stehen die Anlagen in Flauten auch still, aber übers Jahr erzeugte eine ertüchtigte und größere Windkraftanlage selbst oberhalb Lahrs im Jahr 2019 eine Strommenge in Höhe von gut 7 Mio. kWh (= 2000 Haushalte), entsprechend 2300 Betriebsstunden unter voller Last. Das sind deutlich mehr als doppelt so viele wie die von

Herrn Herrenknecht behaupteten 900. Er hätte sich auch einmal beim E-Werks Mittelbaden kundig machen können. Dessen Vorstand teilte über die Ergebnisse seiner 10 Windkraftanlagen in der Ortenau im Bilanzbericht für das Jahr 2019 zufrieden mit: „Die Stromproduktion liegt über Plan, sie liegt auf dem Niveau der Nordseeküste.“ Windkraftanlagen seien somit „eine zuverlässige Produktionsquelle für die Region.“ Daraus folgt der Schluss: Sie arbeiten sehr wohl energieeffizient und wirtschaftlich.

Und was den Geldbeutel und damit die Wirtschaftlichkeit betrifft: Die jährlichen Renditen der Kommanditisten liegen zwischen 0% und 3%; dafür würden die Firma Herrenknecht und die Energieversorger bei weitem nicht arbeiten. Die Verantwortung der vielen Mitglieder von Energiegenossenschaften für den Schutz der Umwelt und des Klimas sowie für eine zukunftsorientierte Energiepolitik sollte der Unternehmer nicht schlecht reden.

Ortenau, August 2017

Stoppt den Windrad-Wahnsinn im Schwarzwald!


Wer verschandelt unseren Schwarzwald? Nur planlose Akteure. 39 Windräder, die bis zu 250 Meter an den Höhen des Schwarzwaldes aufragen, verunstalten zwischen Offenburg und Kenzingen unser einmaliges Landschaftsbild. Man greift sich an den Kopf und fragt, was das mit nachhaltiger Energiepolitik und Naturschutz zu tun hat. Denn die meiste Zeit dreht sich auf den Anhöhen nichts, offenbar nur im Steuer- geldbeutel der Investoren.

Windenergie macht dort Sinn, wo der Wind kräftig bläst. In der Nord- und Ostsee zum Beispiel. Doch hier, in unserer schönen badischen Heimat, sind Windräder, die wie die Pilze aus dem Waldboden sprießen, purer Wahnsinn. Bald sieht man vor lauter Windrädern den Wald nicht mehr. Und wer genauer hinschaut: den Windrädern bei uns fehlt meistens der Wind – großer Stillstand. Geht es hier also rein um Steuer- vorteile von Investoren? Auf Kosten unseres einzigartigen Schwarzwalds?

Wer übernimmt die Verantwortung, wenn den Touristen langsam die Augen aufgehen und sie ihren Aufenthalt woanders planen, da der Schwarzwald nicht mehr das ist, was er vor dem Windrad-Wahnsinn war? Ich plädiere dafür, dass wir dem Irrsinn gemeinsam Einhalt gebieten.

Ich bin gespannt auf Ihre Meinung!

Ihr Dr.-Ing. E.h. Martin Herrenknecht
77963 Schwanau
www.martin-herrenknecht.de



Behauptung 3: „Bald sieht man vor lauter Windrädern den Wald nicht mehr, die Touristen werden wegbleiben.“

Stellungnahme der Agenda-Gruppe Energie:

Schlimmer geht nimmer! Dabei gehen die Behörden beim Ausbau der Windenergienutzung behutsam vor. Ein Aufbau von Windparks ist nicht überall möglich; das gilt auch in Vorranggebieten. Trotzdem muss es weiter gehen, denn es geht nicht darum, ob man Windräder schön oder hässlich findet, sondern darum, ob wir sie brauchen. Schließlich hat laut grün-schwarzer Landesregierung jede Gemeinde einen „substantiellen“ Beitrag zur Nutzung der Windenergie zu leisten, übrigens die kostengünstigste Art der Stromerzeugung unter den erneuerbaren Energien.

Dass die Touristen wegen der Windräder wegbleiben ist nicht nachgewiesen. Sie könnten aber die Pensionen und Hotels an den Motorrad-Rennstrecken zwischen dem Schutttertäl und dem

Südschwarzwald meiden. Der Grund: Das laute Getöse der vielen Rudel nervt nicht nur die Anwohner, sondern auch die Urlauber.

Herr Herrenknecht kann sich jedoch beruhigt zurücklehnen: Durch das Abwürgen der Energie-wende seitens der schwarz-roten Bundesregierung wird es im Schwarzwald keine großen Wind-energieaktivitäten mehr geben. Nach dem Auslaufen des Atomstroms sollen es ja aus Sicht der Berliner Politiker die Kohle und das Erdgas richten. Wo kommen wir denn hin, wenn Einzelne oder die Bürgerenergiegenossenschaften ihren Ökostrom selbst erzeugen?

Fazit: Der Schwanauer Tunnelbauer sollte sich zukünftig nur noch seinem Beruf widmen – Beruf heißt Berufung. Da ist er Fachmann und leistet gute Arbeit. Aus der Politik und der Windenergie sollte er sich aber heraushalten, weil dort Poltern bzw. fehlendes Fachwissen nicht gut ankommen.

Kapitel 4: Die Baubürgermeister

4.1 Ära Baubürgermeister Karl Langensteiner 2005 - 2014

Investor Zuerst

Im Hinblick auf den Einbau von energie-ineffizienten Luft-Wärmepumpen in den Neubaugebie-ten „Konversionsgebiet Kasernenareal-Ost“ (Kapitel 3.1/Seite 11), „Wohnen am Park“ (Kapitel 3.2/Seiten 15-16) und in der Kindertagesstätte „Max-Planck“ bemühte sich die Agenda-Gruppe auch weiterhin darum, in Neubaugebieten nur Niedrigstenergie- und Passivhäuser zuzulassen. Diese sollten auch vorzugsweise mit Heizungen versehen werden, die wirklich Primärenergie einsparen und erneuerbare Energien nutzen. Der von 2005 bis 2014 amtierende Baubürgermeister Karl Langensteiner hatte jedoch kein Interesse daran. Für ihn und die anderen Entscheidungs-träger war quantitatives Wachstum wichtiger als qualitatives.

Das demotivierte naturgemäß die Fachleute der Agenda Gruppe Energie. Sie fühlten sich vom Amt nicht ernst genommen. Die Lahrer Klimaschutzpolitik war weiterhin wenig einfallsreich, ehrzeigig und zukunftsorientiert. Oberbürgermeister Wolfgang G. Müller und die Mehrheit des Gemeinderats geben nun einmal die Richtung „Wirtschaftswachstum“ vor, also zuerst der In-vestor. Die Folgen: Die Aufgaben des „Integrierten Klimaschutzkonzepts Lahr 2012“ und das Controlling kommen nach und nach unter die Räder. Eine aktuelle CO₂-Bilanz über das bisher Erreichte gibt es nicht; die letzte liegt sechs Jahre zurück, und die nächste ist erst für das Jahr 2021 vorgesehen, ein Jahr vor dem Ende des zehnjährigen Arbeitsprogramms „Integriertes Kli-maschutzkonzept Lahr 2012“!

Es muss etwas geschehen, aber es darf nur wenig passieren.

In Lahr gibt man sich schon mit wenig zufrieden. Es muss zwar etwas geschehen, aber es darf nur wenig passieren. Dafür klappt die Öffentlichkeitsarbeit: Vollmundig verkündete die Stabs-stelle Umwelt/Klima im Jahr 2017, dass Lahr *„nicht nur eine regionale, sondern auch eine bundesweite Anerkennung für ihre Klimaschutzprojekte erworben hat und die Stadt als Vorbild gilt“*. Das mag zwar mit der Selbstwahrnehmung übereinstimmen, nicht jedoch mit der Realität. Ergänzt wird die Meldung mit einem Foto (rechts), auf dem die lokal Verantwortlichen zusammen mit dem Landesumweltminister Franz Untersteller (links) hinter einem veralteten Zertifikat „Europäische Energie- und Kli-



maschutzkommune 2014“ stehen. Was das Amt nicht erwähnt: Die magere Punktezahl von 61% war so hoch wie schon im Jahre 2011.

Im Rahmen eines Interviews mit der Klimaschutzmanagerin M. M. daraufhin angesprochen, antwortete sie im Jahre 2020: „Wir bewerten das eindeutig positiv. Wir treten keineswegs auf der Stelle. Wir sind mit den stetig zunehmenden Anforderungen an kommunale Energieaktivitäten gewachsen.“ Was die Stabsstelle Umwelt/Klima auch hier nicht erwähnt: In Lahr gibt es seit 2014 keine Zertifizierungen mehr. Sieben andere, in der Größe vergleichbare Städte in Baden-Württemberg, sind nicht nur damals, sondern auch noch heute statt mit 61%-Punkten (mindestens 50% erforderlich) sogar mit 78% bis 85% - Punkten zertifiziert worden. „Nicht ärgern, nur wundern“ trösten sich da einige.

Personelle Probleme

Doch zurück zum damaligen Baubürgermeister Karl Langensteiner. Sein Arbeitsstil überzeugte weder auf der politischen noch auf der personellen Ebene. Dafür verstand er es, seine Gesprächspartner „um den Finger zu wickeln“ wie ein Mitglied des Gemeinderats einmal öffentlich anmerkte. Im personellen Bereich gelang ihm aber auch das nicht. Schmerzlich mussten es nicht nur die Agenda-Gruppe Energie erfahren (Kapitel 3.2/ Seite 13-14 und Anhang A4/Seiten 50-54), sondern im Jahr 2013 auch noch die nur kurz im Amt geduldete Gebäudemanagerin S. Sch.: Sie wurde gemobbt und verlor ihre Stelle. Und der Baubürgermeister war nicht fähig zu vermitteln oder gar durchzugreifen. Weitere Details zu diesem unwürdigen „Stück aus dem Tollhaus“ sind in der „Chronologie des Versagens im Lahrer Hochbauamt“ im Anhang A4/ Seite 55 nachzulesen. Soziale Kompetenz war eben nicht seine Stärke.

Auch kurz darauf klappte die Zusammenarbeit mit der ersten Klimaschutzmanagerin S. O. nicht. Sie sollte drei Jahre nach der Erstellung des „Integrierten Klimaschutzkonzepts Lahr 2012“ die einzelnen Punkte bearbeiten und umsetzen. Doch sie ging schon nach einem halben Jahr. Warum? Darüber gibt es eine offizielle und eine inoffizielle („Es hat nicht gepasst.“) Version. Scheiterten die beiden Damen S. Sch. und S.O. an zu geringen Entfaltungsmöglichkeiten und zu großen Einschränkungen, an einem anderen Stil, an der Intransparenz mit „Leichen im Keller“ (fehlgeschlagenen Projekten) oder gar an einer Abschottung? Beklagte auch die junge Generation von Expertinnen den nur mäßigen Willen zur Umsetzung von Projekten? Typisch: Entweder fehlte die Zeit oder das Geld.

Chancen nicht genutzt

Durch den nur mäßigen Willen zur Umsetzung nennenswerter klimanützlicher Projekte und die Probleme im personellen Bereich vergibt sich Lahr weiterhin die Chance zu einer lebenswerten, umweltfreundlichen und damit zukunftsfähigen Stadtentwicklung: Also keine neuen Baugebiete mit Niedrigstenergie- oder Passivhaus-Standard, keine weitere Kraft-Wärme-Kopplung mit gleichzeitiger Strom- und Heizwärmeerzeugung, keine energieeffizienten Wärmepumpen und keine neuen Windkraftanlagen.



Deshalb beheizt inzwischen eine große Anzahl von energie-ineffizienten Luft-Wärmepumpen die Häuser im ehemaligen Kasernenareal „Kasernenareal-Ost“ (Foto links). Und auf den Dächern

der renovierten Kasernen liegen nur wenige Sonnenkollektoren für die Warmwasserbereitung (Foto rechts: horizontale, dünne, dunkelblaue Linie direkt unterhalb der Dachfirste). Es sind

Alibi-Anlagen, die wegen ihrer geringen Anzahl von Kollektoren nur einen Teil der Wärmeverluste der Trinkwasserverteilung solar abdecken. Schließlich verzichtete das Hochbauamt im Alten- und Pflegeheim Spital wegen des Wärmepumpen-Desasters ganz auf eine ursprünglich vorgesehene große Sonnenkollektoranlage zur Trinkwassererwärmung (Kapitel 3.2/Seiten 13-14).

4.2 Ära Baubürgermeister Tilman Petters 2014 bis heute

Die Position des Baubürgermeisters Karl Langensteiner war seit der Affäre „Gebäudemanagerin“ geschwächt; näheres dazu im Anhang A4 „Chronologie eines Versagens im Lahrer Hochbauamt“/ Seiten 50-55). Trotzdem haben ihn die Gemeinderäte im Jahr 2013 wieder gewählt. Doch nach nur einem Jahr verabschiedete sich der Baubürgermeister nach Konstanz. Eine Flucht nach vorn, weil er Energie- und Kosteneffizienz sowie die personellen Probleme nicht mehr im Griff hatte? Die Agenda-Gruppe Energie verfolgte das mit stiller Freude, waren doch die Energiewende und der Umwelt- und Klimaschutz nicht seine Anliegen. Es bestand nämlich jetzt die Aussicht auf eine Veränderung der Lage durch einen neuen Baubürgermeister.

Erneute Kontaktaufnahme

Die Agenda-Gruppe Energie erhoffte sich vom Nachfolger Tilman Petters eine Verbesserung der Verhältnisse. Immerhin gab es jetzt wieder persönliche Kontakte. In einem ersten Gespräch (Foto: Amtsräume) wollte der Baubürgermeister sogar ernst machen mit dem Bürgerschaftlichen Engagement und regte an, die Agenda-Gruppe Energie an den Sitzungen des Energiebeirats teilnehmen zu lassen. Doch der Leiter



der Stabsstelle Umwelt/Klima bremste ihn gleich aus. Was in Aurich, der früheren Arbeitsstelle Herrn Petters, möglich war, das kam für Lahr nicht in Frage. Sonntagsreden des Oberbürgermeisters zur Wichtigkeit des Bürgerschaftlichen Engagements hin, Sonntagsreden her. Die weiteren Gespräche waren deshalb mehr Meinungs austausch und brachten die Bemühungen um mehr Klimaschutz nicht wirklich voran. In der Halbjahresbilanz des Baubürgermeisters in einer Lahrer Tageszeitung im Jahr 2018 kam der Klimaschutz nicht vor; ebenso auch nicht in einem „Sommergespräch“ im Jahr 2020.

Die Verwaltung genehmigte dagegen lieber Beschleunigungsrennen auf dem Lahrer Flugplatz. Was für wenige offensichtlich einen Spaß bedeutet, ist für viele ein anachronistischer Unsinn: Lautes Motordröhnen, Materialverschleiß, Treibstoffverschwendung und Luftverschmutzung. Dem hätte die Stabsstelle Umwelt/Klima eigentlich Einhalt gebieten müssen. Mit der viel gepriesenen Nachhaltigkeit hat das nämlich nichts zu tun. Oh, wäre das Genehmigungsverhalten auch bei Windkraftanlagen nur so groß ...

Eine traurige Rolle spielte in diesem Zusammenhang die Ansiedlungsfreude des Oberbürgermeisters Wolfgang G. Müller. Der wollte doch allen Ernstes im Lahrer Westen eine Munitionsfabrik genehmigen lassen. Erfreulicherweise zeigte ihm der Gemeinderat die „Rote Karte“. Zumindest in diesem Fall siegten ethische Bedenken über sein Mantra „Wirtschaftswachstum“. Der Oberbürgermeister wäre besser beraten gewesen, Investoren mit „Grüner Technik“ nach Lahr zu locken. Doch eine große Photovoltaikanlage am Flughafen zu errichten, das lehnte er vehement ab.

Wäre das Klima ein Handel oder eine Sozialwohnung, man würde es schützen.

Das Baugesetz gibt in den §§ 9 und 11 den Kommunen die Möglichkeit, im Hinblick auf den Umwelt- und Klimaschutz lenkend einzugreifen. Die Agenda-Gruppe Energie machte den neuen

Baubürgermeister darauf aufmerksam, um auch Lahr für eine nachhaltige und lebenswerte Zukunft fit zu machen. Doch er beschied der Gruppe, dass es bisher *„der politische Wille sei, Investoren und Bauherren möglichst wenig Vorschriften zu machen“*. Diese Antwort sieht nach einem schnellen Arrangement mit den Lahrer Verhältnissen aus. Wer steckt eigentlich hinter dem nebulösen *„Politischen Willen“*? Der Oberbürgermeister und/oder der Gemeinderat? Wo bleiben da die ökologisch orientierten Ratsmitglieder?

Erst im Jahr 2017 rumorte es in einem Teil des Gemeinderats. Der Grund: In einem Neubaugebiet halten nur 25% der überprüften Bauleute die Vor-

„Es ist der „Politische Wille“, Investoren und Bauherren möglichst wenig Vorschriften zu machen.“

gaben der Bebauungs- und Begrünungspläne ein! Das war selbst den weniger ökologisch orientierten Parteien zu viel. Alle forderten deshalb ein „rigides Vorgehen“ der Verwaltung gegen Gesetzesverstöße. Von versäumten eigenen Auflagen im Hinblick z. B. auf einen erhöhten Baustandard in dem Neubaugebiet war allerdings keine Rede.

Dabei machen der Gemeinderat und die Bürgermeister auf der Basis der Landesentwicklungs- und Regionalpläne den Investoren schon immer Auflagen, um beispielsweise die Innenstadt als attraktiven Einkaufsort zu erhalten. Man wolle, so das Stadtplanungsamt, die Einzelhandelsentwicklung durch Festlegung und Durchsetzung richtiger Standorte, Sortimente und Größen *„gezielt steuern“*. Und der Oberbürgermeister ergänzt: *„Die Innenstadt muss geschützt werden“*.

Mit einem solchen Steuern und Lenken war allerdings nur der Handel und ab 2017 auch der Mindestsatz in Höhe von 20% an Sozialwohnungen bei Neubauten gemeint und nicht das Klima. Beim Handel und den Sozialwohnungen heißt es positiv besetzt *„Steuern und Lenken“*, während man das Gleiche beim Klimaschutz negativ besetzt eine *„Zwangsmassnahme“* nennt! Oh, wäre das Klima eine Industrie, ein Handel, ein Gewerbe oder eine Sozialwohnung, der Gemeinderat und die Bürgermeister würden es schützen!

Lästiges Bürgerschaftsengagement

Nach einer anfänglichen Hoffnung auf mehr Bürgerbeteiligung blieben die Kontakte auf der Arbeitsebene zunehmend aus. Sie bestanden zunächst zwar noch im fachlichen Austausch und der Bewertung von Gutachten, wie z.B. bei der thermischen Nutzung von Abwässern oder beim Quartierskonzept Lotzbeckstraße. Zu weiteren Anfragen nahm sich die Stabsstelle Umwelt/Klima dann aber bis zu drei Monate Zeit – und das erst nach Erinnerungen. Die Inhalte der Antworten waren unbefriedigend. Daraufhin angesprochen wurde klar, dass dem Amt das Bürger-schaftliche Engagement zu zeitraubend und damit lästig war.

„Der Lokale Agenda 21–Prozess Lahr ist nichts für Fachleute.“

Ein Gemeinderat meinte dazu einmal: *„Der Lokale Agenda 21 – Prozess ist nichts für Fachleute“*. Die Gefahr sei zu groß, dass sie Anregungen einbringen, auf die die Verwaltung hätte selbst kommen sollen. Wenn man trotzdem eine

Aussicht auf Erfolg haben will, müsse man durch eine geeignete Formulierungskunst den Mitarbeitern das Gefühl geben, als ob die Ideen von ihnen selbst kämen.

Hoffnung auf umweltfreundliches Baumanagement zerschlug sich

Das Problem im Baudezernat: Die Bearbeiter des *„Integrierten Klimaschutzkonzepts Lahr 2012“* müssten eigentlich laufend Umsetzungsvorschläge und Vorlagen in die zuständigen Ämter und Gremien einbringen – unabhängig von der Aussicht auf Erfolg im Gemeinderat. Sie zögern jedoch wenn schon im Vorfeld erkennbar ist, dass das Gebäudemanagement/Hochbau, die Stadtplanung und der Baubürgermeister die Aktivitäten nicht mittragen wollen. Hier wäre mehr „Pro-

Aktivität“ angebracht, Überzeugungsarbeit und vor allem Durchhaltevermögen. Deshalb fanden auch die Vorschläge der Agenda-Gruppe Energie zu zukunftsorientierten Bauweisen und energieeffizienten Heizungstechniken bisher kaum Berücksichtigung. Die „weiter oben“ angesiedelten Verantwortlichen scheuen nämlich nach wie vor Vorgaben „wie der Teufel das Weihwasser“ – zumindest bis zum Jahre 2018.

In diesem Jahr erfolgte ein kleiner Durchbruch. Nach vielen Briefen, Gesprächen und einem Vortrag der Agenda-Gruppe Energie im Umweltausschuss ließ der Baubürgermeister durchblicken, dass er sich im geplanten Neubaugebiet „Hosenmatten 2“ mit 52 stadteigenen Grundstücken durchaus eine Lenkungsmaßnahme im Rahmen städtebaulicher Verträge vorstellen könne! Es sollte gegenüber der geltenden Energieeinsparverordnung ein erhöhter, sogenannter KfW55-Baustandard vorgegeben werden.

Die Beschlussvorlage für ein umweltfreundliches Baumanagement ging dann durch vier Gremien. Der Technische Ausschuss stimmte mit deutlicher Mehrheit dafür, doch der rechte Block im Gemeinderat, bestehend aus CDU, Freien Wählern und FDP, lehnte die Vorlage im März 2018 mit einer knappen Mehrheit von 15 zu 14 Stimmen ab. Das sorgte bei den unterlegenen Parteien SPD, Grüne und Linke nur für ein Kopfschütteln. Die Gemeinderätin M. W. brachte es auf den Punkt: „*Es ist deprimierend wie wenig die Mehrheit der Klimawandel interessiert.*“ Im Jahr 2020 verlies sie Lahr.

Unhaltbare Argumente

Der Grund für die Ablehnung des konservativ-neoliberalen Flügels: Die vermeintlich hohen Kosten eines erhöhten Baustandards.

Dieses Argument ist jedoch nicht stichhaltig. Die staatliche KfW-Bankengruppe, die einen beträchtlichen Anteil der zusätzlichen Aufwendungen fördert, hat nämlich eine Beispielrechnung veröffentlicht. Darin weist sie nach, dass sich bei Ein- und Zweifamilienhäusern die Mehrkosten von rund 10% in zehn Jahren amortisieren. Diese Zusatzkosten sind also nach einer

Dekade abbezahlt. Bei einer Lebensdauer des Hauses von mehr als 50 Jahren ist das somit eine hochrentable Maßnahme. Die Bewohner können sich schon nach dem Einzug über deutlich niedrigere Heizkosten freuen. Bedauerlicherweise hat diesen finanziellen Nutzen keiner der Gemeinderäte thematisiert – vom Nutzen für die Umwelt und das Klima ganz abgesehen.

Erstaunlich: Die Nein-Sager-Parteien, die tendenziell eher die Interessen des Mittelstands und der Freiberufler vertreten, verweisen beim Klimaschutz –aber auch nur hier– immer wieder auf die vermeintlich hohen Kosten. Dabei ist schon lange bekannt, dass nichts tun mittelfristig teurer kommt als alles daran zu setzen, die Kohlenstoffdioxid-Emissionen schon jetzt zu senken.

In den letzten 16 Jahren stiegen die Baukosten um 36%, davon sind aber nur 3% - 6% energetisch bedingt.



Spielt Kosten gegen Klima aus: Der rechte Teil des Gemeinderats stimmt mehrheitlich gegen die Beschlussvorlage für einen erhöhten Baustandard bei stadteigenen Grundstücken.

Übrigens: Bei der Debatte um einen erhöhten, angeblich zu teuren Baustandard legen das Dresdner Institut für Technische Gebäudeausrüstung (ITG) und das Münchener Forschungsinstitut für Wärmeschutz (FIW) noch eins oben drauf. Sie kommen zu dem Ergeb-

nis, dass eine erhöhte Energieeffizienz kein Kostentreiber im Wohnungsbau ist. Der Grund: In den letzten 16 Jahren stiegen die Baukosten um 36%, davon sind aber nur 3% bis 6% energetisch bedingt!

Die Kosten eignen sich somit nicht als „Totschlag-Argument“. Sie entpuppen sich bei einer näheren Betrachtung als ein Scheinargument, um einen zukunftsorientierten Baustandard zu verhindern oder wenigstens zu verzögern. Also ein „Weiter-so“? Mit einer solchen Einstellung sind die Lahrer Klimaschutzziele jedoch nicht zu erreichen. Es drängt sich deshalb der Verdacht auf, dass die erst im Jahr 2015 eingerichtete Stelle eines Klimaschutzmanagers auf Zeit, mitfinanziert durch die Bundesregierung, nur eine Alibifunktion hat. Die Mehrheit des Lahrer Gemeinderats sollte sich endlich einmal ehrlich machen.

Fehlende Kontinuität bei Klimaschutzmanagern

Um den Klimaschutz auch in den Kommunen voran zu treiben, finanziert das Bundes-Umweltministerium die Stellen von Klimaschutzmanagern zu 65%, allerdings nur befristet. Danach muss die Stadt den Manager entweder entlassen oder ihn fest einstellen und die Stelle selbst bezahlen. Die Autoren des "Integrierten Klimaschutzkonzepts Lahr 2012" haben auch der Stadt Lahr die Einstellung eines Klimaschutzmanagers empfohlen, um das umfangreiche zehnjährige Arbeitsprogramm überhaupt bewältigen zu können.

Lahr richtete eine solche Stelle aber erst im Jahre 2015 ein. Der Start missglückte jedoch. Schon nach einem halben Jahr warf Frau S. O das „Handtuch“; näheres dazu in Kapitel 4.1/ Seite 21 und Anhang A4/Seite 55.

Im Jahre 2016 trat dann ein neuer Kandidat an. Er sollte sich jetzt um die Abarbeitung der zahlreichen Punkte des 167-seitigen „Integrierten Klimaschutzkonzepts Lahr 2012“ kümmern. Herr M. D. bezeichnete das Konzept einmal als seine „Bibel“.

Zur Halbzeit seiner zweijährigen Vertragslaufzeit im Jahre 2017 fragte die Agenda-Gruppe an, ob er im Rahmen eines Interviews bereit sei, eine Zwischenbilanz seiner Arbeit zu ziehen. Er sagte gleich zu. Doch die ins Auge gefassten Termine zur Abstimmung der Fragen und Antworten wurden immer wieder verschoben. Die Gründe: Keine Zeit, Urlaub und wieder keine Zeit. So zog sich das Vorhaben über drei Monate dahin: Zeit gewinnen und ein Auflaufen lassen war angesagt. Eine solche „Salamitaktik“ ist auch in Lahr nicht totzukriegen.

In der Zwischenzeit war aber die Stabsstelle Umwelt/Klima durchaus aktiv. Sie verfasste eine eigene Bilanz für die Tagespresse, und der Klimaschutzmanager hielt zum gleichen Thema einen Vortrag in der Volkshochschule; die Besucherzahl: vier! Erst danach gab es –als es wegen des steigenden Drucks seitens der Agenda-Gruppe Energie nicht mehr anders ging– nach vielem hin und her auch noch das Interview, das die Handschrift des Stabsstellenleiters trug. Nach inzwischen mehr als drei Monaten interessierte die Fragen und Antworten jedoch niemanden mehr. Wieder einmal brachte die Agenda-Gruppe Energie eine Idee ein, die das Amt gerne aufgreift, und diese –ohne mit der Gruppe Rücksprache zu nehmen– erst einmal selbst verwirklicht. Oh, wäre der Umsetzungswille bei den Projekten des Klimaschutzkonzepts auch so hoch! Das Inter-



view ist trotzdem nachzulesen unter der Agenda-eigenen Internetadresse www.agenda-energie-lahr.de/files/PM-Interview_Dutschke.pdf

Nach Ablauf der zweijährigen Vertragslaufzeit musste Herr M. D. gehen. Eine Lahrer Tageszeitung vermutete „personelle Probleme“; es gab aber auch inhaltliche. Außerdem hätte der Manager auf einen unbefristeten Vertrag klagen können. Das wollte man sich dann doch nicht antun. So hoch ist der Klimaschutz in großen Teilen der Verwaltung und des Gemeinderats nun doch nicht angesiedelt.

Es dauerte dann erneut mehr als ein halbes Jahr bis im Sommer 2019 die dritte und vorläufig letzte Klimaschutzmanagerin antrat – ebenfalls nur mit einem Zweijahresvertrag. Sieben von zehn Jahren des Arbeitsprogramms waren bereits vorbei. Frau M. M. steht nun vor einer schier unlösbaren Aufgabe. Sie muss die Versäumnisse der Vergangenheit –zum Beispiel das fehlende Controlling in den letzten sechs Jahren– nun im Schweinsgalopp nachholen, um zu wissen, wo das Amt mit seinen Bemühungen um einen nennenswerten Klimaschutz überhaupt steht. Danach verbleibt kaum mehr Zeit um nachzujustieren.

Erschwerend kommt hinzu, dass Oberbürgermeister Wolfgang G. Müller den Leiter der Stabsstelle Umwelt/Klima M. K. schon länger mit Aufgaben betraut hat, die gar nicht zu seinem Fachgebiet gehören. Das betrifft das Büro des Lokalen Agenda 21 – Prozesses (früher Hauptamt) und den Zivilschutz/Feuerwehr. Diese zusätzlichen Aufgabenbereiche binden natürlich Arbeitskraft, die dem Umwelt- und Klimaschutz fehlt. Außerdem belastet die fehlende Kontinuität bei den Klimaschutzmanagern die Bearbeitung von Projekten.

Trotz der schlechten Erfahrung mit einem Interview bei Herrn M. D. nahm die Agenda-Gruppe Energie im Sommer 2020 einen erneuten Anlauf bei der neuen Klimaschutzmanagerin. Auch sie sagte spontan zu. Erfreulicherweise klappte es diesmal besser. Frau M. M. gelang es in Zusammenarbeit mit dem Leiter der Stabsstelle in „nur“ sechs Wochen zehn Fragen zu beantworten. Das Interview erschien diesmal auch in der Tagespresse – wenn auch erheblich verkürzt. Es ist vollumfänglich nachzulesen unter der Internetadresse www.agenda-energie-lahr.de/PM-Interview_Meinhardt.html

Hoffnung auf klimaneutrale Landesgartenschau zerschlug sich



Die Stabsstelle Umwelt/Klima bemühte sich im Jahre 2018, die Durchführung der Landesgartenschau klimaneutral zu organisieren und durchzuführen (Foto). Sie erarbeitete entsprechende Vorschläge. Doch der Dämpfer kam bald. Wiederum war es der nebulöse „Politische Wille“, dass das nicht möglich sei.

Eine Begründung dazu gab es nicht. Es ist zu vermuten, dass der Oberbürgermeister und die Mehrheit des Gemeinderats das nicht wollten.

Stattdessen warb der Premium-Sponsor E-Werk Mittelbaden auf dem Gelände der Landesgartenschau symbolisch mit einer 4kW-Photovoltaikanlage in Form einer faltbaren Blüte für die Nutzung der Sonnenenergie und mit einem Mikro-Windrotor für die Nutzung der Windenergie. Die

E-Werks-Pressemitteilung zu letzterem zeugte jedoch von einem krassen Fehlwissen, das die Agenda Gruppe Energie umgehend korrigieren musste; Details zu dieser Peinlichkeit sind in Kapitel 5.3/Seiten 40-41 zu finden.

Wärmekonzept „1zu10“

Im Herbst 2016 schlug die Agenda-Gruppe Energie der Stabsstelle Umwelt/Klima vor, das von der Universität Stuttgart entwickelte „Wärmekonzept 1zu10“ für Ein- bis Zweifamilienhäuser im Rahmen eines Demonstrationsvorhabens auch in Lahr zu erproben. Ein Zusammenwirken von Sonnenkollektoren, einem großen Warmwasserspeicher, Erdsonden mit einer maximalen Tiefe von nur 10m und einer Wärmepumpe soll es ermöglichen, dass nur noch 10% des normalen Heiz- und Warmwasserbedarfs eines Hauses in Form von Strom notwendig ist.

Das Projekt stieß beim Klimaschutzmanager auf offene Ohren. Die Stabsstelle Umwelt/Klima, die Agenda-Gruppe Energie und die Universität vereinbarten eine Kooperation.

Nur noch 10% Strom und 90% aus Sonne und Erde zur Hausheizung?

Doch es vergingen erst einmal drei Monate, weil der Manager M. D. –ohne die Agenda-Gruppe zu informieren– erst einmal sein eigenes Haus im Hinblick auf eine Eignung untersuchen ließ. Das Ergebnis: Es war ungeeignet. Erst danach kam es zu einer öffentlichen Suche nach Bürgern, die zukunftsorientiert bauen wollten.

Die Auftaktveranstaltung im April 2017 übertraf dann alle Erwartungen: Baubürgermeister Tilman Petters richtete ein Grußwort an 70 interessierten Bürger, und anschließend stellte die Universität Stuttgart das Projekt vor. Immerhin schrieben sich vor Ort 40 Leute in eine Liste ein mit dem Wunsch, auch ihr geplantes Bauvorhaben einer Grob- und Feinanalyse unterziehen zu lassen. Übrig blieben im Herbst aber nur noch fünf Interessenten. Doch dem Klimaschutzmanager waren die Kostenangaben seitens der Universität nicht detailliert genug. Er übergab deshalb –wieder blieb die Agenda-Gruppe Energie informationsmäßig außen vor– die Ergebnisse der Feinanalysen zur Überprüfung an die Ortenauer Energieagentur in Offenburg; sie sollte auch die Gespräche mit den Interessenten führen.

Das Ergebnis: Keiner der potentiellen Bauleute war für das Wärmekonzept zu gewinnen. Dem stand ein vermeintlich zu komplexes System und wieder zu hohe Kosten entgegen. Da fehlte es wohl an einer Aufklärung. Denn mit solchen „Totschlag-Argumenten“ könnte man zukünftig keine Pilot- und Demonstrationsprojekte mehr durchführen.

Einer der zum Schluss noch verbliebenen Interessenten wollte sogar lieber ein Brennstoffzellen-Heizgerät vorsehen, ein Wärmeerzeuger der zu diesem Zeitpunkt nicht nur teuer, sondern auch noch kurzlebig war. Geld ist offenbar vorhanden, nur eben nicht für die Nutzung der Solarthermie und der sehr oberflächennahen Erdwärme.

Ideen – Werkstatt

Immer mehr externe Fachleute sind inzwischen gefrustet. Der Grund: Sie bringen Ideen ein, aber entweder laufen sie ins Leere oder die Verwaltung übernimmt sie als ihre eigenen. Gute Ideen, Anregungen und Beispiele dürfen eben nicht von außerhalb kommen. Dazu der folgende Fall: Die Agenda-Gruppe Energie schlug einen ausgewiesenen Experten auf den Gebieten der rationalen Energieverwendung und der Bauphysik aus Frankfurt/Main als Referenten vor, um den Gemeinderat und die Fachabteilungen über Möglichkeiten energieeffizienter Bauweisen zu informieren, verbunden mit Beispielen durchgeführter Objekte in Neubaugebieten. Doch die Stabsstelle Umwelt/Klima schlug das Angebot im Dezember 2016 aus: *„Wir brauchen keine externen Fachleute, die haben wir selbst.“*

Anfang des Jahres 2018 rief aber dann doch der Klimaschutzmanager M. D. zu einer Sitzung eines „Lahrer Klimarats“ auf. Verschiedene Gruppen meldeten sich. Doch erst im Juni kam es zu

einem ersten Treffen. Die Stabsstelle Umwelt/Klima berichtete über ihre bisherigen Arbeiten und forderte die gut ein Dutzend Anwesenden auf, Ideen für die weiteren Arbeiten einzubringen. Ein Protokoll gab es zunächst nicht. Das kam erst nach mehrmaligem Nachfragen. Seitdem fand aber keine Sitzungen mehr statt.

Auch die Anregung zu überprüfen, ob die Stadt Lahr Geld in klimaschädliche Beteiligungen angelegt hat, lief ins Leere. Der Klimaschutzmanager M. D. bekundete zwar sein Interesse an einem solchen „De-Investment“, er habe aber für Nachfragen und einer Klärung der Angelegenheit innerhalb der Verwaltung „keine Zeit“ dazu. Ob daran auch wirklich jemand interessiert ist?

So bemüht sich die Stabsstelle Umwelt/Klima weiter, um trotz der schlechten Rahmenbedingungen noch nennenswerte Erfolge vorweisen zu können. Dazu gehören natürlich auch die vielen kleinen Maßnahmen, die notwendig und positiv zu bewerten sind; auch die Informationsveranstaltungen in den Stadtteilen gehören dazu. Die Stabsstelle verbreitet ihre Bemühungen derzeit in mehreren Pressemitteilungen als „Vorbild“. Das Problem jedoch: Sie listet immer wieder alte Projekte auf; es sind nur wenige neue zu finden. Was jetzt noch fehlt ist der „Große Wurf“, der über den „Stand der Technik“ hinaus geht. Für alle Beteiligten ist da noch „Luft nach oben“ vorhanden. Die erforderlichen Maßnahmen stehen seit acht Jahren im „Integrierten Klimaschutzkonzept Lahr 2012“. Es muss jetzt nur noch der ernsthafte Wille bestehen, das damals vom Gemeinderat einstimmig verabschiedete Konzept auch umzusetzen und den „Großen Wurf“ nicht zu scheuen. Ein solcher hätte die Abstimmung über einen erhöhten Baustandard auch in Lahr sein können. Der Rat hat diese Chance aber nicht wahr genommen (Kapitel 4.2/Seiten 23-25).

Eine weitere Gelegenheit könnte die im Dezember 2019 abgelehnte Beschlussvorlage zur Ausrufung eines Klimanotstandes auch in Lahr bieten. Als Ausgleich versprach der neue Oberbürgermeister Markus Ibert den Gemeinderäten, „die Verwaltung zu beauftragen, ergänzende Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den menschengemachten Klimawandel zu erarbeiten.“ Er will darüber „intensiv diskutieren“ und wünscht keine „Symbolpolitik“.

Die Klimaschutzmanagerin M. M. nahm dazu im Rahmen eines Interviews mit der Agenda-Gruppe Energie im Sommer 2020 wie folgt Stellung: „Wir haben zu Beginn des Jahres 2020 mögliche zusätzliche Maßnahmen aus verschiedenen Informationsquellen ausgewertet“. Seit einiger Zeit liege eine Ideenliste vor. Sobald der Energiebeirat wieder tagen könne, sollte die Liste intensiv diskutiert werden. In der zweiten Jahreshälfte werde dann „das Ergebnis in den Ratsgremien vorgestellt und kann dort beraten werden“. Das Fazit bisher: Es ist nur von einem „intensiv diskutieren“ und einem „beraten“ die Rede und nicht von einem Willen zur Umsetzung. Bis zu einer Entscheidung wird dann ein Jahr vergangen sein. Der Ausgang ist offen.

Kapitel 5: Probleme mit dem Elektrizitätswerk Mittelbaden in Lahr

Neben den Problemen mit der städtischen Verwaltung gab es aber auch welche mit dem E-Werk Mittelbaden (EWM), bei dem die Stadt Lahr einen Anteil von 29% hält. Hier musste die Agenda-Gruppe Energie im Interesse der Bürger und des Klimaschutzes mehrfach einschreiten, wenn es um Fehleinschätzungen, Geheimnistuerei, irreführende Werbung, Polemik oder gar um gesetzeswidriges Verhalten ging (siehe Kapitel 5.1-5.3). Dass dieses Vorgehen weder beim EWM noch bei der Stadt als Anteilseigner auf Wohlwollen stieß, versteht sich von selbst. Hinweise auf Irregularitäten könnten schließlich die wirtschaftlichen Interessen stören.

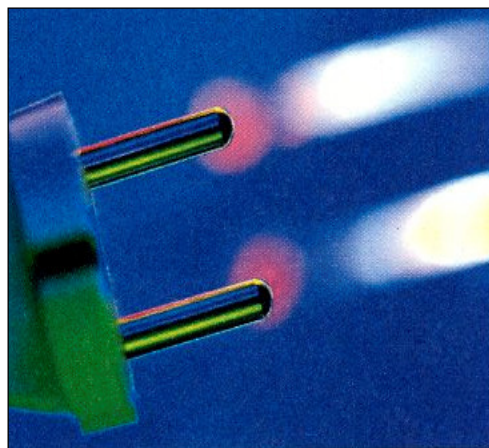
Doch die Gruppe ließ nicht locker. Insbesondere schritt sie ein, wenn –wie auch bei der Stadt Lahr– Anspruch und Wirklichkeit weit auseinander lagen. Das war z.B. beim „Feldtest Wärmepumpen“ der Fall, den neben der Badenova auch das EWM förderte (Kapitel 5.2/Seiten 30-32).



5.1 Ära Vorstand Jürgen Englert bis 2004

Bis zu Beginn der Nullerjahre dieses Jahrhunderts war das E-Werk Mittelbaden noch streng auf die Nutzung der fossilen und nuklearen Energien fokussiert. Der kaufmännische Vorstand Jürgen Englert durfte seine persönliche Meinung in der EWM-Kundenzeitschrift „Unsere Region“ wie folgt verkünden: *„Der Standort Deutschland ist gefährdet, wenn die (Anmerkung: damalige) rot-grüne Bundesregierung aus der Kernenergienutzung aussteigt.“* Dann wollte er gesetzeswidrige Stromeinspeiseverträge mit den Photovoltaik-Anlagenbetreibern abschließen, und schließlich polemisierte er zusammen mit seinem neuen Technischen Vorstand Helmut Nitschke gegen die Nutzung der Windenergie.

Diesen strammen Pro-Atom-Kurs und das Schlechtreden der Erneuerbaren interessierte zunächst weder den Gemeinderat noch den E-Werk-Aufsichtsrat. Erst als die Agenda-Gruppe Energie sich beim Vorsitzenden des Aufsichtsrats Wolfgang G. Müller, gleichzeitig auch Oberbürgermeister und Schirmherr des Lokalen Agenda 21 – Prozesses, beschwerte kam Bewegung in den Vorgang. Der Aufsichtsrat schloss sich nämlich der Kritik der Gruppe an und ermahnte den E-Werk-Vorstand, von *„derartig tendenziösen Veröffentlichungen zukünftig abzusehen und die erneuerbaren Energien in fairer und konstruktiver Weise zu behandeln“*. Das saß! Zumindest nach außen hin zeigte das erst einmal eine Wirkung.



Nach innen hin versuchte der Vorstand Jürgen Englert aber weiterhin zu sticheln. So verlangte er von den Betreibern von Photovoltaikanlagen, einen Stromeinspeisevertrag zu unterschreiben, der jederzeit vom E-Werk einseitig kündbar sein sollte. Gegen diese gesetzeswidrigen Verträge erhob die Agenda-Gruppe Energie Einspruch. Der Grund: Im Rahmen des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes bedarf es keiner Verträge, und die Solarstromerzeuger erhalten unkündbar über zwanzig Jahre eine feste Vergütung im Umlageverfahren (keine staatliche Subvention!). Drei Monate später lenkte der Vorstand ein und verzichtete auf den Abschluss von Verträgen.

Gesetzeswidrige Spendenpraxis

Spenden von Energieversorgungsunternehmen an Bürgermeister waren bis in die Nullerjahre eine lange geübte Praxis. Man will ja die Städte und Gemeinden –oft Miteigentümer der E - Werke– bei Laune halten, wenn es um die Verlängerung von Konzessionen geht. Diese sichern nämlich den Unternehmen die Belieferung von Strom über weitere 25 Jahre. Die Spenden waren natürlich nicht für die Stadtoberhäupter selbst gedacht, sie sollten aber als Verteiler dienen und konnten nach eigenem Wohlwollen über die Vergabe der Mittel entscheiden. Merkwürdig war freilich, dass sich die Spendenfreudigkeit der E-Werke vor einer Entscheidung zur Vergabe einer neuen Konzession häufte.

Ein Gericht sah darin einen Interessenskonflikt und eine Vorteilsnahme, schließlich geht das Geld des E-Werks Mittelbaden direkt in die Taschen der Anteilseigner. Es verurteilte deshalb nicht nur die Bürgermeister, sondern auch noch den damaligen Vorstand Jürgen Englert zu Geldstrafen. Aber wo ein Wille ist, gibt es auch einen Umweg. Fortan spendete das E-Werk nicht mehr an die Bürgermeister, sondern gab das Geld direkt an die Vereine oder an Aktionsveranstalter. Sollte eine städtische Einrichtung bedacht werden, dann ging die Spende an ihren Förderverein.

Dazu die folgende Episode: Der Freiburger Fachjournalist Bernward Janzing fragte im Jahr 2002 bei der Lahrer Stadtbibliothek (heute Mediathek) an, ob er im Rahmen einer Lesung sein neues Buch „Baden unter Strom – eine Regionalgeschichte der Elektrifizierung“ vorstellen und an-

schließlich darüber diskutieren dürfe – eine bei anderen Autoren übliche Veranstaltung. In dem Buch geht es um die über hundertjährige Geschichte der Stromerzeugung in Baden, bei der am Rande auch das E-Werk Mittelbaden in Lahr vorkommt (Foto).



Da witterte die damalige Leiterin der Stadtbibliothek gleich Ungemach. Schließlich war die Einrichtung auch Empfängerin von E-Werk-Spenden. Sie wollte „die guten Beziehungen zu dem Stromversorger nicht in Frage stellen“ und sagte dem vierfach mit Preisen ausgezeichneten Fachjournalisten ab. Wieder ein Beispiel wie die Abhängigkeit von Spenden auch in Lahr die Sitten verdirbt. Doch es gab wiederum einen Ausweg: Die Lesung ermöglichte nämlich im gleichen Gebäude die Volkshochschule. Die hatte mit dem Thema kein Problem.

Die Spendenpraxis trieb später unter dem neuen Vorstand Helmut Nitschke schlussendlich noch „Blüten“: Süffisant berichtete eine Lahrer Tageszeitung, dass das E-Werk auch eine „erotisch-scurrile“ Veranstaltung finanziell unterstützte.

5.2 Ära Vorstand Helmut Nitschke 2004 - 2014

Alter Wein in neuem Fass

Auch die Zeit von Helmut Nitschke war zunächst noch geprägt vom alten Geist des E-Werks Mittelbaden (EWM). Dabei schreibt das Erneuerbaren-Energien-Gesetz doch die Richtung vor. So musste sich ein Biogas-Landwirt in Seelbach gegen Zusatzkosten wehren. Es ging um einen strittigen Netzeinspeisepunkt. Die Agenda-Gruppe Energie holte den Stromversorger und den Bauernverband aus Freiburg zum Betreiber nach Seelbach und diskutierte die Angelegenheit. Das Ergebnis: Das E -Werk verzichtete auf die Erhebung von Zusatzkosten.

Anders dagegen bei dem Betreiber einer Photovoltaikanlage. Bei ihm blieb das E-Werk Mittelbaden hart. Es kam zu einer gerichtlichen Auseinandersetzung, die der Solarstromerzeuger gewonnen hatte. Offensichtlich war die neue Zeit und die gesetzlichen Regeln immer noch nicht beim EWM angekommen.

Soviel zu den Gesetzesverstößen in den Zeiten der Vorstände Englert und Nitschke. Relativ harmlos waren dagegen die überschwänglichen Werbungen im Hinblick auf das Angebot von Ökostrom und den sogenannten „Intelligenten Stromzählern“. Beim Ökostrom warb das EWM mit qualifiziertem Ökostrom –also mit Strom nur aus neuen Ökostrom-Kraftwerken– obwohl der tatsächlich gelieferte aus alten Wasserkraftwerken an der österreichischen Donau stammte („Ohnehin“-Ökostrom). Nach einem Einspruch der Agenda-Gruppe Energie erfolgte eine Korrektur bei der Werbung.

Und auch bei den sogenannten „Intelligenten Stromzählern“ lautete die Werbung, mit solchen Geräten könne man „Strom und Geld einsparen“. Eine Untersuchung der Agenda-Gruppe Energie in sieben Lahrer Haushalten konnte diese Behauptung nicht bestätigen. Auf einen Einspruch hin erfolgte eine Korrektur der vollmundigen Werbung jedoch nur zum Teil: Das E-Werk strich lediglich das Wort „Geld“.

Feldtest Wärmepumpen

Wie schon in Kapitel 3.2/Seiten 11-12 erwähnt bildete der achtjährige „Feldtest Wärmepumpen“ einen Projekt-Schwerpunkt der Lokalen Agenda 21 – Gruppe Energie Lahr. Deren Energieex-

perten untersuchten am Oberrhein zwischen den Jahren 2006 und 2014 die Leistungsfähigkeit von Wärmepumpen unter realistischen Betriebsbedingungen. Die Energieversorger Badenova und das E-Werk Mittelbaden (EWM) haben das Projekt finanziell gefördert.

Während die Badenova die Ergebnisse akzeptierte und sich ausdrücklich für die fachlich qualifizierte Arbeit bedankte, stellte sich das EWM quer. Es passte ihm nicht, dass die Luft-Wärmepumpen, die es auch heute noch als „*energieeffizient und klimafreundlich*“ (Kapitel 3.2/ Seiten 15-16) bewirbt, auf einmal ineffizient arbeiten sollten. Es kann einfach nicht sein, was nicht sein darf. Statt sich aber mit der Agenda-Gruppe Energie fachlich auseinander zu setzen und nach den Ursachen zu fragen, diskreditierten der Lahrer Energieberater B. H. und der Vorstand Helmut Nitschke die unabhängig arbeitenden Energieexperten von Anfang an. Der Lahrer Energieberater, auch Mitglied des Wärmepumpen-Beirats, war sich mangels Argumenten nicht zu schade, den Projektleiter der Praxisuntersuchung Falk Auer während einer Beiratssitzung als „Fachmann“ in Anführungszeichen zu bezeichnen!



Da die fachliche und persönliche Diskreditierung zunahm, bat die Agenda-Gruppe Energie den Schirmherrn des Lokalen Agenda-Prozesses, gleichzeitig auch Oberbürgermeister und Chef des EWM-Aufsichtsrats, im Jahre 2008 einen regionalen „Runden Tisch“ ins Rathaus einzuberufen (siehe Foto). Die Teilnehmer: Der Oberbürgermeister als Vorsitzender und Moderator, vom E-

Werk der Vorstand Helmut Nitschke, ein Prokurist und der Energieberater B. H., je ein Innungsmeister des Elektro- und Heizungs-Handwerks, der Geschäftsführer der Ortenauer Energieagentur in Offenburg, der Leiter der Stabsstelle Umwelt/Energie Lehr und zwei Mitglieder der Agenda-Gruppe Energie.

Gegenstand der Diskussion sollte sein, dass auch das E-Werk Mittelbaden die Ergebnisse des „Feldtests Wärmepumpen“ –ermittelt von unabhängigen Energieexperten– anerkennt. Schließlich hatte das Unternehmen die Praxisuntersuchung nicht nur mitgefördert, sondern sein Energieberater B. H. begleitete als Mitglied des Wärmepumpen-Beirats das Projekt auch zwei Jahre lang. Darüber hinaus sollte das E-Werk die neuen Erkenntnisse im Rahmen seiner Energieberatung an die ermittelten Fakten und Zahlen anpassen und die Diskreditierungskampagne gegen die Agenda-Gruppe Energie einstellen.

E-Werks-Vorstand Nitschke rastet aus

Der geplante „Runde Tisch“ verwandelte sich jedoch schnell in einen „Eckigen Tisch“. Der Grund: Das „Fachgespräch“ fing gleich mit einem Eklat an und endete auch damit. Der Vorstand des E-Werks Mittelbaden (EWM) Helmut Nitschke hatte sich schon zu Beginn der Sitzung nicht mehr im Griff, er rastete aus, schrie im Beisein aller Fachleute den Leiter des „Feldtests Wärmepumpen“ Falk Auer an und drohte mit einer gerichtlichen Auseinandersetzung. Doch der Betroffene ließ sich nicht provozieren. Die allgemeine Stimmung war jedoch gereizt. Die Teilnehmer empfanden die Situation einfach nur peinlich. Die „Diskussion“ lief zunehmend aus dem Ruder, so dass der Oberbürgermeister, der sich offensichtlich eher als schweigender Teilnehmer und nicht als Leiter der Sitzung sah, vorzeitig und verärgert den Raum verließ. Eine auf Ausgleich bedachte, zielorientierte und niveauvolle Moderation sieht anders aus. Die zurück gebliebenen

Fachleute waren sprachlos, weil sie mit der Unkultur des Moderators und eines choleralen EWM-Vorstands nicht mehr zurechtkamen.

Aber nicht etwa der Oberbürgermeister Wolfgang G. Müller, diesmal in seiner Funktion als Chef des EWM-Aufsichtsrates, hielt seinen aus der Rolle gefallenen Vorstand dazu an, sich bei dem Leiter des „Feldtests Wärmepumpen“ zu entschuldigen. Nein, es war der teilnehmende Innungsmeister des Heizungshandwerks. Auf sein Betreiben hin entschuldigte sich der Vorstand Helmut Nitschke später zwar in einem persönlichen Gespräch für sein Ausrasten, was ihn aber nicht daran hinderte, die Diskreditierungskampagne fortzusetzen wie der anschließende Abschnitt zeigt.

Dreijährige Diskreditierungskampagne des E-Werks Mittelbaden (EWM)

Als später auch andere Forscher bei Praxisuntersuchungen an Wärmepumpen zu vergleichbaren Ergebnissen kamen wie die Agenda-Gruppe Energie, versuchte das E-Werk, im nicht-fachlichen Bereich eine Flanke zu eröffnen. Es meinte bei der Abrechnung des Fördergeldes im Jahre 2009 fündig geworden zu sein. Der Energieberater und sein Vorstand Helmut Nitschke rissen Zahlen aus dem Zusammenhang und präsentierten sie ohne Rücksprache mit der Agenda-Gruppe Energie dem Aufsichtsrat Wolfgang G. Müller, gleichzeitig auch Oberbürgermeister und Schirmherr des Lokalen Agenda 21 – Prozesses Lahr. Der Projektleiter des „Feldtests Wärmepumpen“ wies jedoch die unberechtigten Angriffe der drei Herren umgehend zurück.

Drei lange Jahre musste sich dann die Agenda-Gruppe Energie gegen eine beispiellose Diskreditierungskampagne wegen eines vermeintlichen Abrechnungsfehlers wehren. Doch da war von Anfang an nichts dran. Trotzdem veranlasste das E-Werk in dieser Zeit drei interne und eine externe Überprüfung der Angelegenheit. Unter dem Druck der Sachlage lenkte das EWM aber schließlich ein und bescheinigte der Gruppe in schriftlicher Form: *„In einem sehr konstruktiven und ausführlichen Gespräch wurden die Abrechnungsmodalitäten im Hinblick auf den Feldtest Wärmepumpen erörtert und vermeintliche Ungereimtheiten einvernehmlich beigelegt.“* Das erfolgte freilich nicht ohne eine anschließende trotzige Ergänzung in mündlicher Form, dass das E-Werk Mittelbaden für weitere Kontakte nicht mehr zur Verfügung steht.

„In einem sehr konstruktiven und ausführlichen Gespräch wurden die Abrechnungsmodalitäten im Hinblick auf den „Feldtests Wärmepumpen“ erörtert und vermeintliche Ungereimtheiten einvernehmlich beigelegt.“

Auf jeden Fall erhielten die Experten der Agenda-Gruppe Energie mit diesem Papier einen Freispruch erster Klasse. Die Integrität der Gruppe war damit wieder hergestellt! Ein solches Ergebnis hätte das E-Werk Mittelbaden bei einem genauen Studium der Schlussrechnung allerdings schon drei Jahre früher haben können. Der Grund: Die Badenova, der Ko-Förderer des „Feldtests Wärmepumpen“, erhielt damals die gleiche Rechnung mit den gleichen Zahlen (25% Förderanteil Badenova und 25% Förderanteil EWM) und bescheinigte der Gruppe eine korrekte Abrechnung.

Eine weitere Genugtuung der Agenda-Gruppe Energie: Die Ergebnisse des „Feldtests Wärmepumpen“ werden nach wie vor nachgefragt, und zwar nicht nur deutschlandweit, sondern auch im benachbarten, deutschsprachigen Ausland. Das erfolgt über den eigenen Internetauftritt www.agenda-energie-lahr.de, in Form von Fachveröffentlichungen und Vorträgen sowie durch Beiträge in Funk und Fernsehen. Der Hunger nach unabhängiger und qualifizierter Information ist auch heute noch groß.



Erste Aktivitäten bei den Erneuerbaren Energien

Anlässlich der Neuwahl des Vorstands im Jahre 2004 wurde der Technische Vorstand Helmut Nitschke (bis dahin Ko-Vorstand neben Jürgen Englert) nach

Streitereien im Aufsichtsrat unversehens alleiniger Vorstand. Er war jetzt gehalten, die Zeichen der Zeit zu erkennen, und zwar im Hinblick auf die 3 x E-Trilogie: „Energieeinsparung, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien“. Anlass dazu waren Vorgaben des Aufsichtsrats. Nur damit war das Unternehmen für die Zukunft fit zu machen.

Das E-Werk stieg nach und nach in die Nutzung der Erneuerbaren Energien ein. Zuerst bei der Kleinwasserkraft an der Kinzig und dann in die Solarkraft mit einer Beteiligung am „Solarstrompark Ortenau“. Auch mit der Nutzung der Windkraft fing es an, allerdings nicht auf der Lahrer Gemarkung oder auf den Anhöhen des Schwarzwalds, sondern in der Nordsee und in Rheinland-Pfalz. Von Regionalität und lokaler Wertschöpfung war damals noch keine Rede. Die Furcht vor Windkraftanlagen war in der Ortenau, insbesondere in Lahr, recht groß, und zwar nicht nur bei den meisten Bürgermeistern, sondern auch bei den Gemeinderäten. Das änderte sich erst unter dem Nachfolger von Helmut Nitschke (Kapitel 5.3/Seite 36).

Einstieg in die Kleinwasserkraft

Um den hohen Anteil der Atomenergie im regionalen Strommix nach und nach zu verringern, investierte das E-Werk Mittelbaden (EWM) auch in die Kleinwasserkraft. Erfreulich: Regional und nicht irgendwo in Deutschland. Den Anfang machte 2010 eine Anlage in Gengenbach an der Kinzig (Foto). Es folgten dann noch weitere zwischen Offenburg und Hausach. Sie sind als innovativ zu bezeichnen, weil es sich um in der Kinzig arbeitende, vom Wasser über- und unterströmte Turbinen und Generatoren handelt.



Es zeigten sich aber schon bald Schwächen. Im Wechsel von Hoch- und Niedrigwasser lagerten sich Kiesbänke unterhalb des Wehrs an, die die Leistungsfähigkeit der Wasserkraftanlagen um 24% verringerten. Das EWM wollte deshalb den Kies einfach ausbaggern und ihn etwas weiter flussabwärts wieder deponieren. Doch dagegen leistet das Regierungspräsidium erbitterten Widerstand. Der Grund: In den Kiesbänken, die es vorher gar nicht gab, könnten Fische laichen und sich Jungfische aufhalten. Warum das bei weiter flussabwärts gelegenen Kiesbänken nicht auch möglich sein soll, dazu gab es nie eine Erklärung. Mehrere „Runde Tische“ der Kontrahenten führten bis heute nicht weiter.

Tue Gutes und schweige dazu

Nachdem der Energieversorger Badenova bereits seit dem Jahr 2000 einen Innovationsfonds für Klima- und Wasserschutz eingerichtet hatte, zog das E-Werk Mittelbaden im Jahre 2005 nach. Ziel des EWM-Öko- und Innovationsfonds ist die finanzielle Unterstützung der Entwicklung neuer Energietechniken und -konzepte sowie von Maßnahmen, die diese Techniken verbreiten und damit die Energieeffizienz erhöhen.

Im Oktober 2012 sprach die Agenda-Gruppe Energie deshalb den zuständigen Leiter M. W. des Fonds an, dass das E-Werk zwar Gutes tut, aber nicht darüber informiert. Er stand der Angelegenheit aufgeschlossen gegenüber und sagte eine Überprüfung zu. Später erhielt die Gruppe sogar die Nachricht, es sei eine Transparenz des Fonds geplant und alle geförderten Projekte sollten im Internet dargestellt werden. Sicherlich bemühte sich der Leiter auch weiter um die Angelegenheit, allerdings ohne Erfolg. Der Vorstand Helmut Nitschke war nämlich an einer Transparenz nur mäßig interessiert.

Diese mangelhafte Informationspolitik verwundert schon. Während die Existenz des Öko- und Innovationsfonds im Internet wenigstens noch erwähnt ist, taucht er in den jährlichen Finanzberichten bis heute überhaupt nicht auf. Wo bleibt das Geld des Fonds fragen sich nicht nur die Anteilseigner, die freiwillig auf einen Teil der Rendite verzichten, sondern auch die Stromkunden, die den Fonds finanzieren? Sie haben ein Anrecht auf Informationen über die Verwendung der Mittel. Es handelt sich immerhin um jährlich bis zu einer viertel Million Euro!

Ganz anders dagegen der auch in Lahr aktive Energieversorger Badenova aus Freiburg, der ebenfalls Projekte im Rahmen seines Innovationsfonds für Klima- und Wasserschutz fördert, und zwar schon seit zwanzig Jahren. Im Internet kann die breite Öffentlichkeit schon von Anfang an und ausführlich etwas über den mit jährlich 1,5 Mio. Euro dotierten Fonds und die Verwendung der Mittel erfahren:



- Alle in Arbeit befindlichen und abgeschlossenen Projekte
- Gesamtkosten und Förderbeiträge
- Zwischen- und Abschlussberichte; und das nicht nur von gut gelaufenen Projekten, sondern auch von fehlgeschlagenen. Letzteres ist genauso wichtig damit andere nicht dieselben Fehler machen und die Finger von energie-ineffizienten Anlagen lassen.
- Hohe Öffentlichkeitsarbeit und damit Inanspruchnahme des Fonds, bedingt durch Pressenotizen und Pressekonferenzen, Mitteilungen in Geschäfts- und Kundenmagazinen, Veranstaltung von Innovationswerkstätten und Hinweisen in den Bilanzberichten. Die Folge: Es gab zeitweise dreimal mehr Anträge auf Förderung als berücksichtigt werden konnten. Zwischen 2001 bis 2020 ermöglichte die Badenova 272 Projekte mit einer Fördersumme von 30 Mio. Euro. Die kommunalen Anteilseigner verzichten freiwillig auf 3% ihres jährlichen Gewinns, um einen Beitrag zum Klima- und Wasserschutz zu leisten.

Von solcher Öffentlichkeitsarbeit und Transparenz bei den Projekten kann man beim Lahrer E-Werk nur träumen. Dieses macht kaum Werbung für den Fonds und berichtet nur über einige Projekte. Zum Teil besteht ein Bericht nur aus einer halben Seite in Form eines Briefes. Die mögliche Fördersumme wird deshalb auch nur zum Teil abgerufen. Beobachter schließen schon länger nicht mehr aus, dass diese Vorgehensweise ganz im Sinne der Anteilseigner ist, weil sich damit deren Rendite erhöht. Warum ist das kein Thema für DIE GRÜNEN, die immerhin einen Vertreter im Beirat des Öko- und Innovationsfonds sitzen haben?

Hoher Atomstromanteil: Balken in GRÜNEM Auge

Die Lokale Agenda 21 - Gruppe Energie Lahr erkennt die Bemühungen des E-Werks Mittelbaden an, seit dem Jahre 2004 in Klein-Wasserkraftanlagen an der Kinzig und Photovoltaikanlagen am Oberrhein zu investieren; später folgten auch noch Windkraftanlagen in der Nordsee und Rheinland-Pfalz. Trotzdem betrug im Jahre 2009 der Anteil des Atomstroms am Strommix des EWM noch stolze 32% (Vergleich: damaliger Bundesdurchschnitt nur 23%). Dieser Anteil verringerte sich nach und nach und betrug im Jahr 2013 15% und unter einem neuen Vorstand im Jahr 2018 nur noch 6%; der Windkraft auch in der Ortenau sei Dank.

Ein endgültiges Ausstiegsszenarium bis zu einem bestimmten Jahr ist aber bis heute nicht vorgesehen. Anders dagegen der auch in Lahr aktive Energieversorger Badenova: Dessen erklärtes Ziel war es, den Atomstromanteil drastisch zu verringern. Im Jahre 2013 kamen die Freiburger auf nur noch 4%, und im Jahr 2015 bezogen deren Privatkunden überhaupt keinen Atomstrom mehr.



Trotzdem war den Lahrer DIE GRÜNEN bei der Badenova der Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie nicht schnell genug. Aus Anlass des Desasters in den japanischen Atomkraftwerken bei Fukushima (Foto wikipedia) im Jahr 2011 forderten sie deshalb öffentlich, die Badenova soll sofort auf Ökostrom umstellen und nicht erst im Jahr 2015!

Da rieben sich die Kenner der Lahrer Energieszene dann doch die Augen. Warum forderten sie das nicht auch für das E-Werk Mittelbaden in Lahr, das zu diesem Zeitpunkt einen dreifach höheren Atomstromanteil hatte als die Badenova? Und das ohne ein Ausstiegsziel! Lag das an dem schon erwähnten Beiratssitz eines „grünen“ Gemeinderats im EWM-Öko- und Innovationsfonds oder an der Höhe des städtischen Anteils an den beiden Energieversorgern? Bei der Badenova sind es nur 3% und beim EWM stolze 29%.

Weitere Fehlberatungen

Aufgrund der Erkenntnis- und Beratungsresistenz gab es nicht nur bei den großen Heiz-Wärmepumpen Fehlberatungen (Kapitel 5.2/Seiten 30-32), sondern auch bei den kleinen Luft-Warmwasser-Wärmepumpen, die im achtjährigen „Feldtest Wärmepumpen“ der Agenda Gruppe Energie nur ein „ungenügend“ erhielten. Um nun auch diesen Wärmepumpentyp für den Klimaschutz „salonfähig“ zu machen, propagierte das E-Werk Mittelbaden, ihn mit Solarstrom zu versorgen. Aus Sicht der Energieeffizienz ein Unsinn. Man kann doch eine als „ungenügend“ klassifizierte Wärmepumpe nicht mit Solarstrom „grün anstreichen“. Auch hier gilt wieder: Erst die Energieeffizienz und dann die Erneuerbaren. Solarthermische Kollektoren sind für die Trinkwassererwärmung nach wie vor eine technisch und ökologisch bessere Lösung.

Es schwächelte aber auch an anderen Stellen. So stellte das E-Werk die Kombination von Photovoltaikanlagen mit Nachtspeicheröfen sowie mit Heizstrahlern als eine „gute Lösung“ vor – ein Unding. Die Gründe: Im Winter bringt der Solarstrom nur wenig – da heizen die Bewohner mit Kohlestrom– und im Sommer muss ein erheblicher solarer Überschuss ins Verbundnetz eingespeist werden wo ihn nur wenige wirklich brauchen. Zumindest das E-Werk hat dadurch aber einen Vorteil: Durch die Vorfinanzierung des Solarstrom-Pakets bindet es die Kunden 15 Jahre lang an den Strombezug aus seinem Verbundnetz. Als grenzwertig ist weiterhin das angebotene Wärmepumpen-Paket zu betrachten. Der Grund: Das E-Werk Mittelbaden unterscheidet in seinen Werbeseiten nicht zwischen den energieeffizienten erdgekoppelten Wärmepumpen (Erdsonde und Grundwasser) und den ineffizienten Luft-Wärmepumpen.

Bürgerenergiegenossenschaft E-Werk Mittelbaden



Im Oktober 2012 gelang dem E-Werk Mittelbaden (EWM) ein beachtenswerter Coup, nämlich die Gründung der Bürgerenergiegenossenschaft E-Werk Mittelbaden (BEG-EWM): 800 Mitglieder zahlten 3,8 Mio. Euro in die Genossenschaft ein. Ein großer Erfolg!

Ziel des EWM war nicht nur Imagepflege, sondern auch Kunden zu binden und neue zu werben. Im Vorstand der Genossenschaft gab es aber schon bald Uneinigkeit über die Vorgehensweise, Mehrheitsentscheidungen und Ziele der BEG-EWM sowie deren zu große Nähe zum E-Werk-Mittelbaden. Die Folge: Zwei Vorstandsmitglieder schieden schon nach kurzer Zeit aus.

In der Praxis entwickelt die Genossenschaft keine eigenen Projekte, sondern es geht um finanzielle Beteiligungen oder komplette Übernahmen von bereits entwickelten Ökostromanlagen des EWM oder der EnBW, der Energieversorgung Baden-Württemberg. Außenstehende können sich deshalb nicht des Eindrucks erwehren, dass die BEG-EWM nur ein willkommener Geldgeber des EWM ist. Aber immerhin: Der Aufsichtsrat der Genossenschaft vereitelte den Plan, auch in norddeutsche Projekte einzusteigen. Das entsprach schließlich nicht den selbst gesetzten Zielen der Nachhaltigkeit, Regionalität und Wirtschaftlichkeit.

Der Aufsichtsrat vereitelte den Plan, auch in norddeutsche Projekte einzusteigen. Regionalität war angesagt.

Nach dem stufenweisen Abwürgen der Energiewende durch die Bundesregierung ab dem Jahr 2012 hatten nicht nur Einzelpersonen Probleme, sondern auch die Bürgerenergiegenossenschaften. Kleine Ökostromerzeuger waren der Regierung und den mit Ihnen verbundenen Energieversorgern schon länger ein Dorn im Auge. Diese brachten nämlich das Geschäftsmodell der Eon, RWE, EnBW und Vattenfall zunehmend in Bedrängnis und inzwischen auch in finanzielle Schieflagen. Berlin musste also eingreifen, aber nicht zu Gunsten des Klimaschutzes, sondern zu Gunsten der „Großen Vier“, die die Zeichen der Zeit fünfzehn Jahre lang verschlafen hatten. Also: Erneuerbare runter – Kohle- und Erdgasstrom rauf.

Erstaunlicherweise reagierte die BEG-EWM auf diese absehbare Entwicklung mit einer Erhöhung der Einlagen und nahm in den Jahren 2015 und 2016 noch einmal weitere Genossenschaftsmitglieder auf. Heute sind es insgesamt 1020. Die Folge: Wegen der sich verschlechternden Bundesförderung und dem hohem Risiko bei den Ausschreibungen ab dem Jahr 2017 sah sich die Bürgerenergiegenossenschaft nicht mehr in der Lage, sich an weiteren Projekten zu beteiligen.

5.3 Ära Ulrich Kleine ab 2014

Unter dem neuen Vorstand nahm die bereits unter seinem Vorgänger Helmut Nitschke eingeleitete Übergangsphase von der fossil-atomaren Energieversorgung zu mehr Energieeffizienz und erneuerbaren Energien Fahrt auf. Besonders erwähnenswert ist die Installation von zehn großen Windkraftanlagen (Seite 39 in diesem Kapitel). Aber auch die Photovoltaik entwickelte sich beachtlich weiter. Das E-Werk investierte seit 2009 in 50 Anlagen mit einem Wert von 5,5 Mio. Euro. Weiter ist zu erwähnen die Standfestigkeit gegenüber dem Regierungspräsidium bei der Steigerung der Energieeffizienz der Kleinwasserkraftanlagen an der Kinzig (Seite 39). Ebenso auch noch die Dienstleistungspakete Solardach, -speicher, -flat und -Mieterstrom sowie die Ortnauenergie. Das zuletzt genannte Angebot könnte für Besitzer von Photovoltaikanlagen von In-

teresse sein, deren Anlagen ab dem Jahr 2021 aus der zwanzigjährigen Förderung im Rahmen des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes fallen. Ob eine solche Vermarktung des Solarstroms aber Sinn macht, ist wegen der anfallenden Zusatzkosten fraglich; eine Überprüfung ist notwendig.

Durch diese Bemühungen verringerte sich der Anteil des Atomstroms im Netz des E-Werks Mittelbaden von 15% im Jahr 2013 auf 6% im Jahr 2018; bei der Kohle sind es freilich noch 21%. Ein Ausstiegsdatum für die Nutzung der Atomenergie gibt es nicht; das erzwingt die Bundesregierung voraussichtlich erst im Jahr 2022.

Innovationsfonds: Nach wie vor nur mäßige Transparenz

Nach der Geheimniskrämerei des alten Vorstands Helmut Nitschke beim Öko- und Innovationsfonds unternahm die Agenda-Gruppe Energie bei seinem Nachfolger Ulrich Kleine einen erneuten Anlauf. Das Ziel: Den Fonds bekannt zu machen und über die einzelnen geförderten Projekte und deren Inhalte sowie über die Verwendung der Fördermittel zu informieren. Für die Badenova ist das schon seit 20 Jahren eine Selbstverständlichkeit (Kapitel 5.2/Seite 34).

Erfreulicherweise stieß das Anliegen beim neuen Vorstand auf ein Interesse. Er lud die Gruppe im April 2014 zu einem Gespräch ein. Doch am Ende teilte Herr Kleine nur mit, er werde den Wunsch nach Transparenz *"bedenken"*. Das klingt nicht gerade „pro-aktiv“ wie auch die folgenden Absätze zeigen.

Das E-Werk Mittelbaden (EWM) förderte offiziell zwischen den Jahren 2005 und 2011 29 Projekte mit einer Summe von rund 700 000 Euro, was einem jährlichen Durchschnitt von 100 000 Euro entspricht. Das Förderbudget wurde also nur zu 40% in Anspruch genommen. Die Lage verschlechterte sich zwischen den Jahren 2014 und 2019 weiter: Im Internet sind nur noch 16 geförderte Projekte aufgeführt. Sollen das wirklich alle sein? Bleiben da nicht doch welche unerwähnt? Auf jeden Fall betrug die offizielle Fördersumme in diesem Zeitraum 540 000 Euro von möglichen 1,5 Mio. Euro. Es sind in den letzten Jahren also nur noch 36% der zur Verfügung stehenden Gelder abgerufen worden. Zum Vergleich: Die Badenova hat ein sechsmal so hohes Budget, das sogar oft überzeichnet ist – es können gar nicht alle Antragsteller zum Zuge kommen. An fehlenden Öko- und Innovationsideen liegt es demnach nicht.

Krass: Ein „Schlussbericht“ über ein Projekt mit einer Förderung von 50 000 Euro bestand nur aus sieben Zeilen in Handschrift !

Zurück zum EWM: Von den seit 2014 geförderten und veröffentlichten 16 Projekten entsprechen 13 den Fondszielen „Öko“ und „Innovation“, drei dagegen nicht. Es handelt sich um zwei mit sozialem und um eins mit rechtlichem Charakter. Die Berichterstattung

genügt nur in sechs Fällen den üblichen Ansprüchen. Bei den anderen gibt es gar keinen Bericht oder er fällt ziemlich mager aus. Am krassesten ist ein Projekt, bei dem der „Schlussbericht“ zu einer 50 000 Euro teuren Förderung nur aus sieben Zeilen in Handschrift besteht! Ist das keinem der Betroffenen peinlich?

Aufgrund der zuvor erwähnten Mängel fordert die Agenda-Gruppe Energie den Vorstand nach wie vor dazu auf, weiter an einer Transparenz beim Öko- und Innovationsfonds zu arbeiten und die Geldempfänger anzuhalten, informative Zwischen- und Schlussberichte abzugeben. Das betrifft die Veröffentlichung einer

- Vollständigen und aktuellen Projektliste, unabhängig vom Erfolg oder Misserfolg der geförderten Projekte in Anlehnung an die Berichterstattung der Badenova (Seite 34 in diesem Kapitel); andere sollten auch aus fehlgeschlagenen Projekte lernen können.
- Berichterstattungen mit aussagekräftigen Inhalten und in ordentlicher Form: Aufgabenstellung, Vorgehensweise, Durchführung, eventuelle Probleme und Schlussfolgerungen.

Der Vorstand Ulrich Kleine wäre gut beraten, in der Angelegenheit voll-aktiv zu werden, die Öffentlichkeit mehr als bisher über die Existenz, die Ergebnisse der Projekte und die Verwendung der Fördermittel zu informieren, sonst setzt er sich wie auch schon sein Vorgänger dem Verdacht aus, an einer Inanspruchnahme des Öko- und Innovationsfonds nur mäßig interessiert zu sein. Darüber hinaus ist es erforderlich, den Fonds auch im jährlichen Finanzbericht mit Fakten und Zahlen zu erwähnen. Anteilseigner und Stromkunden haben nämlich ein Recht darauf zu erfahren, was mit deren Geld geschieht. Sie fragen sich auch: Können die geförderten Innovationen auch Vorbilder sein und als Multiplikatoren dienen? Gab es Probleme, die lösbar waren, oder soll man besser die Finger davon lassen?

Weiterhin problematische Energieberatung in Lahr

Auch unter dem neuen Vorstand gibt es Mängel bei der Energieberatung. Das betrifft nicht nur die Ratschläge zum Einsatz energie-ineffizienter LUFT-Wärmepumpen, sondern auch die Empfehlungen zu vermeintlich sinnvollen Kombinationen von Luft-Wärmepumpen in Verbindung mit Photovoltaikanlagen oder Erdgaskesseln. Beides stellte sich in Studien und Praxisuntersuchungen als nicht sinnvoll heraus, weil zu komplex, zu teuer und im Winter der Solarstrom fehlt.



Ein Beispiel dazu: Der Lahrer Energieberater B. H. bezeichnete im Rahmen der Lahrer Energietage im September 2017 das Neubaugebiet „Wohnen am Park“ immer noch als „*vorbildlich*“. Zur Erinnerung: Dort beheizen seit dem Jahr 2008 drei große Luft-Wärmepumpen drei Mehrfamilienhäuser der Städtischen Wohnbau Lahr. Der Energieberater verkündete schon zu Beginn der Testphase öffentlich, dass sie eine „*sinnvolle und umweltbewusste Lösung*“ darstellen. Unabhängige Gutachter kamen jedoch zu einem entgegengesetzten Ergebnis (Kapitel 3.2/Seiten 15-16).

Die Lokale Agenda 21 – Gruppe 21 Energie Lahr hat deshalb den neuen Vorstand Ulrich Kleine des E-Werks Mittelbaden angeschrieben und darum gebeten, die Energieberatung möge ihre Mitteilungen zu dem Fehlschlag im Lahrer Baugebiet „Wohnen am Park“ an die Fakten und Zahlen aus der Praxis anpassen. Doch in seiner Antwort ging der Vorstand gar nicht auf die Sachlage ein, sondern er schützte seinen Berater, indem er ihm „*eine außerordentliche Fachkenntnis*“ bescheinigte. Im Hinblick auf die Selbsteinschätzung mag das zwar stimmen, nicht jedoch in der Realität. Aber auch hier gilt: In Lahr kann keiner mit Kritik umgehen –man umgeht sie lieber– und beschönigt die Angelegenheit.

Das setzte sich auch im Oktober 2017 fort. Der Lahrer Energieberater verkündete am E-Werks-Stand auf der Offenburger Verbraucher-Messe, dass selbst eine Wärmepumpe mit einer Jahresarbeitszahl von nur 2,0 (Mindestwert = 3) –also einer halben Kohle-/Erdgas-/Atomstromheizung– besser arbeite als eine elektrische Direktheizung. Das ist natürlich richtig, aber wer empfiehlt schon einen Elektro-Heizstab zur Beheizung von Wohnräumen? Darüber hinaus verstieg er sich auf dem Messestand gegenüber einem sich dort informierenden externen Fachkollegen zu

dem Wunsch, dass den Sprecher der Agenda-Gruppe Energie Falk Auer bald „*das zeitliche segnen möge*“, um endlich Ruhe zu haben! Größer kann eine Verachtung wohl nicht sein. Forderungen nach Energieeffizienz stören eben den Stromverkauf.

Standfestigkeit bei der Nutzung der Kleinwasserkraft

Bei der Kleinwasserkraft blieb der Vorstand weiter „am Ball“. Er war die andauernde Auseinandersetzung mit dem Regierungspräsidenten leid und wollte die zunehmenden Stromeinbußen bei den Klein-Wasserkraftwerken an der Kinzig wegen der entstandenen Kiesbänke nicht hinnehmen (Kapitel 5.2/Seite 33). Im Juni 2016 stellte Herr Kleine klar: „*Wir werden nicht aufgeben.*“ Er erreichte mit dieser Haltung immerhin, dass wieder Bewegung in die Angelegenheit kam. Die Parteien einigten sich auf die Erstellung eines Gutachtens. Doch bis heute gibt es immer noch keine Lösung. Verärgert vermerkte der Vorstand: „*Wir sind keinen Kieselstein weiter gekommen.*“ Nach wie vor will er aber den „*fünffährigen Kampf nicht aufgeben.*“

Die Standfestigkeit des Vorstands ist zu würdigen. Er gibt nicht gleich auf, sondern ist auf einen Ausgleich bedacht. Bizarr ist die Angelegenheit aber schon: Es geht ja nach wie vor darum, ob Kiesbänke, die es vorher gar nicht gab, im Nachhinein schützenswert sind. Eine Verlagerung etwas weiter flussabwärts kommt für den Regierungspräsidenten immer noch nicht in Frage. Diese Sturheit erinnert an die unsäglichen Diskussionen bei der Windkraft. Vermeintliche Naturschützer und auch Ämter verhindern sie zum Beispiel durch die Definition eines „Auerhahn – Erwartungslands“.

Windenergie



Wie schon im „Integrierten Klimaschutzkonzept Lahr 2012“ erwähnt, bringt die Nutzung der Windenergie auch im mittleren Schwarzwald so richtig die „Brocken“. Erfreulicherweise erkannte das der neue Vorstand und begann, auch in der Region zu investieren. So sind in den letzten fünf Jahren auf der Prechtaler Schanze (Oberes Elztal), auf dem Nillkopf (bei

Fischerbach) und dem Pilfer (bei Wolfach) zehn große Windkraftanlagen in Betrieb gegangen. Erfreut berichtet der E-Werks-Chef: „*Die Anlagen haben sich bewährt. Die Stromproduktion liegt über Plan, sie liegt auf dem Niveau der Nordseeküste. Windkraftanlagen sind eine zuverlässige Produktionsquelle für die Region.*“ Bedauernd vermerkt er aber auch, dass bei der EWM-Beteiligung seines Vorgängers am Windfeld „Borkum“ in der Nordsee zwei Mio. Euro „wegen andauernder Wertminderung“ abgeschrieben werden mussten.

Solche positiven Äußerungen zur Windkraft auch in der Region basieren auf Fakten und Zahlen und heben sich wohltuend ab von einer Anti-Windkraft-Kampagne eines in Sachen Windenergie unkundigen Konzernlenkers aus Schwanau-Allmannsweier (Kapitel 3.3/Seiten 18-20).

Bedauerlicherweise sind solche Aktivitäten noch nicht bei der Lahrer Stadtverwaltung und dem Gemeinderat angekommen. Während Lahr nach wie vor nur über eine Anlage an der Grenze zu Seelbach verfügt, sind in den Nachbar-Gemeinden in den letzten Jahren drei Windparks entstanden. Wann wird das E-Werk Mittelbaden auch in Lahr aktiv? Es sucht doch noch weitere geeignete Standorte. Eine Windpotentialstudie aus den Nullerjahren zeigt noch eine Reihe von wind-

höffigen Plätzen auch auf der Lahrer Gemarkung auf. Die jährlichen Erträge der leistungsertüchtigten Windkraftanlage auf dem Langenhard oberhalb Lahrs sind vergleichbar mit den zehn Anlagen im Osten des Ortenaukreises!

Windrotor auf der Landesgartenschau: Blickfang statt Stromerzeuger

So erfolgreich das E-Werk ab dem Jahre 2015 bei der Installation von zehn großen Windkraftanlagen im Osten des Ortenaukreises war und ist, so sehr lag es im Jahr 2018 bei einer kleinen Windkraftanlage auf dem Gelände der Lahrer Landesgartenschau daneben. Hier ging es erneut um eine krasse Fehleinschätzung und Fehlberatung.



Doch der Reihe nach: Das Elektrizitätswerk Mittelbaden errichtete im östlichen Teil der Landesgartenschau nicht nur einen Informations-Pavillon, sondern auch noch eine Mikro-Windkraftanlage (Foto: Bildmitte). Laut der Pressemitteilung soll sie als Pilotanlage ein Vorbild sein für eine „effiziente Stromerzeugung für jedermann“. Die Anlage lohne sich insbesondere für Besitzer von Einfamilienhäusern. Aber auch in kommunalen Gebäuden und Gewerbebetrieben ließe sich der Stromverbrauch senken. Das E-Werk nennt einen jährlichen Stromertrag, der bei weitem nichts mit der Wirklichkeit zu tun hat.

Es handelt sich um einen Windrotor mit senkrechter Drehachse vom Typ Savonius. Das Funktionsprinzip ist nicht neu. In kleinerer Form diente es früher zur Belüftung von Räumen in Lieferwagen und Schiffen, und in größerer Form haben sie sich nicht bewährt. Die maximale elektrische Leistung soll bei hoher Windgeschwindigkeit drei Kilowatt betragen. Der vierstöckige Rotor ist 4 m hoch und hat einen Durchmesser von 1,4 m. Im Vergleich zu üblichen Windkraftanlagen mit horizontaler Drehachse kann er noch nicht einmal die Hälfte der im Wind enthaltenen Energie in Strom umwandeln.

Weder der Hersteller noch das E-Werk äußerten sich zu realistischen Erträgen vor Ort und zu den Anschaffungskosten. Erfahrungen mit vergleichbaren kleinen Windkraftanlagen zeigen aber, dass mit einem Vielfachen der Stromgestehungskosten gerechnet werden muss im Vergleich zu den Strombezugskosten aus dem Verbundnetz. Diese Feststellung bezieht sich jedoch nur auf diese Mikroanlage und nicht auf die großen Windkraftanlagen auf den Anhöhen des mittleren Schwarzwalds. Diese neuen und ertüchtigten Anlagen arbeiten deutlich energieeffizient und sind damit wirtschaftlich.

Die Pressemitteilung des E-Werks Mittelbaden behauptete das auch über den Savonius-Rotor und folgerte daraus, dass er sich „lohne“. Das weckt natürlich Erwartungen, die zu enttäuschenden Ergebnissen führen müssen. Solche Sprüche beschädigen erneut die Glaubwürdigkeit der Lahrer Energieberatung. Der Vorstand hat zur Kritik an der teuren und energie-ineffizient arbeitenden Mikro-Windkraftanlage nie Stellung genommen. Die Pilotanlage auf dem Gelände der Landesgartenschau ist keinesfalls –wie mitgeteilt– Vorbild für Privatleute, Kommunen oder Gewerbebetriebe wenn die Absicht besteht, den *“Stromverbrauch spürbar zu senken”* – eine peinliche Behauptung.

Für mittelständische Betriebe, Industrie oder Energieversorger kann der Vertikalachser jedoch durchaus von Interesse sein. Dort dient er nämlich schon heute als Blickfang, als ein Zeichen für die Innovationskraft eines Unternehmens oder zur Imagepflege. Da spielen die Kosten keine Rolle – die kommen aus dem Werbeetat.

Kapitel 6: Neuer Anlauf beim Bürgerschaftsengagement

Die Erwartungshaltung der engagierten Bürger, auch in Lahr etwas bewegen zu können, war im Gründungsjahr 2000 einfach zu groß; dem musste Verdruss folgen. Das gewünschte *„Zusammenspiel von Gemeinderat, Verwaltung und Bürgern“* schwächelte bei allen Partnern. Zwei Aktivierungsversuche, den Lokalen Agenda 21 – Prozess wieder mit Leben zu füllen, schlugen wegen zu geringer Beteiligung fehl.



6.1 Quo vadis Lokale Agenda 21? - Wohin gehst du?

Der erste Versuch einer Wiederbelebung des Lokalen Agenda 21 – Prozesses erfolgte im November 2009. Dessen Schirmherr, Oberbürgermeister Wolfgang G. Müller, lud zu der Sitzung *„Quo vadis Lokale Agenda 21? – Die Zukunft gemeinsam gestalten“* ins Rathaus ein. Das Ziel: Ausloten, welche Möglichkeiten zu einem Neuanfang bestehen. Es sollte Bilanz gezogen und besprochen werden, was gut und was nicht so gut lief und wie die Arbeit zukünftig strukturell und inhaltlich verbessert werden kann.

Ein gutes Vorhaben, gekommen sind aber nur sieben Leute; da ging es den Agenda-Gruppen nicht besser als dem Jugendrat. Die Anwesenden diskutierten über Vergangenes und brachten Ideen für die Zukunft ein. Ein Protokoll der Sitzung, Schlussfolgerungen aus der Ideensammlung oder gar Maßnahmen sind den Teilnehmern und der Öffentlichkeit nicht bekannt.

6.2 Wunschdenken zu Streitkultur, Profilierung und Kante zeigen

Windkraftnutzung – Kraft-Wärme-Kopplung – Wärmepumpen: Die Bürgerbeteiligung zu diesen und anderen Themen, von den Bürgermeistern immer wieder gefordert, ist im Baudezernat nach wie vor unerwünscht. Ein Gemeinderat meinte deshalb einmal: *„Wenn der Verwaltung die geforderte Bürgerbeteiligung zu weit geht, dann möge sie es doch sagen und die Schaufensterreden unterlassen“*. Nur einer ging bisher aus der Deckung, und zwar das CDU-Ratsmitglied R. D. (Kapitel 2.2/Seite 9). Doch aus dem Rathaus heißt es weiterhin im Brustton der Überzeugung:

- *„Der Agenda - Prozess soll im Zusammenspiel von Verwaltung, Politik und engagierten Bürgern umgesetzt werden.“*

Und in einer Neujahrsansprache definierte Oberbürgermeister Wolfgang. G. Müller einen Bürger wie folgt:

- *„Ein Bürger ist jemand, der sich einmisch, der anregt, der sich mit den Angelegenheiten einer Stadt auseinandersetzt – der auch mal streitet.“*

Und anlässlich einer Gemeinderatssitzung verkündete er weiter:

- *„Ich freue mich über sachlich orientierte Auseinandersetzungen, bei denen es durchaus einmal hart zur Sache gehen kann.“*
- *„Was die politische Streitkultur in Lahr anbelangt, ist eine „Profilierung“ und „Kante zeigen“ bei Sachthemen in Ordnung.“*

Wieder einmal schöne Worte – Wehe dem, der das wörtlich nimmt! Im Baudezernat sieht die Wirklichkeit nämlich anders aus. Wenn eine Gruppe das mit dem „hart zur Sache gehen“ und der „Streitkultur“ auf der Basis von Fakten und Zahlen ernst nimmt und sich tatsächlich für den Schutz der Umwelt und des Klimas einsetzt, dann erfolgen Diskreditierung und Ausgrenzung. So konnte der Baubürgermeister Karl Langensteiner in ostpreußischer Gutsherrenmanier und ohne Widerspruch im Technischen Ausschuss den Sprecher der Agenda-Gruppe Energie der Lächerlichkeit aussetzen und die Hochbauamtsleiterin S. K. ihn demütigen (Anhang A4/„Chronologie eines Versagens im Lahrer Hochbauamt“/Seiten 50-54). Mit dem Demokratieverständnis und dem viel gepriesenen Bürgerschaftlichen Engagement ist in der Praxis nur wenig zu spüren.

„Ein Bürger ist jemand, der sich einmisch, der anregt, der sich mit den Angelegenheiten einer Stadt auseinandersetzt – der auch mal streitet.“

Dialog „Gemeinderat - Verwaltung - Bürger“

Geringe Bürgerbeteiligung hin, mäßiges bis fehlendes Interesse eines Teils der Politik und der Verwaltung her: Es gab im Jahre 2010 einen zweiten und letzten Anlauf zum Bürgerschaftlichen Engagement. Der neue Sozialbürgermeister Guido Schöneboom wollte mit dem „Dialog Gemeinderat – Verwaltung – Bürger“ die Verhältnisse verbessern. Die Ansprüche: Neue Formen der Partizipation entwickeln und den bürgerlichen Mitgestaltungswillen stärken.

Leitlinien „Bürgerschaftliches Engagement“:
 „Die Stadt muss verloren gegangenes Vertrauen der Bürger wieder zurück gewinnen.“

Damit will er:

- *„Verloren gegangenes Vertrauen der Bürger wieder zurück gewinnen“*
- *„Die Bürger an politischen Entscheidungsprozessen stärker beteiligen“* und
- *„Für mehr Transparenz in der Verwaltung sorgen“*.

Seine Überzeugung: *„Das schafft neue Möglichkeiten eines ehrenamtlichen Engagements“*. Er will *„mehr machen und Schnittstelle zwischen Verwaltung und Bürger sein“*.

Aus Sicht des Sozialbürgermeisters liegt der Schlüssel zu zukunftsfähigen Infrastrukturen in einer effektiven und auch gewollten Bürgerbeteiligung und in einer besseren Kommunikation zwischen allen Beteiligten. Betroffene Bürger und die Öffentlichkeit sollen angemessener in Entscheidung über Projekte und in Planungsprozesse eingebunden werden. Dabei ist aber auch Transparenz notwendig, um Nutzen, Risiken und Kosten überhaupt abschätzen zu können. Das allein ist jedoch noch nicht ausreichend. Entscheidend, so Schöneboom, ist, dass sich alle drei Akteure positiv gestaltend, also erfolgs- und lösungsorientiert, sowie konstruktiv einbringen.

Das bedeutet für die Verwaltung, dass sie künftig viel intensiver eine bürgernahe und verständliche Kommunikation betreiben muss. Es gilt Konfliktpotential früher als bisher zu erkennen und sich mit den Betroffenen offen und auf Augenhöhe auszutauschen. Es gilt die Sachkenntnis und das technische Know-How der Bürger für die Allgemeinheit zu nutzen, Brücken zu bauen statt zarte Ansätze zu zerstören. Für die Bürger bedeutet das aber auch ein neues Selbstverständnis. Statt nur Konsumenten zu sein, müssen sie sich aktiv in die Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit einbringen und dürfen bei Widerständen nicht gleich aufgeben. Der Oberbürgermeister Wolfgang G. Müller fordert dazu immer wieder auf: „Durchhaltevermögen kann sich langfristig durchaus bezahlt machen.“ Ob er damit auch die Lokale Agenda 21 – Gruppe Energie Lahr gemeint hat?

OB Müller: Durchhaltevermögen kann sich langfristig durchaus bezahlt machen.

Der Sozialbürgermeister schaffte jetzt Fakten. Er zog intern die in der Diskussion befindlichen „Leitlinien Bürgerbeteiligung“ an sich – ein gutes Vorhaben. Zwischen den Jahren 2013 und 2015 kam

es dann zu Diskussionen über die Verwaltungsvorlage „Gemeinsam für Lahr“ im Rahmen von Befragungen und Bürgerpanels, verbunden mit der Erarbeitung von Handlungskonzepten und einer Zukunftskonferenz.

Die Bürger gaben wieder viele Ideen und Anregungen zum Besten. Abzuwarten bleibt freilich, ob sich mit den geplanten Maßnahmen auch der Gemeinderat und die Verwaltung „mitnehmen“ lassen, insbesondere aber: Ob sich auch das Baudezernat angesprochen fühlt. Weniger angesprochen fühlte sich der Schirmherr des Lokalen Agenda 21 – Prozesses. Bei manchen Energie-Sitzungen schaute er immer wieder unter den Tisch: Das mobile Telefon war ihm zeitweise wichtiger. Auch anlässlich einer Bürgersprechstunde schaute er innerhalb der vereinbarten Zeit mehrmals auf die Uhr. Klimaschutz war eben nur verbal, aber nicht inhaltlich sein Anliegen.

Seit dem Neuanfang gab es im Bereich des Umwelt- und Klimaschutzes nur eine Veranstaltung mit dem Titel „Bürgerinformation Windkraft Mietersheim“, und zwar im Jahre 2013. So etwas wünscht man sich freilich mehr. Bedauerlicherweise blieb sie aber ohne Konsequenzen, denn lokale Kräfte und das Abwürgen der Energiewende –eine Maßnahme Berlins– verhindern seitdem den Ausbau der Windenergienutzung auch in Lahr.

Kapitel 7: Kein „Weiter-so“

„Der Worte sind genug gewechselt, lasst mich auch endlich Taten sehen“ ließ schon Goethe im „Faust“ sagen. Seit 1999 gibt es nämlich schon zahlreiche Studien, Beitritte, Konzepte und Aktions- /Arbeitsprogramme zum Thema Umwelt- und Klimaschutz. Hinter diesen hohen Zielen steht aber nichts Verpflichtendes, und die rechtlichen Möglichkeiten werden nicht genutzt. Was fehlt ist ein ernsthafter Wille zur Umsetzung bedeutender Projekte, die über den „Stand der Technik“ hinausgehen und eine Kontrolle über das bisher Erreichte. Oft dient in den Deklarationen nämlich das Geld als „Totschlag-Argument“: „Soweit es die Haushaltslage zulässt“!

Der Klimawandel ist kein Schicksal, sondern das Ergebnis von Entscheidungen. Die Städte Offenburg und Kehl sind da bei ihren Klimaschutzbemühungen schon deutlich weiter. Die nehmen auch so richtig Geld in die Hand.

Die Bürger haben heute eine andere Erwartung wie sie an Entscheidungen beteiligt werden als früher! Das Neubaugebiet „Altenberg“ ist ein Beleg dafür. Daraus müssen die politisch Verantwortlichen und die Verwaltung Lehren ziehen, sie müssen mehr informieren, auf Augenhöhe diskutieren und auch im Alltag für Kritik offen sein. Das sind eigentlich Selbstverständlichkeiten.



Umwelt-Ausschuss: Mitteilungen statt Mitwirkung

Bürgerpanels oder eine Mitgliedschaft im Umweltausschuss als „fachkundiger Bürger“ reichen jetzt nicht mehr aus. Bei den jährlich zwei bis drei Ausschuss-Sitzungen geht es nämlich mehr um Mitteilungen und nicht um eine Mitwirkung. Es handelt sich also um eine Informations- und keine Beteiligungsveranstaltung. Aber selbst die Information schwächelte. So erfuhr die Agenda-Gruppe Energie, dessen Sprecher zehn Jahre lang Mitglied des Ausschusses war, erst im nachhinein, dass das Hochbauamt im Bürgerhaus Mietersheim eine Luft-Wärmepumpen einbaute, obwohl sich solche Heizwärmeerzeuger in deren „Feldtest Wärmepumpen“ als energie-ineffizient herausstellten (Kapitel 3.2/Seiten 11-12). Die Einbindung und Beteiligung auch ehrenamtlicher Energieexperten hätte dem Amt einiges an Energie-Ineffizienz und an rechtlichen Auseinandersetzungen erspart.



Eine solche Ausgrenzung setzte sich im Umweltausschuss weiter fort. Dessen Vorsitzender, Baubürgermeister Tilman Petters, hatte in einer Sitzung im Jahr 2017 noch nicht einmal einen Antrag der Agenda-Gruppe Energie auf eine kleine Textänderung in einer Beschlussvorlage zur Abstimmung zugelassen; ein zweifelhaftes Demokratieverständnis!

Ansonsten messen die Gemeinderäte und das Amt dem Umweltausschuss nur eine geringe Bedeutung zu. Es kam öfters zu kurzfristigen Ankündigungen oder Absagen der Sitzungen; selbst eine mittelfristige Planung war so nicht

möglich. Außerdem ist der Ausschuss im Gegensatz zum Technischen Ausschuss nicht abstimmungsberechtigt; er kann nur empfehlend wirken. Das zeigt den geringen Stellenwert des Umwelt und Klimaschutzes.

Ein einfach „Weiter-so“ geht nicht mehr.

Es besteht der Wunsch der noch verbliebenen Agenda-Gruppe Energie zu einer angemessenen Wertschätzung, und zwar durch frühzeitige Einbeziehung der Aktiven nicht nur bei den Ideenfindungen, sondern auch in die laufenden Beratungen. Das kann für beide Seiten durchaus anstrengend sein, aber es entspricht den Forderungen des Oberbürgermeisters und des Sozial-Bürgermeisters in zahlreichen Reden zu diesem Thema. Erst wenn die Ehrenamtlichen wahrnehmen, dass ihr Engagement ernst genommen wird, dass sie Partner sind, kommt es zu einer weiteren Bereitschaft zur Mitarbeit. Fachkundige Bürger stellen ein beachtliches Potential an Kompetenz kostenlos zur Verfügung. Das abzurufen, deren Vorschläge ernsthaft zu prüfen und ggf. auch umzusetzen kann für Lahr zukunftsfähig sein.

Wer Engagement einfordert, muss es auch fördern,
nicht nur organisatorisch, sondern auch inhaltlich und
das Fachwissen von Einzelnen und Gruppen aktivieren!

Lahr sollte jetzt offensiv nach außen auftreten. Wegen seiner wachsenden Bevölkerung ist die Zeit dazu reif, gegenüber Investoren auch Forderungen zu stellen im Hinblick auf eine lebenswerte und nachhaltige Stadtentwicklung und nicht nur Zugeständnisse zu machen und „rote Teppiche auszurollen“, wie z.B. beim ehemaligen Kasernenareal-Ost, dem Hotel zum Löwen, einem Glaskubus auf Stelzen in der Kaiserstraße, beim Neubaugebiet „Altenberg“ unterhalb des

früheren Reichswaisenhaus oder jüngst bei einem Parkplatz auf dem Gelände der ehemaligen Landesgartenschau.

Nachwort: Weiter hoffen

20 Jahre Lokaler Agenda 21 – Prozess Lahr. Die Gruppe Energie wird das Geschehen trotz schwieriger Rahmenbedingungen auch weiterhin kritisch und konstruktiv begleiten und sich einbringen. Sie hat drei Baubürgermeister und drei E-Werks-Vorstände begleitet und wird den lokal Verantwortlichen nicht den Gefallen tun sich selbst aufzulösen. Die Agenda-Gruppe Energie wird nach wie vor das schlechte Gewissen Lahrs sein. Der Grund: Die Umwelt und das Klima sind für die zukünftigen Generationen einfach zu wichtig, um sie dem Egoismus der heutigen Generation zu opfern. Deshalb hier die Aufforderung: Lieber miteinander statt übereinander zu reden.

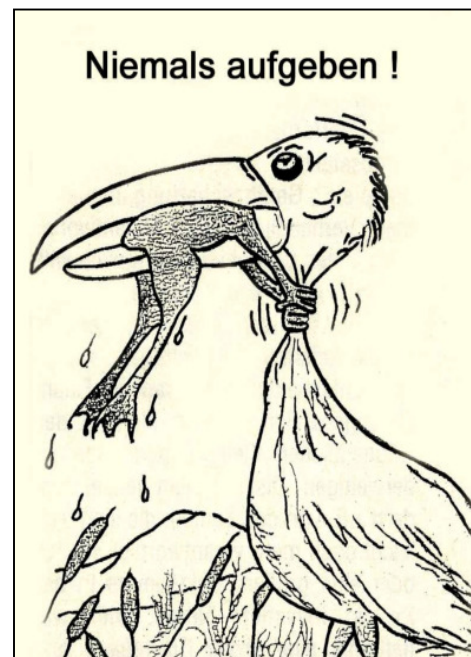


Die Gruppe wird nach wie vor darauf achten, was einer sagt und was einer tut. Vollmundigen oder gar dreisten Sprüchen wird sie weiterhin Einhaltung gebieten, weil sie nicht sachdienlich sind. Das wird nicht immer nur Freude und Freunde machen. Aber Klimaschutz und Wohlstand müssen keine Gegensätze sein. Ökologie und Ökonomie lassen sich nämlich sehr wohl miteinander verbinden wie immer mehr verantwortungsvolle Einzelpersonen und Firmen beweisen. Die Erneuerbaren-Energien-Branche hatte in einer Spitzenzeit immerhin einmal 380 000 Arbeitsplätze geschaffen. Die Bundesregierung hat davon allerdings ab dem Jahre 2012 durch ihre „Energie-wende rückwärts“ 60 000 zu Gunsten der Kohle geopfert! Dabei geht es bei den Tagebauen in den Rheinischen- und ostdeutschen Revieren „nur“ um den Erhalt von 20 000 Arbeitsplätzen.

Die Hoffnung stirbt zuletzt

Weil die Verbindung zwischen Klimaschutz und wirtschaftlichem Vorteil zunehmend eine Win-Win-Situation darstellt, verbleibt die Hoffnung, dass auch bei der Mehrheit der Gemeinderäte und der Bürgermeister in Lahr die Einsicht reift, dass

- Investoren und Klimaschutz keine Gegner mehr sein müssen
- Gemeinderäte dafür plädieren, energieeffiziente Energietechniken und erneuerbare Energien in städtischen, privaten und gewerblichen Bereichen einzusetzen, sie zu fördern und notfalls auch zu steuern, so wie das beim Einzelhandel und der Sozialquote längst selbstverständlich ist.
- die Verwaltung ihre Pläne im Voraus transparent kommuniziert und fachkundige Bürger angemessen in Entscheidungsabläufe einbindet.



Es verbleibt abschließend aber auch noch die Hoffnung, dass das E-Werk Mittelbaden

- die Werbung zukünftig mit Augenmaß betreibt und sie an die Realitäten anpasst
- bei den geförderten Projekten des Öko- und Innovationsfonds eine volle Transparenz schafft
- und den Ausbau auch der Windkraftanlagen in der Region weiter voran treibt.

Wenn zu diesen sechs Punkten wieder eine Diskussion in Gang käme, verbunden mit einer wirklich gewollten Bürgerbeteiligung im Baudezernat, dann könnten sich die Mitglieder der Lokalen Agenda 21 – Gruppe Energie entspannt zurück lehnen und auf eine lebenswerte Zukunft für die Kinder und Enkel auch in Lahr hoffen. Schon Goethe schrieb in „Wilhelm Meisters Wanderjahre“:

*„Es ist nicht genug zu wissen, man muss es auch anwenden,
Es ist nicht genug zu wollen, man muss es auch tun.“*

Eine zeitlose Erkenntnis.

Es folgen vier Anhänge:

- Anhang A1 auf Seite 47: Projekte der Lokalen Agenda 21 – Gruppe Energie Lahr
- Anhang A2 auf Seite 48: Einmischen der Lokalen Agenda-21 – Gruppe Energie in die lokale Energiepolitik, verbunden mit einer kritisch-konstruktiven Begleitung, vom Schirmherrn des Lokalen Agenda 21 – Prozesses und Oberbürgermeister ausdrücklich gewünscht
- Anhang A3 auf Seite 49: Öffentlichkeitsarbeit
- Anhang A4 auf Seite 50: Chronologie eines Versagens im Lahrer Hochbauamt unter der Leitung des Baubürgermeisters Karl Langensteiner in acht Kapiteln: Fehlende Energieeffizienz, Transparenz, Kommunikation und Partizipation.

Anhang A1:

Durchgeführte Projekte der Lokalen Agenda 21 - Gruppe Energie Lahr

Die Agenda-Gruppe Energie führte seit ihrer Gründung im Jahr 2000 zahlreiche Projekte durch, alle mit dem Ziel, praxisnah zu informieren und aufzuklären. Die Ergebnisse aller Untersuchungen sind unter der www.agenda-energie-lahr.de nachzulesen und zum großen Teil auch als Berichte herunterzuladen:

- **Plakatserie** „Wer weiter denkt, muss nicht kürzer treten.“ Die Agenda-Gruppe Energie stellt Lahrer Bürgerinnen und Bürger vor, die Vorbildliches auf den Gebieten der rationellen Energieverwendung und der erneuerbaren Energien geleistet haben. Das Foto rechts zeigt beispielhaft eins von elf Plakaten, das über Holzpellets informiert. Die anderen sind unter der folgenden Adresse zu finden:
www.agenda-energie-lahr.de/plakateweiterdenken.html
- Erstellung und Veröffentlichung von so genannten **Wahlprüfsteinen** mit Fragen zur aktuellen lokalen Energiepolitik an die Parteien anlässlich von Kommunal- und Bundestagswahlen
- Vergleich von Normal- und Öko-**Stromtarifen** in der Region und am Oberrhein
- Ermittlung der Leistung von bis zu 79 **Photovoltaikanlagen** in der Region Lahr und deren Bewertung
- **Initialberatungen** für Lahr und Umlandgemeinden sowie für Bürger auf den Gebieten der Energieeinsparung, rationellen Energieverwendung und der erneuerbaren Energien mit Hinweisen auf staatliche Förderungen
- **Bereitschaftsstrom**: Untersuchung in einem Lahrer Haushalt mit Elektrogeräten im Stand-By – Betrieb und Durchführung von Maßnahmen zur drastischen Reduzierung des Bereitschaftsstromes
- „**Intelligenter Stromzähler**“ (Smart-Meter): Untersuchung in sieben Lahrer Haushalten mit dem Ziel, ob diese Zähler wirklich wie vom E-Werk Mittelbaden beworben „Strom und Geld einsparen“ können. Das Ergebnis: Nein.

Eine Aktion der Lokalen Agenda 21, Gruppe Umwelt/ Energie:

Wer weiter denkt, muss nicht kürzer treten.

Thema: Heizen mit Holzpellets

Immer mehr Menschen in Lahr denken energiebewusst.

Denn sie wissen: Alle können auf ihre Art dazu beitragen, unser Klima zu schützen.

Und niemand muss dabei kürzer treten, sondern nur ein bisschen weiter denken.

Wie? Das sehen Sie am Beispiel der Familie Kunz aus Lahr – Sulz.

Was sie tat

Vor fünf Jahren installierte die Familie einen 15 kW-Holzpellet-Heizkessel für die Wärmeversorgung ihres Vier-Personen-Wohnhauses. Ein 950 l Heizwasserspeicher sorgt für einen Betrieb des Kessels mit optimalem Wirkungsgrad und hält auch die Wärme einer 7,5 m² großen Sonnenkollektoranlage für das Brauchwasser vor. Dazu benötigen die Bewohner jährlich etwa drei Tonnen Holzpresslinge (1500 l Erdöläquivalent), für die sie zur Zeit 600 Euro bezahlen. Die Feuerung erfolgt automatisch, lediglich drei- bis viermal pro Jahr ist das Leeren der Aschenlade erforderlich.

Was sie und die Umwelt davon haben

Die Familie Kunz deckt ihren Warmwasser- und Heizbedarf mit Sonnenenergie und heimischer Biomasse, nicht nur mit geringen Betriebskosten, sondern auch kohlendioxid-neutral: Bei der Verbrennung des Holzes wird nur so viel des schädlichen Treibhausgases CO₂ an die Umwelt abgegeben, wie die Bäume während ihres Wachstums aufgenommen haben. Die Feinstaubdiskussion lässt die Familie kalt. Pellets stoßen die geringste Menge an Staub aller Holzheizungen aus und sind bei moderner, zweistufiger Verbrennung fast vergleichbar mit einer Ölheizung.

Was Sie tun können

Wenn auch Sie etwas für den Klimaschutz tun und lokal Arbeitsplätze schaffen wollen, dann beantragen Sie Zuschüsse beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA-Marktanreizprogramm), und zwar 36 €/kW Kesselleistung (mind. 1500 €) und 60 €/m² Kollektorfläche (mind. 412 €) sowie bei der KfW 50 €/vermiedene Tonne Kohlendioxid (CO₂-Minderungsprogramm).

Helfen auch Sie mit bei der Umsetzung der Lokalen Agenda 21

Informationen bei:

Agenda 21 – Büro der Stadt Lahr, Tel. 07821 910-0126, Ortenauer Energieagentur in Offenburg, Tel. 0781 924619-0 und im Internet: www.agenda-energie-lahr.de, www.solarserver.de und www.solarfoerderung.de. Für die aktuellen Fördersätze einschließlich Anträge: www.bafa.de und kfw.de.





Feldtest Wärmepumpen:

Eine von 2006 – 2014 andauernde Praxisuntersuchung am Oberrhein mit bundesweitem Interesse. Die Ergebnisse in Kürze: Grundwasser- und Erdreich-Wärmepumpen arbeiten energieeffizient, wenn die Rahmenbedingungen stimmen.

Die viel beworbenen Luft-Wärmepumpen arbeiten dagegen weitgehend ineffizient und tragen nur in Einzelfällen zum Klimaschutz bei.

- **Ökostrom** ist nicht gleich Ökostrom: Eine Aufklärung über Herkunft, Kennzeichnungen und Mogelpackungen
- **Häufige Irrtümer:** Aufklärungen z.B. über Falschmeldungen, Wind- und Solaranlagen würden sich energetisch nicht amortisieren, weil sie im Laufe ihrer Lebensdauer nicht so viel Energie erzeugen wie zu ihrer Herstellung notwendig ist.
- **Öffentlichkeitsarbeit**, auch in Form von Pressemitteilungen (www.agenda-energie-lahr.de/pressemitteilungen.html), wenn Behauptungen, Ansprüche und Wunschdenken zu weit von der Wirklichkeit abweichen; Korrekturen insbesondere von Falschmeldungen, die jeder sachlichen Grundlage entbehren.

Anhang A2:

Einmischen der Lokalen Agenda-21 – Gruppe Energie in die lokale Energiepolitik, verbunden mit einer kritisch-konstruktiven Begleitung

Vom Schirmherrn des Lokalen Agenda 21 – Prozesses und Oberbürgermeister ausdrücklich gewünscht

- Erinnerungen an die Adresse des Gemeinderats und an das Baudezernat, die 14 Projektvorschläge des „Kommunalen Klimaschutzkonzepts“ aus dem Jahre 1999 auch durchzuführen; die anvisierte Halbierung der Kohlenstoffdioxid-Emissionen wurde nämlich bis zum Jahr 2005 bei weitem nicht erreicht.
- Bilanzen erstellt zum 10-Jahres-Beitritt Lahrs zum „Kommunalen Klimabündnis europäischer Städte“ im Jahre 2003 und zu 5-Jahre „Ökologische Orientierung des E-Werks Mittelbaden“ im Jahre 2009.
- Laufende Erinnerungen an die Umsetzung der Projekte im Rahmen des „Integrierten Klimaschutzkonzepts Lahr 2012“. Schließlich hat der Gemeinderat einstimmig das Konzept verabschiedet. Doch bis heute, zwei Jahre vor Ablauf des zehnjährigen Arbeitsprogramms weiß keiner, ob und in welchem Maße man sich dem selbst gesetzten CO₂-Einsparziel genähert hat. Der Grund: Es mangelt an mehreren Stellen am Willen und dem Controlling.
- Aufforderungen sich der Nutzung der Windenergie auch in Lahr zu öffnen. Sie könnte laut des „Integrierten Klimaschutzkonzepts Lahr 2012“ bereits zu einem Drittel der geplanten

CO₂ -Reduktionen beitragen. Eine Windkraftanlage an der Grenze zu Seelbach ist deshalb deutlich zu wenig. Eine Studie in den Nullerjahren weist deutlich mehr Potenzial aus.

- Stellungnahmen zu lokalen Energiethemen, insbesondere zu vollmundigen Werbeaussagen und nicht gesetzeskonformen Verträgen, die den Bemühungen um den Schutz des Klimas entgegenstehen. Auch das E-Werk Mittelbaden war ein ständiger Begleiter der Agenda-Arbeit.
- Interviews mit zwei Klimaschutzmanagern in den Jahren 2018 und 2020, jeweils ein Jahr nach deren zweijährigen Vertragslaufzeit: Eine Halbzeitbilanz mit Fragen zu Inhalten und Plänen ihrer Arbeit, persönlichen Erfolgen und Wünschen. Die Interviews sind nachzulesen unter www.agenda-energie-lahr.de/pressemitteilungen.html (Schaltflächen 2018 und 2020).

Anhang A3:

Öffentlichkeitsarbeit

Einstellung der in dieser Bilanz erwähnten Aktivitäten und Informationen ins Internet unter der Adresse

www.agenda-energie-lahr.de

Die Seite informiert aktuell über den Stand der Projekte und deren Ergebnisse, gibt Ratschläge und klärt auf. Insbesondere stehen die Berichte zur Leistung von Photovoltaikanlagen und Wärmepumpen unter realistischen Betriebsbedingungen als PDF-Dateien zum Herunterladen zur Verfügung.

Die Lokale Agenda-Gruppe 21 Energie in Lahr (Schwarzwald) informiert:

Startseite Wir über uns Plakatserie "Weiterdenken" Stromtarife im Vergleich Leistung Solarstromanlagen Leistung Wärmepumpen Bereitschaftsstrom (Stand-By) Ökostrom? Quelle entscheidet Häufige Irrtümer Pressemitteilungen(Originale) Bilanz 20 Jahre Lokaler Agenda 21 - Prozess Lahr Impressum	<p style="text-align: center; color: red; margin-top: 0;">STARTSEITE - HOMEPAGE</p> <p>Die Lokale Agenda 21 - Gruppe Energie in Lahr ist eine parteiübergreifende, lockere und ehrenamtlich arbeitende Bürgervereinigung, die sich zum Ziel gesetzt hat, im Energiebereich nicht nur global zu denken, sondern auch lokal zu handeln. Sie besteht aus Laien und Energie-Fachleuten.</p> <p>Näheres dazu erfahren Sie über die Schaltfläche "WIR ÜBER UNS" auf der linken Seite. Eine projektbezogene oder ständige Mitarbeit ist erwünscht.</p> <p>Wir möchten mit diesem Internetauftritt unabhängig, also hersteller-, verbands- und energieverorgungsneutral, über die rationelle Energieverwendung und erneuerbaren Energien informieren und mit einigen Vorurteilen aufräumen.</p> <p>Wählen Sie dazu bitte eine der linken Schaltflächen mit der linken Maustaste.</p>
--	---

- Allgemeine Informationen zum Umwelt- und Klimaschutz und Erläuterung des Begriffes der Nachhaltigkeit; Einrichtung einer „Hotline“ für individuelle Beratungen, Aufklärung und Hilfe bei Bürgeranfragen
- Veröffentlichung der Projektergebnisse im Anhang A1 in lokalen Tages- und Monatszeitungen und zahlreichen Fachzeitschriften
- Eigene lokale und bundesweite Vorträge über die Ergebnisse des „Feldtests Wärmepumpen“, eine achtjährige Praxisuntersuchung unter realistischen Betriebsbedingungen. Diese unabhängigen Informationen sind nach wie vor nachgefragt.
- Organisation von Vortragsveranstaltungen, z. B. Franz Alt mit 180 Leuten, und Posteraussstellungen zum Passivhaus, zur Altbausanierung und den erneuerbaren Energien. Teilnahme an Öko- und Energiemessen in Lahr-Sulz bzw. -Mietersheim mit Vorträgen und Infoständen und Herstellung des Films „Ökologische Stadtführung in Lahr“
- Mitveranstalter von zwei Podiumsdiskussionen der Stadt Lahr und des VDI (Verein Deutscher Ingenieure) zu kommunalpolitischen Fragen bzw. Themen der Energieeffizienz und Transparenz

- Plakataktion „Wer weiter denkt, muss nicht kürzer treten.“ zu den Themen rationelle Energieverwendung und erneuerbare Energien; Veröffentlichung in Tageszeitungen und zeitweiser Aushang der Plakate in öffentlichen Gebäuden der Stadt Lahr
- Häufige Irrtümer: Aufklärung über Energierücklaufzeiten (energetische Amortisationszeit) von Anlagen, die erneuerbare Energien nutzen, und über das Erneuerbare-Energien-Gesetz (Umlageverfahren unter Stromkunden - keine staatliche Subvention!)
- Hinweise auf Diskrepanzen zwischen vollmundigen Ankündigungen oder Behauptungen und den tatsächlich in der Praxis durchgeführten Maßnahmen bzw. erreichbaren Energieeffizienzen.
- Interviews mit Klimaschutzmanagern im Hinblick auf den Stand der Bemühungen und Ausblicke.

Anhang A4:

Chronologie eines Versagens im Lahrer Hochbauamt

unter der Leitung des Baubürgermeisters Karl Langensteiner

– Fehlende Energieeffizienz, Transparenz, Kommunikation und Partizipation –

1. Vorwort

Nach einer dreijährigen Diskreditierungskampagne des E-Werks Mittelbaden gegen die Lokale Agenda 21 – Gruppe Energie Lahr – sie ging Anfang 2011 zu Gunsten der Agenda-Gruppe Energie zu Ende, weil die Vorwürfe haltlos waren (Kapitel 5.2/ Seiten 30-32)– gab es parallel dazu auch Probleme mit dem städtischen Bauamt. Der Grund: Die Gruppe mischte sich, wie vom Oberbürgermeister aufgefordert und gewünscht, auch in die lokale Energiepolitik ein und konfrontierte die Verantwortlichen mit wissenschaftlich ermittelten Erkenntnissen aus der Praxis.

Ja noch mehr, die Gruppe forderte sie auch auf, aus fehlgeschlagenen Energieprojekten Konsequenzen zu ziehen, damit der Energieverbrauch in Lahr sinkt und nicht steigt wie die Energieberichte zu Beginn der Zehnerjahre auswiesen. Vorbildlich war da die Städtische Wohnbau Lahr, die nach einem heftigen Flop im Neubaugebiet „Wohnen am Park“ keine LUFT-Wärmepumpen mehr plant (Kapitel 3.2/Seiten 15-16); der Bericht dazu steht unter www.agenda-energie-lahr.de/Phase2-Berichte.html, Wärmepumpennummern 2107 und 2108.

2. Fehlende Kommunikation und Ausgrenzung

Die politisch eigentlich geforderte Einmischung fachkundiger Bürger in die lokale Energiepolitik kommt freilich in der Praxis nicht gut an, ja sie ist sogar unerwünscht. Denn schon bald nach Beginn der Amtszeit des Baubürgermeisters Langensteiner suchte die Agenda-Gruppe Energie einen Kontakt zu ihm. Anlass war das Konversionsgebiet „Kasernenareal-Ost“. Hier bot sich die einmalige Chance, in großem Maßstab die Sonnenenergie zu nutzen und/oder eine stromerzeugende Nahwärme-Heizung mit Hilfe eines zentralen Bockheizkraftwerkes zu errichten.

Die Gruppe versuchte deshalb einmal jährlich, den Baubürgermeister für solche energieeffizienten Wärmeerzeuger zu sensibilisieren und zu gewinnen. Doch die Kontakte waren immer nur kurz; es wäre noch nicht so weit hieß es. Eine aufrichtige Diskussion zu Inhalten war nicht möglich. Schließlich komplimentierte der Baubürgermeister den Sprecher der Agenda-Gruppe Energie mit einer ironischen Bemerkung nach draußen. Danach hat die Gruppe den Bürgermeister in dieser Angelegenheit nicht mehr belästigt.

Erst später, als bereits Fakten geschaffen waren, erfuhr die Agenda-Gruppe, dass ihre Vorschläge nicht diskussionswürdig waren. Warum? Dazu gab es keine Erklärung. Offensichtlich war erneut der Investor wichtiger als die energieeffiziente, kombinierte Erzeugung von Wärme und Strom.

Wieder einmal war es nichts mit dem gewünschten Dialog zwischen fachkundigen Bürgern und der Stadtverwaltung, nichts mit der viel beschworenen Transparenz und der Mitgestaltungsmöglichkeit. Diejenigen, die etwas bewegen wollen –extern wie intern–, die selbstbewusst auftreten, Initiative entfalten und auch einmal konstruktiv-kritisch nach- und hinterfragen wenn es in der Praxis Probleme gibt, die sind unbequem und werden ausgegrenzt. Ein unkluges Verhalten, kostenloses Know-How nicht in Anspruch zu nehmen.

3. Gesprächsverweigerung

Trotz dieses Rückschlages suchte die Agenda-Gruppe Energie erneut das Gespräch mit dem Baubürgermeister Langensteiner. Anlässlich der Sitzung „Klimaschutzkonzept“ im April 2012 bat sie ihn um ein Gespräch (Foto: linker Teil Baudezernat). Es sollte um vergangene Energieprojekte in Lahr gehen und um zukünftige Strategien. Der Baubürgermeister sagte spontan zu: *„Ja klar, machen Sie einen Termin mit meiner Sekretärin aus.“*



Es folgen nun bewusst Details, damit sich jeder selbst einmal an einem Beispiel ein Bild davon machen kann, was Anspruch (geplante Sach-Diskussion) und Wirklichkeit (Demütigung und Ausgrenzung) im Lahrer Baudezernat und dem Hochbauamt in der Praxis bedeuteten:

Das zugesagte Treffen mit dem Baubürgermeister Karl Langensteiner kam nicht zu stande. Herr Langensteiner ließ sich entschuldigen und delegierte das Gespräch an die Leiterin des Hochbauamtes, Frau S. K. Zur vereinbarten Zeit war aber auch sie „geschäftig“ und verwies an einen Mitarbeiter. Dieser meinte, man könne das Anliegen auch mit ihm besprechen. Daraufhin der Sprecher der Agenda-Gruppe Energie:

- *„Wir haben aber doch jetzt einen Termin mit Frau S. K. ausgemacht.“*
- Der Mitarbeiter: *„Wir können ja schon einmal anfangen.“*

Das hat der Sprecher der Gruppe abgelehnt, schließlich wollte er das Anliegen nicht zweimal erzählen. Nach einem 20-minütigen Pendeln des Mitarbeiters zwischen seinem Amtszimmer und dem seiner Chefin war die Hochbauamtsleiterin endlich bereit, den vereinbarten Termin doch noch wahrzunehmen.

Frau S. K. hörte zunächst ziemlich unbeteiligt zu. Es gab kaum einen Dialog. Sie bot jedoch an, der Agenda-Gruppe Energie die Unterlagen zur Entscheidungsfindung „LUFT-Wärmepumpe

Bürgerhaus Lahr-Mietersheim“ zur Verfügung zu stellen, die zum Einbau der energie-ineffizienten LUFT-Wärmepumpen führte. Die hätte sie uns freilich auch schon vor der endgültigen Entscheidung einmal zur Kenntnis geben können mit der Bitte um eine Stellungnahme.

Die zugesagten Unterlagen hat die Hochbauamtsleiterin der Agenda-Gruppe Energie aber nie übergeben. Ja sie hat sogar die bereits angefangene messtechnische Überwachung der LUFT-Wärmepumpe im Bürgerhaus im Rahmen des „Feldtests Wärmepumpen“ gestoppt. Die Angelegenheit war dem Hochbauamt nun doch zu heiß geworden – von den späteren technischen und rechtlichen Problemen ganz zu schweigen (Kapitel 3.2/Seite 13).

Was bleibt ist ein Kneifen des Baubürgermeisters Karl Langensteiner vor Sach- und Fachgesprächen wie schon beim Kasernenareal-Ost und ein versuchtes Kneifen der Leiterin des Hochbauamtes. Ist das Stil des Hauses? Einen festen Termin mit dem Baubürgermeister zu vereinbaren und dann im Zimmer eines Mitarbeiters im Hochbauamt zu landen? Eine Demütigung. Die Beteiligten waren nicht in der Lage, aus wissenschaftlichen Erkenntnissen die richtigen Schlüsse zu ziehen. Manche sind eben beratungsresistent. Auch ein Einlenken und ein Neuanfang kamen nicht in Frage. Beides wäre ein Zeichen von ethischer Reife gewesen.

Dabei ist die Leiterin des Hochbauamtes durchaus auch der Ansicht, dass *„Kritik förderlich ist, weil auch kritische Stimmen ein Projekt weiter bringen können.“* Und weiter: *„Reflexionen und nochmaliges Hinterfragen führen zu einem guten Gelingen, Akzeptanz und letztendlich Zufriedenheit.“* Wieder einmal schön formuliert. Doch diese Sätze fielen nur im Vorfeld der Lahrer Landesgartenschau und betrafen nicht die lokale Energiepolitik.

Nach wie vor bleibt die viel beschworene Offenheit und Teilnahme fachkundiger Bürger auf der Strecke; es fehlt weiterhin an Transparenz und Gesprächskultur. Im Bauamt geht es offensichtlich mehr um Investoren und Architekturpreise, als um energie- und kosteneffiziente Projekte. Was rief der Baubürgermeister den Gemeinderäten zu Beginn seiner Amtszeit jovial zu? *„Wir werden noch viel Spaß miteinander haben.“* Und weiter: *„Erfolg ist eine Gemeinschaftsaufgabe.“* Die fachkundigen Bürger Lahrs hat er damit nicht gemeint.

4. Energie-ineffiziente Wärmepumpen in Lahr

Die Lokale Agenda 21 - Gruppe Energie Lahr führte zwischen den Jahren 2006 und 2014 einen "Feldtest Wärmepumpen" durch. Die Ergebnisse seien hier kurz in Erinnerung gerufen:

- ERDGEEKOPPELTE Wärmepumpen (Erdreich und Grundwasser) können deutlich zum Klimaschutz beitragen, wenn alles fachgerecht geplant, eingebaut und betrieben wird.
- LUFT-Wärmepumpen sind dagegen kritisch zu bewerten, weil sie zum großen Teil energie-ineffizient arbeiten.



Die ersten, bereits belastbaren Ergebnisse waren dem Hochbauamt, der Stabsstelle Umwelt/Klima, dem Umwelt-Ausschuss und dem Gemeinderat schon seit 2008 bekannt, also auch zum Zeitpunkt der Entscheidung über die Auswahl und den Einbau einer Luft-Wärmepumpe im Bürgerhaus Lahr-Mietersheim, und zwar durch Vorträge der Agenda-Gruppe Energie vor diesen Gremien, durch persönliche Gespräche und durch ihre Pressearbeit. Darüber hinaus war dem Bauamt auch bekannt, dass die beiden folgenden Lahrer Projekte mit Groß-LUFT-Wärmepumpen schlecht liefen:

- "Wohnen am Park", drei neue Mehrfamilienhäuser der Städtischen Wohnbau Lahr: Alle drei LUFT-Wärmepumpen arbeiteten trotz zweijähriger Ertüchtigungsversuche nicht energieeffi-

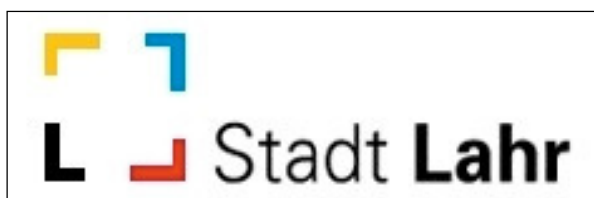
zient (Kapitel 3.2/Seiten 15-16). Daraufhin ließ der Geschäftsführer zusätzliche Erdgaskessel eingebauten. Der Schlussbericht steht unter www.agenda-energie-lahr.de/Phase2-Berichte.html, Wärmepumpennummern 2107 und 2108.

- Erdgas-LUFT-Wärmepumpe in der Kinder-Tagesstätte "Max-Planck": Die LUFT-Wärmepumpe arbeitete mit „ungenügender“ Energieeffizienz; ein Erdgas-Brennwertkessel erreicht einen um 23% höheren Nutzwert. Der Schlussbericht steht unter www.agenda-energie-lahr.de/Phase2-Berichte.html, Wärmepumpennummer 2110.

5. Weiterhin Einsatz von kritisch zu bewertenden Luft-Wärmepumpen

Trotz dieser Kenntnisse hat sich das städtische Hochbauamt dazu entschieden, auch im Bürgerhaus Lahr-Mietersheim eine Luft-Wärmepumpe zu installieren! Da hätte sich die Agenda-Gruppe Energie doch gewünscht, dass das Amt bei der Entscheidung über die verschiedenen Heizwärmeerzeuger auch auf das Know-How der Gruppe zurück gegriffen hätte. Schließlich verfügt sie aufgrund des "Feldtests Wärmepumpen" über langjährige Erfahrungen mit 65 Wärmepumpen.

Doch es war wieder nichts mit der von den lokalen Politikern immer wieder gewünschten, aber in der Praxis nicht funktionierenden Beteiligung fachkundiger Bürger. Erst aus der Tageszeitung erfuhr die Agenda-Gruppe Energie über den Einbau und Betrieb der energie-



ineffizienten LUFT-Wärmepumpe im Bürgerhaus von Lahr-Mietersheim. Die Gemeinderätin D. G. verlangte in einer Gemeinderatssitzung im Jahr 2011 eine Erklärung über diese Angelegenheit. Doch die Hochbauamtsleiterin gab sich nur schmallippig: „Diese Variante erwies sich in einer Voruntersuchung als die beste.“ Daraufhin die Gemeinderätin: „Da sind wir auf den nächsten Energiebericht gespannt, ob sich das bewahrheitet.“

Sie wartete noch lange, einen Nachweis hat es nie gegeben. Das einzige was bekannt wurde waren erhebliche technische und rechtliche Probleme. Aber das war beim Alten- und Pflegeheim Spital (Kapitel 3.2/Seiten 13-14), beim Stadtmuseum und später auch beim Stegmattensee auf dem Gelände der Landesgartenschau nicht anders. Stark ist sicherlich, wer keine Fehler macht, noch stärker aber, wer aus den gemachten Fehlern lernt. Die Hoffnung stirbt zuletzt.

6. Vorwurf einer Falschdarstellung ohne Begründung

Im Mai 2012 warf die Leiterin des Hochbauamtes, Frau S. K., der Agenda-Gruppe Energie eine Falschdarstellung zu der begonnenen messtechnischen Überwachung der „LUFT-Wärmepumpe im Bürgerhaus Lahr-Mietersheim“ in der Presse vor. Sie begründet diesen Vorwurf nicht und stellte die weitere Zusammenarbeit in Frage. Anlass zu der Reaktion war ein Interview einer Tageszeitung sowohl mit der Agenda-Gruppe Energie als auch mit einem Mitarbeiter des Hochbauamtes.

Die Gruppe konnte in dem beanstandeten Pressebericht keine Falschdarstellung erkennen und forderte deshalb die Leiterin des Hochbauamtes auf, ihren Vorwurf zu begründen. Darauf hatte Frau S. K. sechs Wochen lang nicht reagiert. Erst auf eine Erinnerung hin antwortete nicht etwa die Adressatin selbst, sondern der Baubürgermeister. In seiner Antwort führte Herr Langensteiner aus, dass

- zum Zeitpunkt der Ausschreibung und Entscheidung über einen Heizwärmeerzeuger im Bürgerhaus Lahr-Mietersheim die Ergebnisse des „Feldtests Wärmepumpen“ nicht vorlagen
 - ⇒ **Das ist zurückhaltend formuliert eine Schutzbehauptung. Die Fakten in dieser Bilanz beweisen das Gegenteil! Das betrifft insbesondere den Abschnitt 4 in diesem Anhang auf der Seite zuvor (Seite 52 unten).**

- er sich immer „viel Zeit für die Zusammenarbeit mit der Agenda-Gruppe Energie und dessen Sprecher nimmt“. Und weiter: „*Wir als Stadt sind an einer guten Zusammenarbeit mit unseren Bürgern und natürlich auch mit den Agenda-Gruppen interessiert.*“
 - ⇒ **Das mag zwar mit der Selbstwahrnehmung des Baubürgermeisters Karl Langensteiner übereinstimmen, die Fakten beweisen aber auch hier das Gegenteil wie im Hauptteil der Bilanz und in diesem Anhang an mehreren Stellen nachzulesen ist.**
- die Agenda-Gruppe Energie von weiteren Schreiben an seine Mitarbeiter absehen möge
 - ⇒ **Das ist ein Kontaktverbot wie es schon der E-Werks-Vorstand Helmut Nitschke gegenüber der Gruppe ausgesprochen hat.**
- und er „sich gerne Zeit nimmt für den Sprecher der Agenda-Gruppe Energie und sich mit ihm wie gewohnt bei Gelegenheit persönlich austauschen will.“
 - ⇒ **„Wie gewohnt“: Schlimmer geht nimmer! Dazu hätte er in den letzten Jahren zuvor ausreichend Gelegenheit gehabt wie diese Bilanz zeigt – er hat sie aber nicht wahr genommen (Abschnitt 3 in diesem Anhang/ S. 51-52).**

Diese vier Antworten zeugen von einem beachtlichen Realitätsverlust des Baubürgermeisters.

7. Behandlung der Chronologie im Technischen Ausschuss

Ein Gemeinderatsmitglied hat den Baubürgermeister Karl Langensteiner im Technischen Ausschuss mit einer Zwischen-Chronik der Agenda-Gruppe Energie aus dem Jahr 2012 konfrontiert und um eine Stellungnahme gebeten. In seiner gewohnten Art teilte er den Mitgliedern nur mit:

„*Herr Auer ist halt gekränkt, ich werde ihn aufrichten und ihm seine Wunden salben.*“

Baubürgermeister Karl Langensteiner vor dem Technischen Ausschuss: „Herr Auer ist halt gekränkt, ich werde ihn aufrichten und ihm seine Wunden salben.“

Über die Art der „Stellungnahme“ waren einige Ausschuss-Mitglieder dann doch verblüfft, um nicht zu sagen empört! Wer den Sprecher der Agenda-Gruppe Falk Auer kennt, der weiß, dass er nach mehr als 30 Jahren Arbeit im Energiebereich im Umgang mit Politikern, Energieversorgern und Herstellern schon einiges gewohnt ist. Wer Kritik

im Hinblick auf mangelhafte Bemühungen beim Thema Klimaschutz übt, der muss auch einstecken können, ja er muss auch in Kauf nehmen, dass er manchmal nervt. Der Unterschied zu Lahr jedoch: Überregional tragen seine Gesprächspartner die Diskussionen sachlicher und fairer aus – auch bei unterschiedlichen Positionen.

Das Lahrer Bauamt begegnete der Lokalen Agenda 21 – Gruppe Energie dagegen von Anfang mit einem Desinteresse bis hin zu einer Gesprächsverweigerung und einem Kontaktverbot mit den Mitarbeitern. Das zuvor erwähnte Zitat des Baubürgermeisters Karl Langensteiner mit dem angeblich „*gekränkten Auer*“ zeigt erneut eine Mischung aus ostpreußischer Gutsherrenart, Großväterlichkeit, Lockerheit und Flapsigkeit, verbunden mit einem nach wie vor feinsinnigem Spott wie auch schon bei den „Gesprächen“ anlässlich des Neubaugebiets Kasernenareal-Ost. Da ist sich der Baubürgermeister treu geblieben.

Herr Langensteiner muss gar keinen „*gekränkten AUER aufrichten und ihm seine Wunden salben*“, sondern er sollte die Agenda-Gruppe Energie mit ihrem Fachwissen und Anliegen einfach nur

- ernst nehmen und bereit sein.
- Gespräche auf Augenhöhe und mit Inhalten zu führen.

Ist das schon zu viel verlangt? Aber zu beidem ist es nie gekommen.

8. Temporäre Gebäudemanagerin: Mobbing und Stellenverlust

Noch schlimmer als der Agenda-Gruppe Energie erging es freilich der neuen Gebäudemanagerin S. Sch. Sie erhielt die neu geschaffene Stelle „Gebäudemanagement“, die zwischen dem Baubürgermeister Karl Langensteiner und dem Hochbauamt unter Leitung von Frau S. K. angesiedelt war.

Die Hochbauamtsleiterin verfeindete sich von Anfang an mit der ihr nun vorgesetzten Gebäudemanagerin. Die Vermutung: Die Neue erkundigte sich nach den laufenden Projekten und erlaubte sich sogar, auch einmal nach- und zu hinterfragen – auch bei den nicht so gut gelaufenen Projekten, die man bisher gerne „unter den Teppich kehrte“, um eigene Schwächen zu kaschieren. Beispielhaft sei das Max-Planck-Gymnasium erwähnt: Aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen verlautete, dass nach der Sanierung der gesamte Energieverbrauch anstieg statt zu fallen. Das Hochamt sah das freilich anders. Besser läuft es dagegen zur Zeit bei der Generalsanierung des Gymnasiums. Es erhält nicht nur eine Holzpellet-Heizung, sondern darüber hinaus auch den sogenannten Baustandard „KfW55“. Das ist eine energetisch verbesserte Bauweise, die die Mehrheit des Gemeinderats noch im Jahr 2018 im Neubaugebiet „Hosenmatten 2“ verhindert hatte (Kapitel 4.2/Seiten 23-25). Gab es doch noch einen verspäteten Erkenntnisgewinn?

Es folgte dann eine zunehmende Abschottung der Hochbauamtsleiterin in Richtung der neuen Gebäudemanagerin und Vorgesetzten und eine erfolgreiche Drohung von Frau S. K. in Richtung Baubürgermeister: „*Entweder DIE oder ICH.*“ Und das Ende des Dramas? Das schwächste Glied in der Dreierkette Baubürgermeister – Gebäudemanagerin – Hochbauamtsleiterin musste schon nach kurzer Zeit gehen: Die neue Gebäudemanagerin.

Die Ironie der Geschichte: Die Leiterin des Hochbauamtes „fiel nach oben“ und nimmt seitdem die Stelle der Gemobbten ein!

Für Außenstehende ist das ein Stück aus dem Tollhaus zu Lasten einer jungen engagierten Fachfrau, die für Transparenz eintrat, die Probleme direkt ansprach und in den Bereichen der Energieeffizienz und Erneuerbaren noch etwas bewegen wollte. Aber der unter Druck geratene Baubürgermeister war nicht in der Lage zu vermitteln. Soziale Kompetenz war auch hier nicht seine Stärke.

Neben der Agenda-Gruppe Energie und der zuvor genannten, nur kurz im Amt geduldeten Gebäudemanagerin litten noch weitere unter der „Wagenburgmentalität“ des Hochbauamtes. Das betraf im Jahr 2015 auch die ebenfalls nur kurz amtierende, erste Klimaschutzmanagerin Lahrs, Frau S. O. und die Agenda-Gruppe Stadtökologie. Alle kamen mit den Führungsstilen und der in der Praxis gehandhabten Zurückhaltung, Verslossenheit und Abschottung nicht zurecht: Sie schieden frühzeitig aus. Zu den wenigen die durchhielten gehört die Agenda-Gruppe Energie. Der Grund: Energieeffizienz und Erneuerbare sind zu wichtig, um sie allein den Politikern und Behörden zu überlassen. Die „Fridays-for-Future“ – Bewegungen“ lassen grüßen, zumindest die aus Offenburg und Freiburg.

Lokale Agenda 21 - Gruppe Energie Lahr (Schwarzwald)

Sprecher: Dr. Falk Auer, ePost: nes-auer@t-online.de

11. Oktober 2020